



Foto: Andreas Franke

## Reviertransfer Lausitz

# Marke & Monitor

**Zum Jahresbeginn ruckelt es noch in der beginnenden Strukturstärkung der Lausitz. Der Startschuss in die erste Förderperiode hat manch ungeahnten Mitläufer auf die Bahn gebracht. Die zum Glück rechtzeitig offenbar gewordene Selbstbedienung der Bundesebene am vermeintlichen Schlaraffenland der Strukturmilliarden schlägt vielen Lausitzern auf den Magen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die getrennten Wege der Länder eine Klammer benötigen. Das Thema „Marke Lausitz“ erhält auch im Wettbewerb der Regionen Europas neue Relevanz. Gute Gründe, in diesem Reviertransfer mit Marke und Monitoring gleich zwei Themen zu beleuchten.**

Ende 2020 fiel mit der Veröffentlichung der Förderrichtlinien Sachsens und Brandenburgs der Startschuss für die erste der drei Perioden für die Strukturstärkung der Lausitz bis zum endgültigen Kohleausstieg 2038. Im Rahmen dieser ersten Förderperiode sollen nun in den kommenden sechs Jahren allein über den Landesarm Sachsens und Brandenburgs mehr als 2 Milliarden Euro in die Lausitz fließen. Parallel sollen für diesen Zeitraum nun auch Projekte und Vorhaben über den Arm des Bundes definiert werden.

2026 steht dann der erste von insgesamt drei Checkpoints zur Überprüfung der Wirksamkeit der Strukturstärkung an. Erste, ausgewählte Landesprojekte wurden per Sofortprogramm schon vorgezogen im Jahr 2019 gestartet, seitens des Bundes wurden ebenso Projekte wie das Bahnwerk und die Universitätsmedizin in Cottbus vorzeitig verkündet. Allerdings ruckelte es dann kurz nach dem Jahresstart 2021 recht heftig im Strukturstärkungsgetriebe, als vielen Akteuren erstmals klar wurde, wie schwammig das Verständnis einer Strukturstärkung der Lausitz in Berliner Bundeseinrichtungen ausgeprägt ist. Den Ausschlag gab die Bekanntgabe des

Robert Koch-Instituts (RKI), eine ohnehin erforderliche Erweiterung samt Rechenzentrum für den Einsatz von Methoden der Künstlichen Intelligenz für 70 Mio. Euro im brandenburgischen Wildau anzusiedeln und aus den Strukturmitteln für die Lausitz zu finanzieren. Ein Effekt für die Strukturstärkung der Lausitz ist allerdings nicht einmal mit viel Fantasie herbeizureden. Zum Glück schlug die Nachricht Wellen und löste nicht nur in der Lausitz, sondern auch unter Lausitzer Bundestagsabgeordneten Irritation und Klärungsbedarf aus. Inwieweit der sich auch anderswo anbahnenden Selbstbedienungskultur der Bundeseinrichtungen dauerhaft Einhalt geboten werden kann, wird sich in den kommenden Jahren zeigen.

Dem Fehlstart beim Bundesarm steht ein Findungsprozess auf regionaler und Landesebene gegenüber. Bei der immensen Größenordnung des jährlichen Mitteltransfers ist das kein Wunder – immerhin sollen ab sofort pro Jahr rund 350 Mio. Euro (230 Mio. Euro brandenburgische Lausitz / 120 Mio. Euro sächsische Lausitz) in Projekte der Länder und der Kommunen zur Entwicklung der Lausitz fließen. Dabei gehen

beide Länder leider getrennte Wege mit teils recht unterschiedlichen Prozessen. Trotz aller Bekundungen zur Zusammenarbeit schwächt diese Innenorientierung aufs jeweilige Landesgebiet das aufkeimende Verständnis einer gemeinsamen Wirtschaftsregion Lausitz.

In dieser Dynamik aus Selbstverteidigung gegen eine Zweckentfremdung der Strukturmittel durch Bund oder Land in der Außenschau und einer notwendigen Stärkung des Brückenbaus der wieder auseinanderlaufenden Lausitzen in der Innenschau erhalten zwei Aspekte eine völlig neue Relevanz. Zum einen das Monitoring der Verwendung von Strukturstärkungsmitteln, zum anderen die Herausbildung einer Marke als Klammer um die gesamte Lausitz.

Die zu unrecht oft beklagte Vielfalt der Lausitzer Akteure ermöglicht nun aber schnelle Lösungen im Sinne der Region. Sowohl Lausitzrunde als auch IG BCE wollen ein Monitoring installieren, während sich Wirtschaftsinitiative Lausitz und Kreative Lausitz der Lausitzmarke annehmen wollen. Gründe genug, diesen Prozessen mit Lokalkolorit und Lausitzer Esprit auf den folgenden Seiten Rückenwind zu verschaffen.

## Strukturstärkung, Projekte, Monitoring

Der Wandel der Lausitz folgt leider keinem Gesamtkonzept, auch wenn allerorten ein Bemühen um Abstimmung betont wird. Am Ende geschieht die Strukturstärkung aber durch unterschiedlichste Projekte der Bundes-, Landes- und der kommunalen Ebene. In Verantwortung des Bundes wurden bislang insbesondere Ansiedlungen im Bereich der Wissenschaftsinstitutionen und Bundesbehörden sowie große Infrastrukturvorhaben etwa beim Ausbau von Straße, Schiene und Breitband angeschoben bzw. skizziert. Zum Jahresbeginn 2021 wurde allerdings die Selbstbedienungsmentalität von Bundeseinrichtungen an den Strukturmitteln für die Kohlereviere deutlich. Gesundheitsminister Spahn will so eine Erweiterung des RKI genau fünf Kilometer hinter der Berliner Landesgrenze in Wildau ansiedeln – und dafür 70 Mio. Euro der Lausitzer Strukturmittel verwenden. Die Entfernung zur kernbetroffenen Lausitz vom avisierten Standort beträgt hingegen

rund 100 Kilometer und niemand in der Lausitz kann einen Nutzen zur Strukturstärkung der Wandelregion erkennen. Möglich wurde eine solche Zweckentfremdung von Strukturmitteln durch Unschärfen der Gesetzgebung, die eine regionale Priorisierung anhand der Betroffenheit bislang ausspart. So konnte fleißig über die Verwendung von Lausitzer Strukturmitteln im südlichen Berliner Speckgürtel nachgedacht werden, weil der Landkreis Dahme-Spreewald zur Wirtschaftsregion Lausitz zählt. Für das RKI-Vorhaben in Wildau soll das Gesundheitsministerium sogar insgesamt 420 Mio. Euro inklusive der Personalkosten bis 2038 aus Strukturmitteln geplant haben – und all das für eine Institution, die das Ministerium sowieso einrichten muss und die keinerlei Bezug zum Kohleausstieg oder zur Wertschöpfung in der Lausitz aufweist. Erst nach einem Sturm der Entrüstung aus der Lausitz heraus wurde klar, wie weit die Berliner



Foto: Bundesregierung, Kugler

*Vorfreude: In den Bundesministerien sind bereits seit Sommer 2020 knapp 22 Milliarden Euro der insgesamt 26 Milliarden Euro zur Strukturstärkung der Kohlereviere fest verplant.*

Selbstbedienung aus dem Strukturmitteltopf reicht. Bereits im Sommer 2020 waren von den insgesamt 26 Milliarden Euro Strukturstärkungsmitteln des Bundesarms für alle vier deutschen Kohlereviere knapp 22 Milliarden Euro verplant. Als man in der Lausitz noch Strukturen schuf, eine erste Strategie erarbeitete und überhaupt erst einmal eine Richtung definierte, ☺

# „Dort ist ein Fass ohne Boden entstanden“

## Thomas Jurk, MdB und ordentliches Mitglied u.a. im wichtigen Haushaltsausschuss

Thomas Jurk (SPD) sitzt seit 2013 für die Lausitz im Bundestag und ist ordentliches Mitglied im mächtigen Haushaltsausschuss. Strategisch klug vorbereitet, brachte er einen Maßgabenbeschluss mit auf den Weg, der für die Lausitz mit einem Milliardenengewinn verbunden sein und den unkontrollierten Abfluss von Strukturmitteln an Bundesministerien eindämmen kann:

**Warum wurde die Selbstbedienung der Bundeseinrichtungen erst mit dem RKI-Vorhaben öffentlich?** Das Thema ist komplex und geht zurück auf den Bericht der WSB-Kommission. Dieser enthielt eine Vielzahl an Anhängen und Maßnahmen, die sich bis in die Gesetzgebung durchgezogen haben, aber nicht priorisiert waren. Es ist einfach übersehen worden, sowieso erforderliche von Maßnahmen der Ministerien zur Strukturstärkung infolge des Kohleausstiegs zu trennen. Sämtliche, teils auch unausgereifte Projektideen der Ministerien sind quasi durchgewunken worden. Leider gab es damals viele Runden und wir Haushalter waren nicht überall dabei.

**Im Sommer 2020 waren bereits 84 % der gesamten Strukturstärkungsmittel aus dem Bundesarm verplant, für welche Projekte?** Das müssen auch wir uns mühsam von der Bundesregierung besorgen. Der §17 im Strukturstärkungsgesetz gibt Interessierten aber etwas Aufschluss. Beschlüsse dazu

wurden zum Auftakt im Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG) getroffen. Es ist gut, das damit bereits Projekte angeschoben wurden, es hat aber Klarheit zu Prioritäten und finanziellem Folgeaufwand gefehlt. Die Datenbasis ist teilweise veraltet, Folgekosten u.a. bei Planung, Personal oder Baukosten sind mehr als wahrscheinlich. Für all das fehlte die ordnende Kraft.

**Was hat es nun mit dem Maßgabenbeschluss auf sich?** Er schreibt 90 % der Strukturmittel für Projekte aus dem Wirtschafts- und Forschungsministerium fest und fordert, Projekte neu zu bewerten, Kosten zu analysieren und eine Priorisierung anhand ihres Beitrags zur Strukturstärkung vorzunehmen. Ein heikler Punkt ist auch die Finanzierung der Personalkosten für Projekte der Ministerien, das sind bei Bundesbehörden und Forschungsinstitutionen in den Kohleregionen etliche Milliarden. Genau dort ist ein Fass ohne Boden entstanden, wie u.a. das RKI-Vorhaben zeigt. Der Beschluss soll dem nun entgegenwirken und schließt die Finanzierung der laufenden Personalkosten aus Strukturstärkungsmitteln bei künftigen Projekten der Bundesministerien aus.

**Wird damit auch Kernbetroffenheit priorisiert und klar beschrieben?** Eine Priorisierung der Betroffenheit haben wir ebenso formuliert, klare Grenzen für ein Kernrevier lassen sich aber nicht ziehen,

da muss man sich an administrative Grenzen halten. Das muss jetzt in den Prozessen gemanagt werden, die Verantwortung dafür tragen die Länder im BLKG und bei den Prozessen in den Revieren.

**Wie steht es um die angekündigte Verrechnung von EU-Mitteln mit Strukturstärkungsmitteln?** Da das EU-Recht die Förderung auf Unternehmen bis 250 Mitarbeiter begrenzt, haben wir dazu im Maßgabenbeschluss die Möglichkeit auch zur Förderung großer Unternehmen geschaffen. Grundsätzlich gibt es aber bei der Ausgestaltung des Just Transition Funds noch keine Einigung im Dissenz zwischen Bund und Ländern. ☒



**Thomas Jurk, MdB**  
Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss und Bundesfinanzierungsgremium, stellv. Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft & Energie

hatten Bundesministerien schon längst und völlig unabhängig von der betroffenen Region Konzepte aus den Schubladen geholt. Das immense Volumen macht klar, dass wohl viele der Vorhaben auf keine gezielte Maßnahme zur Strukturstärkung der Lausitz hin entstanden sein können, sondern die Strukturmittel vielmehr als Allheilmittel für Sowieso-Aufgaben oder Maßnahmenstau fixiert wurden. Im März konnte dem zum Glück ein Riegel vorgeschoben werden – Bundestagsmitglieder um den Oberlausitzer Thomas Jurk (SPD) setzten im Haushaltsausschuss einen Maßgabenbeschluss durch, der künftig eine Zweckentfremdung von Strukturmitteln verhindern und eine

Priorisierung anhand der Kernbetroffenheit stärken soll. Man muss offensichtlich vielen Beteiligten noch einmal ins Bewusstsein rufen, dass die Strukturmittel eine Kompensation für den Kohleausstieg sind und in den betroffenen Regionen genau dort, wo Wertschöpfung und Arbeitsplätze verloren gehen, einen nachhaltigen Ausgleich generieren sollen. Insofern kommt ein neuerlicher Vorstoß des kommunalen Bündnisses Lausitzrunde mit Betonung der Kernbetroffenheit zum richtigen Zeitpunkt. Am 10. Juni untermauert sie das mit einer Konferenz unter dem Titel „Reviertransfer Lausitz“, die an den Aufbruch der Lausitz in einer ersten Konferenz Ende 2016 unter

gleichem Namen anknüpft. Auch damals ging die Lausitzrunde für die Region voran. Wie wichtig dieses Aufbegehren aus der Region ist, zeigt aber nicht nur die Zweckentfremdung von Strukturmitteln auf Bundesebene, auch auf Landesebene scheint der Griff in die Lausitzer Starthilfe zu verlockend. So soll der Hafen in Königs Wusterhausen, der künftig kaum noch Kohle aus der Lausitz verschifft wird, aus Strukturmitteln vor allem für TESLA ertüchtigt werden. Mit der Lausitz hat auch das nichts zu tun – ebenso wie Vorhaben im Bereich des Flughafens Schönefeld. Die Lausitz muss extrem wachsam bleiben, damit die Strukturmittel seitens Bund und Land tatsächlich

## Erste qualifizierte Projekte in der brandenburgischen Lausitz

Projekte	Antragsteller	Geplante Kosten in Mio.						Gesamt	
		2021	2022	2023	2024	2025	2026		
Leistungszentrum Westlausitz	Stadt Schwarzheide	70						-	70
Innovatives Lernzentrum Großräschen	Projektgesellschaft in Gründung (Stadt Großräschen, HWK & IHK Cottbus)	-	2,5	20	20	18,5	-	61	
CHESCO (Center for Hybrid Electric Systems Cottbus)	Cottbus (Durchführung vorbereitender Maßnahmen)								
EIZ (Energie-Innovationszentrum)	BTU Cottbus-Senftenberg	Aufteilung noch nicht angegeben						33	
Gleisanbindung Gewerbegebiet Vetschau	Stadt Vetschau/Spreewald	0,5	0,9	1	2	9	2,1	15,5	
DB Bahn/ Schaufenster Strukturentwicklung	Stadt Cottbus	Aufteilung noch nicht angegeben						1	
Nachhaltiger ÖPNV (Wasserstoffbusse)	Verbundprojekt Cottbusverkehr GmbH und Lausitz Energie Kraftwerke AG	Aufteilung in Jahresscheiben nicht vorhanden						5,5	
Ladegleis im Güterverkehrszentrum Königs-W.	Lutra GmbH, Hafen Königs Wusterhausen	0,1	0,5	5,9	-	-	-	6,5	
Nationales BMX-Zentrum Deutschland in Cottbus									
Trampolinhalle am Olympiastützpunkt Brandenburg in Cottbus									
<b>Gesamt</b>								<b>192,5</b>	

Insgesamt lagen zum vergangenen Jahresende für die brandenburgische Lausitz 350 kommunale und 120 Landesprojekte vor. Der hier dargestellte Auszug enthält erste qualifizierte Projekte aus dem Werkstattprozess, die nun beim Land zur Entscheidung vorliegen und bei positivem Votum zeitnah in die Umsetzung gehen können. Im Werkstattprozess werden nun bereits viele weitere Projekte qualifiziert.

## Erste qualifizierte Projekte in der sächsischen Lausitz

### Landkreis Bautzen

- Musikschule Bautzen
- Energetische Sanierung – Berufsschulzentrum Hoyerswerda
- Neustadt-Forum „Nikolai Ostrowski“ in Hoyerswerda
- Fischereikompetenzzentrum in Königswartha

Bis Anfang 2021 wurden seitens des Landkreis Bautzen 76 Projekte der Städte und Gemeinden bzw. des Landkreises an die SAS (Sächsische Agentur für Strukturentwicklung) gemeldet.

Die hier aufgezeigten Projekte befinden sich lediglich in aktuellen Entscheidungsprozessen. Zum Redaktionsschluss ist unklar, welche Projekte durch die Länder am Ende tatsächlich bewilligt werden. Derzeit gibt es noch keine Transparenz zu allen vorgeschlagenen regionalen und Landesprojekten. Brandenburg hat im Lausitzprogramm 2038 hierzu

### Landkreis Görlitz

- Neubau Verwaltungszentrum in Görlitz / Servicezentrum Weißwasser in Görlitz
- Entwicklung der ehemaligen Glasfachschule zur Ingenieurschule Weißwasser
- Entwicklung des Geländes der ehemaligen Gelsdorfhütte zur lebendigen Mitte in Weißwasser

Bis Anfang 2021 wurden seitens des Landkreis Görlitz 51 Projekte der Städte und Gemeinden bzw. des Landkreises an die SAS (Sächsische Agentur für Strukturentwicklung) gemeldet.

eine Digitalplattform angekündigt. Bewilligte Projekte wird man auf den Webseiten von WRL und Lausitzbeauftragtem (Brandenburg) sowie SAS und Ministeriums für Regionalentwicklung (Sachsen) dargestellt finden. Derzeit scheint noch unklar, ob eine Transparenz zu vorgeschlagenen Projekten und Entscheidungen im Bewilligungsprozess ermöglicht wird.

an Kernbetroffenheit, Wertschöpfung und der Sicherung bzw. Schaffung nachhaltiger, guter Arbeit ausgerichtet werden. Dabei sind aktuell auch die groß angekündigten Projekte wie das Bahnwerk und die Universitätsmedizin in Cottbus, der Bahn-Testing in der Oberlausitz oder die ICE-Trasse durch die Lausitz längst nicht in trockenen Tüchern. So werden von der Findungskommission der Cottbuser Universitätsmedizin verschiedene Optionen diskutiert, die bis zum Standort Potsdam samt „nur“ einer Außenstelle in Cottbus reichen. Wer nach Potsdam schaut, stößt schnell auf Begehrlichkeiten: zum Jahresbeginn 2020 wurde dort mit der „HMU Medical University Potsdam“ bereits eine Universitätsmedizin gegründet, deren Anschrift Olympischer Weg 1 deutet das Selbstbewusstsein im Wettbewerb an. Das kommunale Potsdamer Ernst von Bergmann-Klinikum ist Praxispartner der privaten Hochschule, das Bindeglied ist mit Gründungsdekan Prof. Thomas Erler der ehemalige Chef der Cottbuser Kinderklinik. In Potsdam dürfte es viele Begehrlichkeiten geben, eine Universitätsmedizin lieber in der Landeshauptstadt zu verankern. Cottbus sollte sich also gut rüsten und sein Potenzial für die angedachte, innovative Ausrichtung der Lausitzer Universitätsmedizin mit digitalen Kompetenzen und Telemedizin sichtbar machen. Die Forschungstochter des Carl-Thiem-Klinikums

arbeitet bereits in ersten Projekten mit dem iCampus der BTU zusammen, deren Zentrum für Künstliche Intelligenz zu einem weiteren wichtigen Baustein werden kann. Forschungstransfer und Spezialisierungen bis hin zum bereits konzipierten Institut für Schlafmedizin, mit dem Dr. Frank Käßner die bundesweite Kernkompetenz für Schlafmedizin in Cottbus verankern möchte – all das kann einen Nukleus rund um ein digitales Leitkrankenhaus schaffen, den es so in Potsdam nicht gibt.

Es gilt also, die Leuchttürme zu sichern, gleichzeitig aber auch regionale Projekte mit einem Fokus auf Wertschöpfung und Arbeitsplätze auf den Weg zu bringen. Hier wurden in Brandenburg erste Projekte bereits qualifiziert. Die Entscheidung bleibt letztendlich der ministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) beim Land überlassen. Auch hier muss die Region wachsam bleiben, dass die Landesministerien ihre eigenen Projekte nicht zuungunsten der Einreichungen aus der Lausitz bevorzugen. Die kommunale Familie der sächsischen Lausitz ist durch den regionalen Begleitausschuss stärker in die Entscheidung eingebunden, die letzte Instanz liegt aber auch hier bei Land und Bund. Hier muss sich zeigen, welche Entscheidungsrelevanz der regionale Begleitausschuss letztendlich hat. Es gilt also, in der Lausitz nicht blind auf Zusagen seitens Bund und Land

zu vertrauen, sondern Verbindlichkeiten zu schaffen und Projekte über einen internen Kreis hinaus zu untersetzen und ihren Beitrag zur Strukturstärkung transparent zu machen. Für ein damit verbundenes, unabhängiges Monitoring aus der Lausitz heraus machen sich jetzt erste Akteure auf den Weg, die IG BCE (siehe Interview Seite 89) und die Lausitzrunde (siehe Beitrag Seite 54) kündigen mit dieser Ausgabe unseres Magazins eine aktive Rolle bei der Einrichtung eines Monitoring-Prozesses an, weitere Akteure diskutieren das bereits hinter den Kulissen. Auch hier zeigt sich einmal mehr, dass die Vielzahl der Lausitzer Akteure durchaus ein Gewinn sein kann. Es wäre zu begrüßen, wenn das Monitoring als gemeinsame Lösung dieser Akteure eine integrierte, schlagkräftige Umsetzung erfährt. Die Entwicklung eines solchen Monitorings samt einer Plattform, die allen Lausitzern Einsicht verschafft, könnte im Rahmen der bei sämtlichen Papieren zur Strukturentwicklung betonten Bürgerbeteiligung dann auch aus Strukturmitteln finanziert werden. Der richtige Zeitpunkt für die Initialzündung eines „Lausitz Monitors“ könnte der „Reviertransfer Lausitz“ sein, sowohl als Veranstaltungsformat der Lausitzrunde am 10. Juni am Standort Jänschwalde, gern auch in dieser fortlaufenden Rubrik in der folgenden Sommerausgabe des Lausitz Magazins. ☉



## Effizient in die Zukunft

Grün durch den Spreewald: e-Mobilität mit Vermietung Tesla Model 1, Tesla Model X, Tesla Model 3, Renault Zoe und Photovoltaik- & Speicherlösungen: Exklusivpartner für Tesla Speicher im Spreewald und der Lausitz

SPREEWALD ENERGY GMBH • Waldstraße 5 • 15913 Neu Zauche • Telefon: 035475-800693  
Mobil: 0174 3438823 • E-Mail: info@spreewald-energy.de • www.spreewald-energy.de

## Die Marke Lausitz

Aktuell werden die beiden Lausitzen auf brandenburger und sächsischer Seite, die in den vergangenen sechs Jahren immer stärker aufeinander zugegangen waren, wieder kräftig auseinander gezerrt. Da Sachsen und Brandenburg getrennte Wege beschreiten, wird trotz aller Abstimmungen die Klammer um eine gemeinsame Wirtschaftsregion Lausitz von Zittau bis zum Spreewald schwächer. Zugleich wird die Achse Berlin-Brandenburg-Lausitz vorangetrieben, ebenso entfaltet der Wirtschaftsraum Dresden weiter seine Sogwirkung auf die Oberlausitz. Das beeinträchtigt gemeinsame Vermarktungsaktivitäten, wie sie durch die Plattform [www.lausitz-invest.com](http://www.lausitz-invest.com) als gemeinsames Konzept der Wirtschaftsförderungen beider Länder initiiert und von Deutschlands Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing, der Germany Trade and Invest, unterstützt werden. Heute wird kein Investor auf eine Nieder- oder Oberlausitz aufmerksam, im Wettbewerb der Regionen hat eine Wirtschaftsmarke Lausitz viel größere Chancen. Auf eine solche Marke kann der aktuelle Um- und Aufbruch einzahlen – in der Lausitz beginnt etwas völlig Neues, das international viel Aufmerksamkeit generieren kann.



Mit einer „Marke Lausitz“ können eine positive Bekanntheit der Region geschaffen, Ansiedlungen von Unternehmen generiert und Fachkräfte für die Lausitz gewonnen werden. Dabei stärkt eine Marke das Selbstbild und den Stolz der Lausitzerinnen und Lausitzer auf das Erreichte. Gemeinsam mit den Akteuren der Region gilt es jetzt den Markenprozess länderübergreifend zu starten!

**Katrin Bartsch**  
Vorstandsmitglied Wirtschaftsinitiative Lausitz e.V.

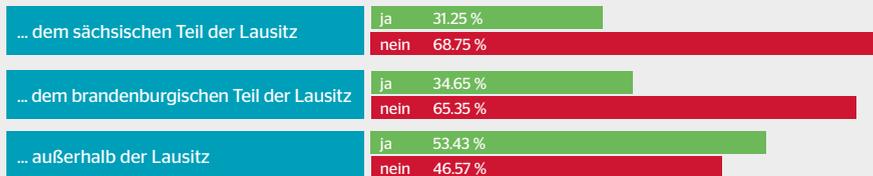
Dieses Zeitfenster sollte genutzt werden, um endlich eine Marke Lausitz zu platzieren, für eine positive Bekanntheit zu sorgen und so auch Fachkräfte für die Region im Aufbruch zu gewinnen. Andererseits gilt es, nach innen neuen Stolz auf das Erreichte und eine positive Spannung auf das Kommende zu erzeugen. Die Notwendigkeit zum Aufbau einer Marke Lausitz wurde in sämtlichen Strategiepapieren zur Lausitz betont, allerdings sind bislang keine Aktivitäten seitens des

Landes oder der Entwicklungsgesellschaften zu erkennen. Die Chance und Notwendigkeit zum Aufbau einer Marke Lausitz untermauern unterdessen Ergebnisse aus zwei aktuellen Analysen:

**Kulturplan Lausitz:** Der erste länderübergreifende Branchenplan entsteht derzeit für die Lausitzer Kulturbranche. Die Brandenburger hatten das ins Sofortprogramm aufgenommen – der Kulturplan wurde im Herbst des vergangenen Jahres gestartet und zum Jahresbeginn wurden im Rahmen einer Zwischentappe die Ergebnisse einer sehr umfangreichen Befragung unter knapp 300 Kulturakteuren in der gesamten Lausitz präsentiert. Ein Ergebnis, das Erfahrungen von Lausitzkennern bestätigte, überraschte viele Stakeholder aus der Verwaltung und Kulturbranche: Die Zusammenarbeit von Kulturakteuren der brandenburgischen und sächsischen Lausitz miteinander ist deutlich schwächer ausgeprägt als Kooperationen mit Partnern außerhalb der Lausitz. Die Kultur- und Kreativwirtschaft zählt dabei als netzwerkaffin und Vordenker von Veränderungsprozessen. In diesem Zusammenhang wurde auch hier die Notwendigkeit der Verstärkung einer gemeinsamen Identität betont.

### Kooperationen Lausitzer Kultureinrichtungen Sachsens und Brandenburgs

Kooperation mit ...



*Knapp 300 Kulturakteure wurden im Rahmen des Kulturplans Lausitz befragt, dabei bestätigte sich eine schwach ausgeprägte Kooperation der Kulturbranche zwischen Nieder- und Oberlausitz.*



Jetzt erst recht ...  
VEREINT für die Region!

Wir **VEREINFACHEN**.  
Sie **UNTERSTÜTZEN**.

Vertrag in den Medien Gas und/oder Strom abschließen und einen regionalen Verein Ihrer Wahl unterstützen und bis zu 90€ Jahresprämie für den Verein sichern.

mehr Infos auf:  
[www.sww-vereinspower.de](http://www.sww-vereinspower.de)

Ein Unternehmen von **VEOLIA**

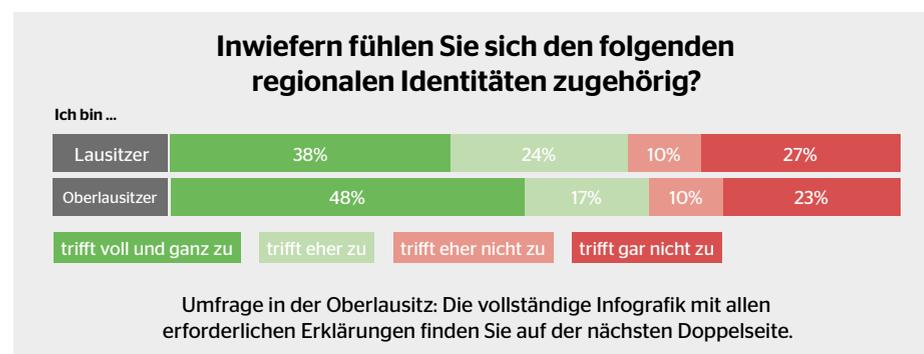


40.675 EUR zusätzliche Vereinsförderung  
147 teilnehmende Vereine  
2.000 aktive Verträge Strom & Gas



SWW Mitarbeiterinnen in ihrer Vereinskleidung

Meinungsumfrage sächsische Lausitz: Viel überraschender war indessen ein Ergebnis der Meinungsumfrage des sächsischen Ministeriums für Regionalentwicklung in der sächsischen Lausitz, die auf der folgenden Doppelseite ausführlich vorgestellt wird. Während allseits bekannt ist, dass sich in der brandenburgischen Lausitz kaum jemand als „Niederlausitzer“ fühlt, sondern die Identität als Lausitzer deutlich stärker ausgeprägt ist, war das in der sächsischen Lausitz vor Jahren genau anders. Hier fühlte sich kaum jemand als Lausitzer, während sich aus langer Tradition ein Stolz auf eine Oberlausitzer Identität ausgeprägt hat. Die aktuelle Umfrage unterstrich immer noch die starke Oberlausitzer Identität. Erstaunlich ist aber eine unerwartete Augenhöhe: nimmt man die zwei stärksten Zustimmungskategorien zusammen (trifft voll und ganz zu, trifft eher zu) fühlen sich 65 % als Oberlausitzer, aber auch 62 % als Lausitzer. Das zeigt erstmals, dass beide Identitäten sehr wohl zusammen funktionieren können. Und das wiederum bestätigt eine Idee, die im Rahmen der Schreibwerkstatt zur Erarbeitung der Entwicklungsstrategie Lausitz im Handlungsfeld Marketing von Lausitzer Experten in einem Papier fixiert wurde. Eine Marke Lausitz sollte demnach in einem



Verständnis als Plattform entwickelt werden – und nicht in der herkömmlichen Funktion als Dachmarke. Der Plattformgedanke ermöglicht allen regionalen Identitäten ihre Entfaltung auf dieser Plattform, ohne sie zu bevormunden. Ob Spreewald, Seenland, Oberlausitz – alle Identitäten können sich auf der Plattform einer Marke Lausitz entfalten, die bewusst Vielfalt als Alleinstellungsmerkmal nutzt.

Dieser Gedanke wurde in der Entwicklungsstrategie auch im Zusammenspiel der Wirtschaftsinitiative Lausitz, die sich seit Jahren für einen Markenprozess engagiert und bereits wertvolle Vorarbeit geleistet

hat, und der Kreativen Lausitz entwickelt. Letztere füllt die bestehende Lücke bereits mit der frischen Kampagne „Lausitz: weit. wild. wüzig.“ Zwei länderübergreifend tätige Akteure aus der Lausitz könnten nun zum Inkubator für einen neuen Markengedanken werden.

Auch wenn es zum Start der Strukturstärkung ruckelt, scheint das breite Engagement der Lausitzer Akteure für Lösungen bereit. Im Reviertransfer Lausitz der kommenden Sommerausgabe werden wir bei den Themen Marke und Monitor sicher schon mehr Substanz darstellen können. ☒

## Wir geben überall unseren Senf dazu!

Und der kommt aus Bautzen, der **historischen Hauptstadt der Oberlausitz**, die bis heute das politische und kulturelle Zentrum der Sorben ist.



ŁUŻYCA 🍷 ŁUŻICA  
**LAUSITZ**  
weit. wild. wüzig!

# Lausitzer – heimatverbunden und mit Gestaltungsanspruch

Die Ergebnisse einer Meinungsumfrage des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung zu Einstellungen und Identifikation der Menschen im sächsischen Teil der Lausitz:

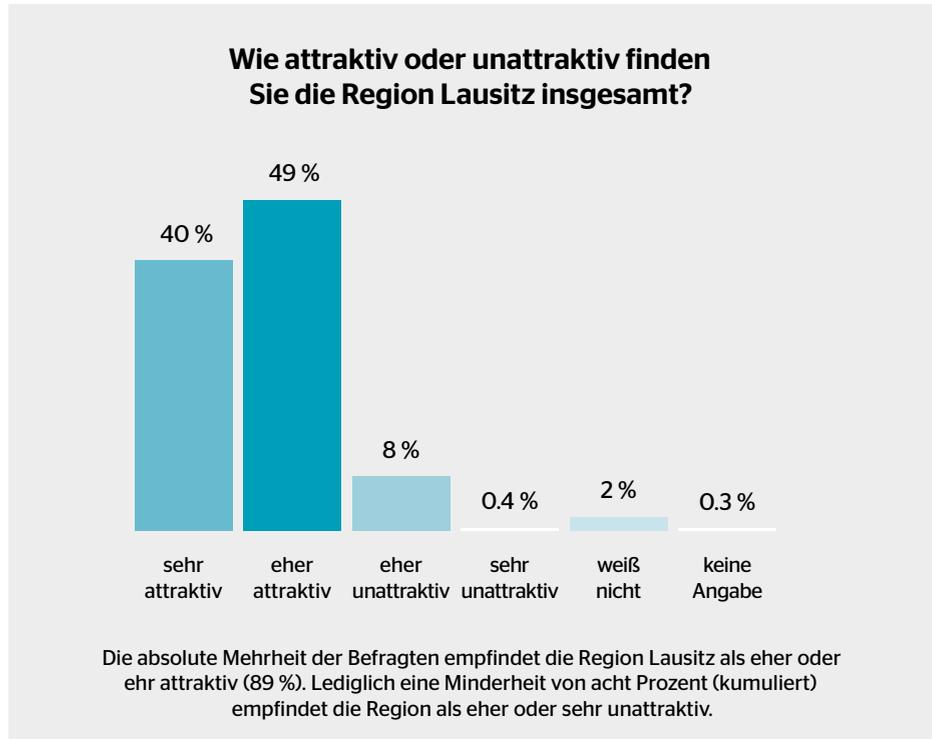
Die Mehrheit der Menschen im sächsischen Teil der Lausitz sehen sich als Oberlausitzer, leben gern in ihrer Heimatgemeinde und sind stolz auf diese. Sie möchten, dass die Lausitz Energieregion bleibt und halten es für wichtig, dass sich die Menschen aktiv in die Gestaltung des Strukturwandels einbringen. Die wirtschaftliche Lage sowie die Perspektiven für die junge Generation werden dabei regional sehr unterschiedlich bewertet.

Das sind einige der Ergebnisse einer Umfrage im sächsischen Teil der Lausitz, die im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung im Dezember letzten Jahres durchgeführt wurde. Die repräsentative Online- und Telefonumfrage in den Landkreisen Bautzen und Görlitz untersuchte Einstellungen und Identifikation der Menschen im sächsischen Teil der Lausitz zu ihrer Heimatregion.

„Die Ergebnisse zeigen die tiefe Verbundenheit der Menschen in der Lausitz mit ihrer Region. Sie zeigen aber ebenso deutlich, dass die jungen Menschen Perspektiven für eine gute Zukunft in der Lausitz brauchen. Gleichzeitig macht die Umfrage deutlich, dass es den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist, sich aktiv in die Gestaltung des Strukturwandels einzubringen. Hier sehen wir unseren Auftrag: Denn eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Strukturwandels ist, die Menschen in den Revieren in die Veränderungsprozesse einzubinden. Deshalb wollen wir einen Beteiligungsprozess ermöglichen, der die Kommunen dabei unterstützt, Ideen und Empfehlungen von Akteuren der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürgern aus den Regionen bei der Entwicklung und Auswahl der Strukturwandel-Projekte zu berücksichtigen“, so Staatsminister Thomas Schmidt.

## Lausitzer sehen ihre Heimat als attraktiv und lebenswert

Insgesamt wird deutlich, dass die absolute Mehrheit der Befragten die Region Lausitz als sehr attraktiv empfindet (89 %) und stolz ist (81 %) auf ihre Gemeinde oder Stadt, in der sie leben. Dagegen ist lediglich eine Minderheit von 17 Prozent eher oder nicht stolz auf ihre Stadt oder Gemeinde. Diese hohe Identifikation mit ihrer Region zeigt sich sowohl bei den



Menschen, die ihr gesamtes Leben in der Lausitz verbracht haben (82 %), als auch bei den Rückkehrern (79 %) und den Zugewogenen (76 %).

## Regionale Zugehörigkeit: Görlitzer identifizieren sich mehr mit der Oberlausitz als die Bautzener

Die meisten Befragten (65 %) identifizieren sich in ihrem regionalen Zugehörigkeitsgefühl als „Oberlausitzer“ (48 % voll und ganz, 17 % eher). Die Selbstbezeichnung als (Gesamt-) „Lausitzer“ fällt mit 62 Prozent nicht ganz so deutlich aus (38 % voll und ganz, 24 % eher). Interessant sind dabei die regionalen Unterschiede, denn hier wird besonders deutlich, dass die Identifikation der Menschen mit der Oberlausitz im Landkreis Görlitz insgesamt höher ausgeprägt ist als im Landkreis Bautzen. Während die Menschen im Landkreis Görlitz sich zu 78 Prozent als „Oberlausitzer“ bezeichnen, trifft dies nur auf 54 Prozent der Bewohner des Landkreises Bautzen zu. „Ich bin Lausitzer“ sagen von sich 65 Prozent der Bautzener, während diese Selbsteinschätzung mit 58 Prozent

bei den Görlitzern schwächer ausgeprägt ist. Für die Auendarstellung der Region, z.B. im Standortmarketing, bedeutet dies, dass „die Lausitz“ als verbindender Oberbegriff für die gesamte Region geeignet ist, die starke Regionalidentität als „Oberlausitzer“ aber nicht vernachlässigt werden sollte.

## Die Lausitz soll auch zukünftig Energieregion bleiben

Das Ende der Braunkohleverstromung bis 2038 wird das wirtschaftliche Profil der Lausitz verändern. Eine absolute Mehrheit von 66 Prozent der Menschen in den beiden Landkreisen ist der Meinung, dass die Lausitz auch in Zukunft „Energieregion“ bleiben sollte. Nur 18 Prozent lehnen diese Entwicklungsperspektive ab. Während bei den mittleren und älteren Generationen die Zustimmung deutlich ausfällt (80 % bei den 40-49-Jährigen) sind die jüngeren Generationen in diesem Punkt deutlich skeptischer (rund 50 % bei den 18 bis 39-Jährigen). An diesem Punkt wird deutlich, dass die Generationen den Begriff „Energieregion“ evtl. unterschiedlich definieren

### Bautzener bewerten die Zukunft positiver als Görlitzer

Mit Blick auf die Zukunft machen sich die Menschen Sorgen, ob die junge Generation im Hinblick auf Arbeitsplätze und Wohnen eine gute Zukunft in der Lausitz hat. Der Anteil der Befragten mit eher pessimistischen Zukunftsaussichten für die jüngere Generation überwiegt leicht (47 % zu 45 %). Hier zeigen sich aber regionale Unterschiede. Die Mehrheit der Bautzener Befragten glaubt an eine gute Zukunft der jungen Generation in der Lausitz (51 zu 39 %), während die befragten Görlitzer mehrheitlich nicht an eine gute Zukunft der jungen Generation in der Lausitz glauben (56 zu 39 %).

### Ansiedlung von Unternehmen und Schaffung von Arbeitsplätzen besonders wichtig für eine gute Entwicklung

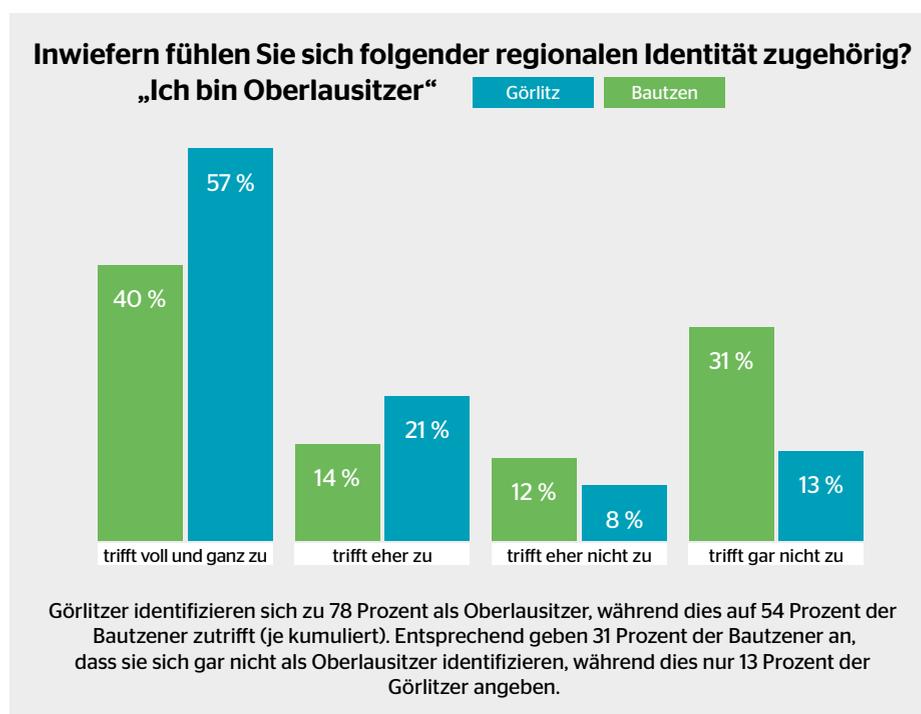
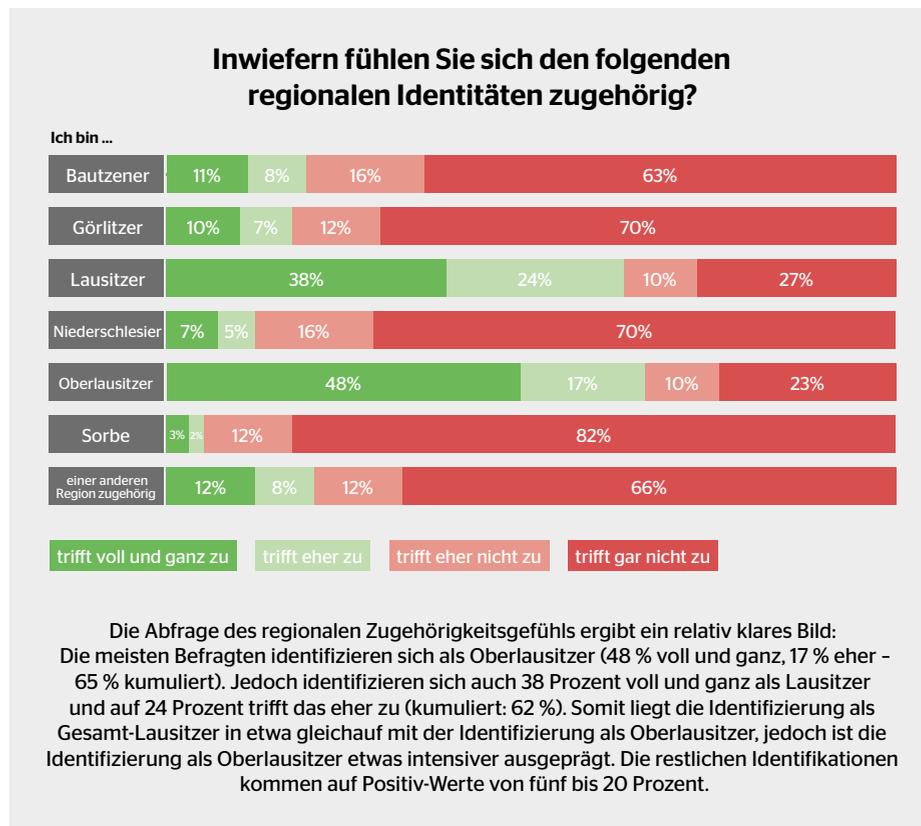
Von besonderem Interesse war hier die Frage nach den Faktoren, die eine besondere Rolle für eine gute Entwicklung in der Lausitz spielen. Am häufigsten nennen die Befragten dabei die Ansiedlung von Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen als besonders wichtig für eine gute Entwicklung der Lausitz (87 %), gefolgt von einer guten Verkehrsanbindung (77 %), Investitionen in Tourismus, Kultur und Landschaftsschutz (76 %) und einer Ansiedlung von Bildungs- und Forschungseinrichtungen (68%). Deutlich seltener wird die Schaffung von Arbeitsplätzen in Behörden (36%) genannt.

### Wirtschaftliche Lage der Lausitz wird regional unterschiedlich bewertet

Die Mehrheit der Befragten gibt an, dass sie die aktuelle wirtschaftliche Lage der Lausitz als eher schlecht einstufen (42 %). Für weitere sechs Prozent ist diese sogar sehr schlecht. Dagegen bewerten 40 Prozent die wirtschaftliche Lage der Lausitz als eher gut und drei Prozent als sehr gut. Damit überwiegt der Anteil der Befragten, welche die wirtschaftliche Lage als schlecht bewerten, leicht. Bei der Bewertung gibt es wieder regionale Unterschiede: Die Mehrheit der Bautzener Befragten bewertet die wirtschaftliche Lage der Lausitz als gut (50 zu 38 %). Dagegen sind die Görlitzer deutlich negativer eingestellt bezüglich der wirtschaftlichen Lage der Lausitz und bewerten diese mehrheitlich als schlecht (60 zu 34 %).

### Die Menschen wollen sich aktiv in die Gestaltung des Strukturwandels einbringen

Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung des Strukturwandels findet in der Lausitz eine breite Unterstützung. 90 Prozent halten eine aktive Bürgerbeteiligung für sehr oder eher wichtig, lediglich eine geringe Minderheit von sechs Prozent empfindet dies als eher unwichtig. Die Bereitschaft, sich persönlich



in den Beteiligungsprozess einzubringen, ist allerdings noch nicht sehr ausgeprägt. Über die Hälfte sind eher zurückhaltend (58 %) während über ein Drittel (37 %) bereit ist, sich selbst aktiv in die Gestaltung des Strukturwandels einzubringen.

Für die Demoskopische Umfrage in den Landkreisen Bautzen und Görlitz wurden im Dezember 2020 circa 1.000 Personen

aus den sächsischen Landkreisen Bautzen und Görlitz ab 18 Jahren befragt. Weitere Informationen gibt es unter:



Foto: Andreas Franke

## Reviertransfer Lausitz

# Mut

**Ein Jahr ist seit Verabschiedung des Strukturstärkungsgesetzes vergangen. Die Erwartungen sind nach wie vor groß. Die Ungeduld nimmt zu. Noch immer ist in der Lausitz nichts Anfassbares entstanden. Spatenstiche bleiben Fehlanzeige. Und der Bund macht sich zusehends einen schlanken Fuß, er entfremdet sogar Lausitzer Strukturmittel. Scheinbar brauchte es das Ruckeln nach der Startlinie, um die Lausitzer wachzurütteln. Nun startet die Region gleich auf mehreren Ebenen mit neuer Gestaltungskraft durch. Die Lausitzer können Wandel. Sie konnten das schon immer. Keine Region Europas ist so stark von Wandel und Vielfalt geprägt. Nun kommt neuer Mut hinzu.**

Der Reviertransfer Lausitz wird erwachsen und mit ihm scheinbar auch die Lausitz. Es ist die nunmehr 18. Ausgabe dieser fortlaufenden Rubrik, in der wir die Strukturentwicklung der Lausitz begleiten, immer mal wieder einen Blick in die Glaskugel werfen und von Zeit zu Zeit auch den ein oder anderen Gedanken wagen, der wichtige Impulse für die Strukturstärkung vorwegnehmen könnte. Zuletzt stand diese Rubrik unter dem Motto „Monitor & Marke“ – und es erfüllt uns fast schon mit Demut vor unserem guten Gespür für die Lausitz, wenn wir auf die aktuellen Entwicklungen schauen. Denn in diesen beiden Aspekten hat sich in nur einem Quartal tatsächlich Entscheidendes getan. Vielleicht ist das auch der Anlass für uns – diesmal unter dem Motto „Mut“ – eine Idee zu polieren, mit der wir bereits vor über einem Jahr die damalige Erstellung der Entwicklungsstrategie Lausitz 2050 flankierten. Wer weiß, vielleicht findet der Gedanke eines Green Deal Lausitz, verbunden mit neuer Gestaltungskraft aus der Region heraus und mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl, neuen Schwung. Teilen Sie diesen Gedanken, nach Monitoring und Marke ist nun auch Platz für mehr Mut.

### Die Strukturstärkung

Es wird immer deutlicher, dass die Ankündigungspolitik seitens Land und Bund der Stimmung in der Lausitz nicht hilft. Es steht viel im Schaufenster: 17 Milliarden Kompensations- bzw. Strukturmittel, Bahnwerk und Universitätsmedizin, neue Infrastruktur. Hinzu kommen Projekte der Länder und Kommunen. Schlagzeilen von Millioneninvestitionen geben sich die Zeitungsseiten in die Hand. Nur fehlt meist die Relativierung, eine zeitliche Dimension und die tatsächliche Relevanz der Vorhaben. Viele Planungen werden sich über Jahre, teils Jahrzehnte hinziehen. Über die Universitätsmedizin muss erst noch eine Kommission befinden. Für das 2. Gleis nach Lübbenau können wohl frühestens 2027 erste Baumaßnahmen beginnen, es kann auch viele Jahre mehr brauchen. Bei den Projekten von Land und Kommunen sieht das nicht anders aus. Brandenburg verabschiedete zwar im März die ersten 17 Projekte über den Landesarm, das bedeutete aber lediglich eine Bestätigung der Förderwürdigkeit. Die meisten Projekte fangen dann erst richtig mit den aufwändigen Planungen an,

müssen komplexe Planungen und Förderanträge auf den Weg bringen – es vergeht viel Zeit, bis Sichtbares entsteht. Das schmälert die Chancen und Perspektiven der Lausitz keineswegs, hier kann Einzigartiges entstehen. Es sollte künftig aber zur Transparenz gehören, auch die Details ins Schaufenster zu stellen, um bei Menschen und Unternehmen in der Lausitz keine Enttäuschungen zu generieren. Im Sommer und Herbst werden in Brandenburg und Sachsen die nächsten Projekte an die Startlinie geschoben, vielleicht macht man es dann besser. Strukturstärkung ist ein Marathon. Dabei entstehen ob der Milliardenbeträge Begehrlichkeiten und es passieren Fehler, wie bei der Zweckentfremdung von Lausitzer Strukturmitteln für Bau und Betrieb einer RKI-Liegenschaft im Speckgürtel, die Null mit der Lausitz zu tun hat. Hört man dann hinter den Kulissen ein Raunen vom vermeintlichen Kuhhandel mit RKI-Präsident Lothar Wiehler, der in der Kommission zur Erarbeitung eines Konzepts für eine Universitätsmedizin im Land Brandenburg mitwirkt, dann scheint etwas schief zu laufen.

Hunderte Millionen fürs RKI im Gegenzug für eine wohlwollende Entscheidung zum Lausitzer Standort einer Universitätsmedizin, ein solches Hintergrundrauschen muss künftig vermieden werden. In Berlin deuten sich ja bereits weitere Mitnahmeeffekte in anderen Bundeseinrichtungen bzw. Ministerien an. Auch das Land Brandenburg scheint von versprochenen Behördenarbeitsplätzen in der Lausitz nichts mehr zu wissen. Das unterstreicht die Bedeutung eines Monitorings und des Prinzips Ehrlichkeit, wie es Christine Herntier bei der Gründung der Lausitzkommission ins Spiel brachte. Auch die Länder müssen für mehr Transparenz sorgen – und zwar sowohl, was Projekte

und Entscheidungen über Strukturstärkung aus dem Landesarm angeht, als auch, was die Absprachen mit dem Bund anbelangt. Die Brandenburger haben bereits mehr Transparenz angekündigt. Die Projektauswahl im Werkstattprozess soll künftig über Protokolle und öffentliche Bekanntgabe der Ergebnisse nachvollziehbar werden, ebenso soll es eine Checkliste für die Bewertung der Projekte geben. Der Entscheidungsprozess bei den Ländern bleibt dennoch im Dunkel. Während in Brandenburg die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) das letzte Wort hat, entscheidet in Sachsen ein Regionaler Begleitausschuss über die Förderwürdigkeit, der allerdings auch nur über

eine Projektliste befindet, die zuvor von den Ministerien des Freistaats bestimmt wurde. In beiden Fällen leistet die Region Vorbereitung und Sacharbeit, ist aber nicht final in Entscheidungen eingebunden. Die Lausitzer Menschen und Unternehmen haben ebenso keine Transparenz, welche Projekte besprochen, beschlossen und wie realisiert werden sollen, wieviele Gelder durch den Bund für welche Projekte vorgesehen werden – hier sollte es im Zuge des neuen Lausitzer Mutes aus der Region heraus eine Anstrengung geben, Licht ins vermeintliche Dunkel der Strukturmittelvergabe zu bringen. Darüber würden wir im nächsten Reviertransfer gern berichten.

## Boomtown Cottbus

Das der Wandel der Lausitz völlig neue Dimensionen wirtschaftlicher Entwicklung und tatsächlich ein immenses Wachstum generieren kann, zeigt Cottbus als neue Boomtown der Lausitz. Die Stadt wurde bislang mit den meisten Strukturwandelprojekten bedacht – die in Summe rund 7.000 hochwertige, neue Arbeitsplätze in die Lausitz holen sollen. Beeindruckend ist aber vor allem, dass die Stadt – ganz in der Lausitzer Tradition aus Wandel und Vielfalt – ihr Gesicht in nur einer Generation grundlegend verändern wird. Sechs zentrale Vorhaben, die bislang ja nur die Speerspitze der Strukturstärkung sind, machen das deutlich:

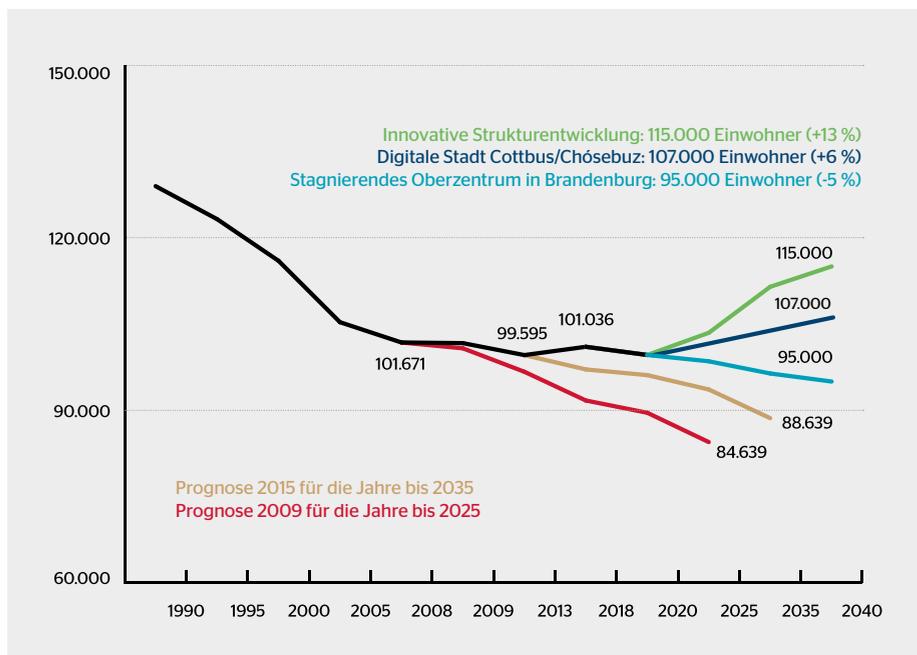
- Cottbus wird zur Stadt am Werk. Das stadtnah gelegene Bahnwerk wird per Milliardeninvestition zum modernsten Bahnwerk Europas samt Technologiezentrum ausgebaut, das Werk wird sich erheblich erweitern und auch der Stadtentwicklung Impulse geben.

- Die Installation einer Universitätsmedizin wird ebenso im Milliardenbereich beziffert, sie wird nicht nur auf dem Gelände des CTK, sondern auch auf umliegenden Flächen etwa an der Europakreuzung zur Errichtung eines völlig neuen Campus mit Klink-, Labor- und Lehrgebäuden führen.
- Die Seevorstadt samt Hafenquartier wird als völlig neues Stadtquartier samt Energiecampus (Forschung) entwickelt. Hier entsteht quasi eine neue Stadt, ein klimaneutrales Zukunftsquartier. Insgesamt dürfte die Gesamtentwicklung samt privaten Investitionen in Immobilien ebenso mit einer Milliardeninvestition verbunden sein.
- Auf dem Campus und im Umfeld der Cottbuser Universität entstehen ebenso beeindruckende Ensemble, so werden allein vier neu angesiedelte Forschungsinstitute auf der Fläche

von vier Fußballfeldern einen neuen Forschungscampus errichten, hinzu kommen eigene Strukturwandelprojekte der BTU. Der Campus wird sich enorm erweitern. Hier ist aktuell von einer 150 Mio.-Investition die Rede, das Gesamtvolumen der Hochschulentwicklung und der Ansiedlung externer Institute dürfte aber ein Vielfaches davon ausmachen.

- Der seit Jahren großteils brachliegende Technologie- und Innovationspark auf dem ehemaligen Flugplatzgelände soll als Ansiedlungsfläche für Unternehmen ebenso mit einer 200 Mio.-Investition ertüchtigt werden.
- Last not least wird der Ostsee Cottbus zur verrückten Pückerstadt am See machen. Der größte von Menschenhand geschaffene See Deutschlands verändert Stadtbild, Image und Lebensqualität nachhaltig.

Hinzu kommt mit dem Projekt „Digitale Stadt“ Cottbus ein weiterer Schub – und all das wird noch von weiteren Projekten und Maßnahmen flankiert. Die Bevölkerungsprognose für Cottbus sah noch vor wenigen Jahren ein Absinken unter 85.000 Einwohner vor, das aktuelle Szenario „Innovative Strukturentwicklung Lausitz“ prognostiziert bis in die 2040er-Jahre ein Wachstum der Stadt Cottbus auf 115.000 Einwohner. Der Wandel kann Cottbus zur Boomtown machen, die zum Zugpferd der Lausitz wird und sprichwörtlich über sich hinauswächst! ☺



### Die Bevölkerungsprognose der Stadt Cottbus in der jüngeren Geschichte.

Statt ein Absinken auf 85.000 Einwohner bis Mitte der 2020er-Jahre prognostiziert ein gelingender Strukturwandel in der Lausitz nun ein Wachstum auf 115.000 Einwohner bis in die 2040er-Jahre.

Quelle: Bevölkerungsprognose Stadt Cottbus 2018-2040, Dr. Lehart

## Mut 1: Monitoring

Cottbus macht deutlich, was möglich wird, wenn Strukturmittel ihren vorgesehenen Zweck erfüllen und in Wirtschaft, Wissenschaft und nachhaltige Infrastruktur investiert werden. Es macht auch deutlich, dass man die neuen Chancen transparent machen muss – wer versteht, was hier wann passiert, der verliert auch seine Skepsis. Die Lausitz braucht ein Gefühl des Aufbruchs in der Breite und Tiefe der Bevölkerung und Unternehmen.

Um sowohl bei der Mittelvergabe als auch bei den angedachten Maßnahmen für Transparenz zu sorgen, hat sich nun die Region auf den Weg gemacht. Es war einmal mehr die Lausitzrunde, die das Heft des Handelns in die Hand nahm. Mit ihrer Konferenz „Reviertransfer Lausitz“ – fast ein kleines Geschenk an das 18. Jubiläum unserer Rubrik – hat sich auch die Region sozusagen erwachsen gemacht und im Strukturstärkungsprozess mit neuem Selbstbewusstsein auf Augenhöhe mit Ländern und Bund gebracht. Ziel der Konferenz im Juni war, den Stand des Strukturwandels seit Beschluss des Strukturstärkungsgesetzes festzustellen, den begonnenen Prozess aus Sicht der kernbetroffenen Kommunen kritisch zu bewerten, um daraus Schlüsse für das weitere Fortschreiten zu ziehen. Unter der Überschrift „Die zweite Welle vermeiden“ wurde in der Konferenz deutlich gemacht, worum es diesmal geht: der Strukturwandel muss gelingen, die Gelder müssen zielgerichtet eingesetzt werden, es darf nicht wie Anfang der 1990er-Jahre einen Strukturabbruch geben. Die „erste Welle“ brachte rund 100.000 verlorene Jobs allein in der Energiewirtschaft, insgesamt gingen in der Lausitz rund 200.000 Industriearbeitsplätze verloren, mit entsprechend negativen sozialen wie auch sozialpsychologischen Folgen. Zehntausende Menschen wanderten aus der Lausitz ab, ganze Branchen brachen ersatzlos zusammen. Diesmal soll und kann es anders werden – wie das Beispiel Cottbus hoffen lässt.

Dazu wurden im Vorfeld der Konferenz Kompetenzen aus der Lausitz gebündelt, die nun in die neu gegründete Lausitzkommission einfließen. Sicher wird es hier wieder viele Missverständnisse geben, warum es einen weiteren Akteur braucht. Die Lausitzkommission ist allerdings kein neuer Akteur, sondern eine Bündelung bereits bestehender, relevanter Player aus den Bereichen kommunale Familie, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Partizipation. Im Grund kann man die Lausitzkommission als Think Tank verstehen, der Projekte und Strukturstärkungsmaßnahmen mit Regionalkompetenz bewertet und gleichzeitig für Menschen und lokale Wirtschaft transparent macht – und der andererseits seine Regionalkompetenz mit der direkten Rückkopplung zu den betroffenen Kommunen und Unternehmen in die Entscheidungsprozesse zumindest auf Länderebene einbringt. Daraus entsteht ein neuer Gestaltungsanspruch. Zieht man die richtigen Lehren aus der Vergangenheit und betrachtet man die Skepsis gegenüber Landes- und Bundespolitik in der vom Kohleausstieg betroffenen Lausitz, ist die Lausitzkommission als konstruktives Bindeglied in die Region tatsächlich ein Geschenk an Länder und Bund, wenn sie es mit einer nachhaltigen Strukturstärkung tatsächlich ernst meinen. Wie ernst es die Lausitzkommission mit der Funktion als konstruktives Bindeglied und der neuen Transparenz meint, beweist schon die Ankündigung einer Bewertung von Strukturstärkungsmaßnahmen anhand von nur sechs Punkten, die quasi auf einen Bierdeckel passen:

- Betroffenheit (Kernbetroffenheit)
- Wertschöpfung (industrielle Wertschöpfung)
- Beschäftigungseffekte (Industriearbeitsplätze)
- Green Deal (Beitrag Klimaziele)
- Strukturstärkungseffekt (zusätzliche Stärkung statt Umschichtung)
- Bildung (kommunale Bildungsprojekte)

Für ihre Aufgaben in Monitoring, Schaffung von Transparenz und Mitgestaltung sieht die Lausitzkommission den Abschlussbericht der Kohlekommission als Arbeitsgrundlage. Die im Bericht festgeschriebene regionale Verankerung der Strukturstärkung wird nun durch die Lausitzkommission umgesetzt. Ihre Mitglieder sind:

- Manuela Kohlbacher (Institut für angewandte Beteiligung, Vorstand Kreative Lausitz, Kompetenzzentrum Forst)
- Marco Bedrich (DGB Regionalgeschäftsführer)
- Christine Heritier (Sprecherin Lausitzrunde, Bürgermeisterin Spremberg)
- Torsten Pötzsch (Sprecher Lausitzrunde, Oberbürgermeister Weißwasser)
- Katrin Bartsch (Vorstand WiL e.V.)
- Marco Bayer (Vorstand Pro Lausitz e.V.)
- Jan Hinrich Glahr (Bundesverband WindEnergie)
- Prof. Dr. Peter Schierack (B-TU Cottbus-Senftenberg)
- Tristan Mühl (Bürgermeister von Krauschwitz, Sachsen)
- beratend Dr. Johannes Staemmler (Forschungsgruppenleiter IASS Potsdam)

Zudem wurden die Geschäftsführer der regionalen Entwicklungsgesellschaften, Dr. Romy Reinisch für die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS) und Heiko Jahn für die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) zur Mitarbeit eingeladen, was den Gestaltungsanspruch der Lausitzkommission als konstruktiver Begleiter und Ansprechpartner für den Gesamtprozess unterstreicht.

Manuela Kohlbacher, Sprecherin der Lausitzkommission, fasst zusammen: „Es geht schlichtweg darum, dass der Strukturwandel gelingt. Dazu gehört mehr Transparenz, unter anderem zum Vergabeprozess. Wer entscheidet am Ende wirklich über die Fördermittel, wohin und warum sie fließen und was an Budget noch real zur Verfügung steht? Die Gründung der Lausitzkommission ist ein Signal aus der kernbetroffenen Region, nicht nur hie und da mal gefragt zu werden, sondern aktiv mitgestalten zu wollen. Der Prozess, der ansteht, muss zudem nicht nur von der Zivilgesellschaft, sondern von allen Akteuren in der Region verstanden werden können. Was passiert gerade? Der Strukturwandel hat ein großes Ziel. Das schaffen wir nur gemeinsam. Möglicherweise beginnt hier schon der Wandel gegenüber bisherigen Verfahren. Wir reizen jetzt unsere demokratischen Mitsprache-Möglichkeiten aus – im Sinne von effektiv Vorantreiben, in die richtige Richtung bringen und auch den Finger in die Wunde legen.“

Die Lausitzkommission, Foto: Steffen Rasche



## Mut 2: Marke

Dem Monitoring folgt mit dieser Ausgabe des Lausitz Magazins dann auch der Gestaltungsanspruch für die Marke Lausitz. „Die Lausitz vermarktet sich jetzt selbst“ lautet das Motto des ebenso neu gegründeten „Markenbüro Lausitz“. Der offene Ansatz Lausitzer Experten aus den Bereichen Design, Kreativagentur, Beteiligungsmanagement und strategische Kommunikation setzt dabei auf einem bereits fertig entwickelten Design auf. Innovativ ist der Ansatz, endlich wegzukommen von der viel besprochenen Dach- bzw. Regionalmarke hin zum Verständnis einer Plattform, die alle bestehenden Regionalmarken und Lausitzer Identitäten transportieren kann. Wer die Lausitz mit all ihrer Vielfalt und daraus bestehenden Befindlichkeiten kennt, der weiß, dass eine gemeinsame Marke nur Erfolg haben wird, wenn Oberlausitzer und Spreewälder sich genauso wiederfinden wie jene, die sich schon als Lausitzer sehen. Der neue, offene Beteiligungsansatz, der bereits Wirtschaftsverbände und die Domowina einbezieht, unterstreicht den Gedanken einer Plattform und gelebter Partizipation.

Das Markenbüro Lausitz ist gleichzeitig eine klare Ansage an die Verantwortlichen auf Landesebene. Eine in vielen Papieren diskutierte Marke muss nicht teuer bei Agenturen in Berlin oder anderswo beauftragt werden, die Lausitzer können das selbst und haben sogar schon eine Lösung parat. Dabei zeichnet sich die Initiative zur Relevanz und dem Selbstbewusstsein auch durch die lausitzübliche Bodenständigkeit aus. Man weiß, dass es für eine umfassende Marke Lausitz, die alle Bereiche einer Wirtschaftsregion umfasst, noch einen intensiven und gut strukturierten Prozess braucht. Schließlich werden Marken für solche Wirtschaftsregionen mit jährlichen Millionenetats untersetzt, wenn sie einen Beitrag leisten sollen. Für diesen Prozess gibt es mit dem Markenbüro nun aber den Sparringspartner in der Region und eine Kompetenz, die eine Marke Lausitz dann aus der Region heraus unternehmerisch führen und betreuen kann. Persönliche Schnittstellen zum Monitoring sind dabei ein echter Glücksgriff (siehe Beitrag S. 53-54). ☺



## Wir feiern 30 Jahre Firmen-Jubiläum

Sichern Sie sich einen von 30 BMW 128ti  
in der exklusiven Wernecke Edition.



\*bei 0,00 € Anzahlung, 36 Monaten Laufzeit und 10.000 km Laufleistung im Jahr, ein Angebot der BMW Bank GmbH, inkl. Reparatur und Wartung

**15745 Wildau**

Richard-Sorge-Str. 30-32  
Tel.: 03375 · 50 520

**15806 Zossen**

Stubenrauchstraße  
Tel.: 03377 · 34 220

**03044 Cottbus**

Lamsfelder Str. 2  
Tel.: 0355 · 49 44 90

info@bmw-wernecke.de  
www.bmw-wernecke.de  
www.mini-wernecke.de



## Mut 3: Green Deal Lausitz

Wer auf zentrale Entwicklungslinien für die Lausitz schaut, der wird immer wieder über zwei große Themen stolpern: Zum einen soll die Lausitz Energieregion bleiben und will hier insbesondere beim Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen. Zum anderen kann durch den bevorstehenden Wandel das bundesweit drängende Thema Digitalisierung in der Lausitz einen besonderen Schub erfahren, weil hier ohnehin neue Infrastruktur entsteht und Strukturmittel insbesondere an investive Maßnahmen und Schaffung neuer Infrastruktur gebunden sind. Beide Themen ließen sich in einem besonderen Projekt verbinden, das Bestandteil einer Idee sein könnte, die wir den Lausitzer Akteuren noch einmal ins Schaufenster stellen wollen.

### Wasserstoff

Schaut man sich zwei Landkarten zum Thema Wasserstoff an, entstehen aus Lausitzer Sicht viele Fragezeichen. In der Karte zur noch nicht ausgeklügelten Wasserstoffstrategie des Landes Brandenburg sieht man die meisten Projekte in der Lausitz konzentriert. Kein Wunder: das Lausitzer Wasserstoff-Netzwerk „durchatmen“ wurde als eines von wenigen Projekten bundesweit durch die „HyStarter“-Initiative des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert und bündelt Kommunen und Wirtschaft immer besser. Sogar eines der ersten von der IMAG befürworteten Strukturwandelprojekte rankt sich um Wasserstoff: Cottbuserverkehr und LEAG wollen gemeinsam eine Infrastruktur für Wasserstoffmobilität im Öffentlichen Nahverkehr schaffen, die dann auch anderen Lausitzer Kommunen zugute kommt. Zudem wird hinter den Kulissen weiter am Wasserstoff-Referenzkraftwerk in Schwarze Pumpe gearbeitet, die Region macht hier fleißig ihre Hausaufgaben. Die Cottbuser Universität forscht schon seit 2017 im Wasserstoff- und Speicherforschungszentrum des Lehrstuhls Kraftwerkstechnik an einer Optimierung des Elektrolyseverfahrens. Bund und Länder haben sich dazu bekannt, die Lausitz als Energieregion der Zukunft neu aufzustellen – umso mehr irritiert nun der Blick auf die Karte des Bundeswirtschaftsministeriums zur Wasserstoffstrategie Deutschlands.

Peter Altmaier verkündete, 62 Großprojekte im Bereich Wasserstoff anzuschleichen und Deutschland in diesem Themenbereich zur Nummer 1 in der Welt zu machen. Die Lausitz ist auf dieser Karte ein weißer Fleck. Einmal mehr scheint sich ein Bundesministerium auf Strukturmitteln auszuruhen und in der Lausitz einen schlanken Fuß zu machen. Mit Blick aufs Monitoring und die neue Gestaltungskraft sollte die Lausitz gerade beim Thema Wasserstoff lauter werden, sie wird hier nämlich längst von anderen Regionen überholt. Die Kompetenzen müssen noch besser gebündelt und offensiver genutzt werden. So hatte eine Berliner Firma schon vor geraumer Zeit in Cottbus an die Tür geklopft, um Partner für den Aufbau eines Wasserstoffprüflabors zu finden. Wer prüft und zertifiziert, schafft Grundlagen für Transfer und Produktion im Umfeld. Im Ruhrpott wurde jüngst ein solches Labor eröffnet, in der Lausitz kein Anschluss gefunden. Mit dem Fraunhofer IEG kommt nun Prof. Mario Ragwitz in die Lausitz, seines Zeichens Sprecher des Wasserstoff-Netzwerks für 28 themenbezogene Institute bzw. Forschungsgruppen in Europas größter Forschungsgesellschaft. Aus solchen Kompetenzen muss die Lausitz mehr Wirkung generieren. Eine konkrete Idee, die auch mit Mut zu tun hat, wäre ein Plan zum Umbau sämtlicher Kraftwerksstandorte der LEAG auf Wasserstoff. Dazu müsste Jänschwalde einen Anschluss ans Gasnetz erhalten und was als Referenz für Schwarze Pumpe angedacht ist, auf die Lausitz ausgerollt werden. Hier könnte zualterererst für Europa gezeigt werden, dass eine Wasserstoffregion in der Praxis funktioniert.

### Data Center East

In der Digitalisierung wäre ebenso ein Leuchtturmprojekt denkbar. Cottbus ist als „Digitale Stadt“ dank des Konzepts und 15 Mio.-Gewinns von Dr. Lebhart Vorreiter für die Region. Schaut man allein nach Cottbus, so werden hier künftig riesige Rechenkapazitäten benötigt: die Klinik will digitales Leitkrankenhaus werden und eine Universitätsmedizin aufbauen, das Bahnwerk wird ein digitales Wunderwerk samt Technologiezentrum, die BTU wächst neben diversen Instituten um groß dimensionierte

Verbundprojekte wie den iCampus, ein Zentrum für Künstliche Intelligenz, ein Zentrum für hybrid-elektrisches Fliegen und viele weitere Vorhaben. Aktuell planen Stadt, Klinik, Bahn und Uni allesamt eigene Daten-Lösungen, teils bedingt durch komplexe Förderstrukturen, teils wegen fehlenden Visionen. Hier könnte ein Vorstoß zur Realisierung eines gemeinsamen Big Data Centers den Weg zu völlig neuer Wertschöpfung erschließen. Als Gemeinschaftsprojekt über Cottbuser und Lausitzer Vorhaben hinweg wäre Großes möglich, das Leistungen als Dienstleister selbst für Tesla und andere Unternehmen anbieten könnte. Auch hier wäre Jänschwalde als Energieknoten und erschlossene Industriefläche für ein Data Center East ein passender Ort. Die Lausitz würde jenen Standort, der dem Kohleausstieg zuerst geopfert wird, neue Zukunft geben. Vielleicht kann man hier sogar Wasserstoff und Datenzentrum verknüpfen und das erste wasserstoffbetriebene Big Data Center der Welt bauen. Energieexperten mögen den Kopf schütteln, weil südliche oder windreiche Länder mit besseren Möglichkeiten zur Wasserstoffproduktion Rechenleistungen bei einer solchen Technologie um ein Vielfaches günstiger anbieten können. Wir erleben aber parallel ganz andere Ansprüche an Datensicherheit, gerade in Gesundheit, Forschung und Wirtschaft. Eine Lausitzer Lösung, die besondere Klimafreundlichkeit und Sicherheit eint, könnte neben Lausitzer Projekten auch Firmen wie Tesla einen höheren Preis wert sein.

### Green Deal Lausitz

Einmal allen Mut zusammengepackt, könnte die Lausitz noch einen Schritt weitergehen. Die EU hat nach dem Green Deal ihre Klimaschutzziele verschärft und auch die Bundespolitik schwenkt immer mehr auf den oft ideologisch getriebenen Kurs grüner Klimaschutzpolitik ein. Inzwischen steht der Konsens der Kohlekommission auf der Kippe – an dem aber die Strukturstärkung der Lausitz hängt. Dabei sieht genau jener Konsens sogenannte Checkpoints vor, an denen das Wirken der Strukturstärkung überprüft und mit dem Kohleausstiegspfad abgeglichen werden soll. Sollte die Lausitz also schnell Strukturen und Wertschöpfung aufbauen, könnte sie nach dieser Logik auch früher aus der Kohle aussteigen. Statt sich nur an den Konsens zu klammern, könnte die Lausitz auch einen klaren Plan aufstellen, wie mit dem schnellen und terminierten Umbau zu einer Wasserstoffwirtschaft und zu einer digitalen Zukunftsregion verbunden mit zeitlich beschränkten Förderanreizen für Ankerinvestitionen ein Kohleausstieg zum Beginn der 2030er-Jahre möglich wird. Ein solcher „Green Deal Lausitz“ könnte die Region einmal in die Offensive bringen und Länder, Bund und EU zu klaren Aussagen zwingen. Dazu braucht es aber vor allem eines: Mut!

*Ein wasserstoffbetriebenes Big Data Center am Kraftwerksstandort Jänschwalde – Spinnerei?*

Foto: Uwe Dobrig



## Mutmacher: Die Privatwirtschaft

KMU und größere Unternehmen schauen bei den Strukturmitteln derzeit meist in die Röhre. Bis auf rund 8 Mio. Euro pro Jahr im Regionalen Investitionskonzept (RIK) wurde für die Privatwirtschaft keine auf den Wandel bezogene Förderkulisse geschaffen. Das RIK wurde inzwischen immerhin für fast alle Branchen geöffnet und deutlich breiter angelegt, hier lohnt der Weg zur Wirtschaftsregion Lausitz und zum Team von Norman Müller. Für klimafreundliche Demonstrationsprojekte energieintensiver Unternehmen kann zudem das Kompetenzzentrum Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI) mit Sitz in Cottbus Finanzmittel erschließen. Es ist bundesweit zuständig, vielleicht hilft Lausitzer Unternehmen hier aber die regionale Nähe. Ansonsten gibt es hinter den Kulissen das Eingeständnis, dass die Politik bei der Strukturstärkung den Blick für die Privatwirtschaft einfach hat vermissen lassen und einen Geburtsfehler verankert hat. Inzwischen schaut man auf Brandenburger Seite sehr intensiv, wie die Lausitzer Wirtschaft doch noch an Strukturmitteln gelangen kann. Da sie über den Landesarm grundsätzlich nur für investive Projekte (Infrastruktur) im öffentlichen Interesse ausgegeben werden dürfen, können Unternehmen mit eigenen oder Verbundprojekten auf vier denkbaren Wegen partizipieren:

- bei Übertragung freiwilliger oder pflichtiger kommunaler Aufgaben an einen privaten Dritten
- als privatrechtliche Gesellschaft (GmbH) mit öffentlichen Gesellschaftern oder wenn laufende Betriebskostenzuschüsse aus öffentlichen Haushalten an private Träger (z.B. Vereine) gezahlt werden *oder als Verbundprojekte:*
- Gebietskörperschaft und sonstiger privater Träger
- sonstiger öffentlicher Träger und sonstiger privater Träger, ein Beispiel ist hier das Projekt Wasserstoffmobilität des öffentlichen Trägers Cottbusverkehr im Verbund mit der LEAG.

Die dargestellten Möglichkeiten stellen für KMU Ausnahmefälle dar. Auf drei Wegen könnten Unternehmen bzw. Mittelstandsvertreter weitere Lösungen initiieren:

- Im Frühjahr 2020 wurde dem Mittelstand Hoffnung auf ein eigenes Förderprogramm gemacht, auch der Mittelstandsverband BVMW hat sich engagiert. Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums kümmerte sich ein Dresdner Institut darum. Leider ist bis heute nichts von Ergebnissen und einem Programm zu hören. Hier sollte nachgehakt und Druck gemacht werden.
- 2019 waren es die Ministerpräsidenten Kretschmer, Woidke und Haseloff, die unter der Federführung Kretschmers in Brüssel auf die Situation der Kohleregionen aufmerksam machten. Es ging um eine Verdopplung der Fördersatzte und eine Ausweitung des Förderrahmens im Wandel, konkret um 20 % statt 10 % Förderung und eine Erweiterung des Rahmens über die Beschränkung bis 50 Mio. auf den Bereich bis 100 Mio., um so Ankerinvestitionen in der Lausitz zu ermöglichen. Ankerinvestitionen generieren immer Substanz für KMU. Hier sollte insbesondere Kretschmer neuen Rückenwind für einen erneuten Anlauf erhalten, da Sachsen mit seiner Wirtschaftsstärke und europäischen Agenda das notwendige politische Gewicht aufbringt.
- Die Verrechnung von EU-Mitteln aus dem Just Transition Fund mit Strukturmitteln des Bundes durch die Bundesregierung haben wir bereits im letzten Reviertransfer ausführlich kritisiert. Immerhin streicht der Bund 85 % der Mittel ein, die vorwiegend für die Wirtschaft der Strukturwandelregionen, insbesondere für die Lausitz, gedacht waren. Darum ist es seltsam ruhig geworden. Ein Aufbegehren der Wirtschaft oder eine Musterklage gegen die Bundesregierung könnten passend zur Wahl und den kommenden Koalitionsverhandlungen – ganz unabhängig von Erfolgsaussichten – neue Aufmerksamkeit generieren. ☒



## Jetzt mit exklusivem Leasingvorteil für ADAC Mitglieder.



Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid 1.6 GDI VISION // SZ = BAFA-Prämie ;-)

**für € 189,-<sup>1</sup> mtl. leasen**

Abbildung zeigt kostenpflichtige Sonderausstattung.



The Power to Surprise

Der Kombi Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid und die besonders günstigen Leasingkonditionen für ADAC Mitglieder machen Ihnen den Umstieg auf alternative Antriebe leicht. Überzeugen Sie sich von seinem großzügigen Platzangebot und seinen innovativen Technologien sowie einer rein elektrischen Reichweite von bis zu 60 Kilometern.<sup>2</sup> Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

In Kooperation mit ADAC SE



LED-Frontscheinwerfer mit Fernlichtassistent • Sitzheizung vorn & beheizbares Lederlenkrad • Rückfahrkamera<sup>3</sup> & Parksensoren hinten • Klimaautomatik • Frontkollisionswarner<sup>3</sup> & aktiver Spurhalteassistent<sup>3</sup> • Smartphone-Schnittstelle Android Auto™<sup>4</sup> & Apple CarPlay™<sup>4</sup> • u. v. a.

**Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid 1.6 GDI VISION, 103,6 kW (141 PS), schon für € 189,- monatlich<sup>1</sup>**

Fahrzeugpreis	€ 34.990,-	36 monatliche Raten à	€ 189,-
Einmalige Leasing-Sonderzahlung	€ 4.600,-	Gesamtbetrag	€ 6.808,-
Laufzeit in Monaten	36	Effektiver Jahreszins	4,59%
Gesamtlauflistung	10.000 km	Gebundener Sollzinssatz p. a.	4,5%

**Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid 1.6 GDI VISION (Super/Strom, Automatik (6-Stufen)), 103,6 kW (141 PS); Kraftstoffverbrauch in l/100 km: kombiniert 1,1. Stromverbrauch in kWh/100 km: kombiniert 9,3. CO<sub>2</sub>-Emission: kombiniert 28 g/km. Effizienzklasse: A+.<sup>5</sup>**

Gerne unterbreiten wir Ihnen Ihr ganz persönliches Angebot. Besuchen Sie uns und erleben Sie den Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid bei einer Probefahrt.

**AUTOHAUS**  
**Tosch** OHG  
...man fährt drauf ab und kommt gut an

**Berliner Straße 17 • 15926 Luckau**  
**Tel.: 03544 555920 • Fax: 5559218**

<sup>\*</sup> Max. 150.000 km Fahrzeug-Garantie. Abweichungen gemäß den gültigen Garantiebedingungen, u. a. bei Batterie, Lack und Ausstattung. Einzelheiten unter [www.kia.com/de/garantie](http://www.kia.com/de/garantie)

- Ein repräsentatives und unverbindliches Leasingangebot für Privatkunden auf Basis einer Kilometerabrechnung von der ALD Autoleasing D GmbH, Nedderfeld 95, 22529 Hamburg, im Rahmen des Produktes Kia Leasing für den Kia Ceed Sportswagon Plug-in Hybrid, Ausstattung Vision. Das Full-Service-Angebot beinhaltet die Kosten für alle Wartungsarbeiten, Teile und Verschleißreparaturen gemäß den Bedingungen des Technik-Service-Dienstleistungsanfangs. Die Sonderzahlung von 4.600,-EUR entspricht der staatlichen Umweltprämie (vom Kunden selbstständig zu beantragen). Mehr- und Minderkilometer werden am Ende der Leasinglaufzeit gesondert abgerechnet. Das abgebildete Modell kann zusätzliche kostenpflichtige Ausstattungspakete und Sonderzubehör enthalten, die im Leasingangebot nicht berücksichtigt sind. Vorstehende Angaben stellen den Beispielwert des nach § 6a Abs. 4 PAngV zu erwartenden effektiven Jahreszins in 2/3 aller voraussichtlich aufgrund der Werbung zustande kommender Verträge dar. Das Angebot ist freibleibend und richtet sich an Verbraucher, die zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses ADAC-Mitglied sind. Vertragsabschluss nur bei hinreichender Bonität des Verbrauchers. Verbraucher haben gemäß § 355 BGB und § 495 BGB ein Widerrufsrecht. Überführungskosten in Höhe von 885,-EUR enthalten. Angebot gültig bis 30.06.2021. Für einen zustande gekommenen Leasingvertrag gelten die allgemeinen Geschäftsbedingungen der ALD Autoleasing D GmbH. Druckfehler, Zwischenverkauf, Änderungen und Irrtümer bleiben vorbehalten.
- Die Reichweite wurde nach dem vorgeschriebenen EU-Messverfahren ermittelt. Die individuelle Fahrweise, Geschwindigkeit, Außentemperatur, Topografie und Nutzung elektrischer Verbraucher haben Einfluss auf die tatsächliche Reichweite und können diese u. U. reduzieren.
- Der Einsatz von Assistenz- und Sicherheitssystemen entbindet nicht von der Pflicht zur ständigen Verkehrsbeobachtung und Fahrzeugkontrolle.
- Die Wortmarke Apple CarPlay ist Eigentum der Apple Inc. Die Wortmarke Android Auto ist Eigentum der Google Inc.
- Die Angaben beziehen sich nicht auf ein einzelnes Fahrzeug und sind nicht Bestandteil des Angebots, sondern dienen allein Vergleichszwecken zwischen den verschiedenen Fahrzeugtypen.

# Reviertransfer Lausitz

# Selbstermächtigung

**Wir haben ein neues Lieblingswort. Es steht für ein wachsendes Selbstbewusstsein, das sich in der Lausitz breit macht. Die lange geforderte Aufbruchstimmung bricht sich an der Basis ihre Bahn. Bund und Länder sind alles andere als unschuldig daran. Obwohl jedes Papier semantisch mit Beteiligung getränkt ist, erreicht die Strukturstärkung die Region kaum. Nur Eingeweihte wissen, was wirklich geschieht. Wer richtig mitgestalten will, scheitert irgendwann auf irgendeiner Ebene der Verwaltungsstrukturen. Doch nun betritt die Region das Spielfeld. Sie fragt nicht. Sie macht einfach. Die Lausitz emanzipiert sich. Lausitzkommission und Markenbüro haben den Anfang gemacht. Das in Brüssel geliebte Bottom-Up-Prinzip wird in der Lausitz neu erfunden. Und mit ihm unser Wort des Jahres: Selbstermächtigung.**

Die neuen Chancen in der Lausitz muss man nicht länger herbeireden. Sie ist jetzt schon eine Gewinnerregion, die an vielen Stellen sichtbar wird. Der Traum von Europas modernstem Bahnwerk, von einer Universitätsmedizin, einem ICE-Schnellzug quer durch die Lausitz – all das wird immer greifbarer. Wer sich Bahntrassen mit ICE-Halt anschaut, der sieht aneinandergereihte Wachstumskerne. Selbst der Phlegmatismus der Deutschen Bahn wird die zunehmende Dynamik weg von der Straße zurück auf die Schiene nicht gänzlich ausbremsen. Es ist heute wieder ein bisschen wie der Aufbruch in die neue Welt, als seinerzeit die ersten Eisenbahngleise verlegt wurden. Sie brachten Zivilisation. Heute bringen sie Wachstum sowie wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit den

Ballungszentren. Selbst wenn das noch zwei Jahrzehnte braucht – auch das lehren sowohl die Geschichte als auch die Börse – werden die Erwartungen schon viel früher zu deutlichen Effekten führen.

Man kann den Blick aber auch auf einen weiteren Bereich richten. Während man allerorten auf Innovationen für eine klimafreundliche Welt hofft, entsteht genau dazu in der Lausitz gerade eine immense Dynamik mit international einzigartigen Kompetenzen, wie sie mit einem Cluster zur Dekarbonisierung der Industrie bereits sichtbar wird. In Cottbus entsteht ein neues Wissenschaftsquartier. Insgesamt stehen hier schon jetzt mit Bahnwerk, Unimedizin, Entwicklung des Technologieparks, Erweiterung des Uni-Campus und weiteren Strukturwandelprojekten rund 4 Milliarden Euro Investitionen

in den Plänen. Die Stadt, die noch vor wenigen Jahren auf einen Sinkflug gen 85.000 Einwohner in den kommenden zwei Jahrzehnten eingeschätzt wurde, soll nach aktuellen Prognosen einen heftigen Ruck erleben und im gleichen Zeithorizont auf 115.000 Einwohner wachsen. Wir Lausitzer können seit 500 Jahren Veränderung – jetzt können wir auch Zukunft.

Sicher werden am Ende nicht alle Wünsche in der gewollten Dimension in Erfüllung gehen und so mancher Papiertiger wird verglühen. Unterm Strich verstehen aber immer mehr Menschen in der Lausitz, dass die Strukturstärkung ein Glücksfall und auch zeitlichen Umständen zu verdanken ist, die schon heute Unerreichbares ermöglichten. Heute leiden viele Regionen Deutschlands unter den Folgen der Pandemie, die Autoländer stehen ebenso wie Deutschlands starke Zentren der Grundstoffindustrie vor umwälzenden, ebenso strukturell tiefgreifenden Veränderungen. Nach knapp 500 Milliarden Corona-Schulden und 30 weiteren Milliarden als Wahlversprechen für die Flutgebiete des zurückliegenden Katastrophensommers sind die öffentlichen Kassen in absehbarer Zeit viel klammer, als beim Konsens der Kohlekommission kalkuliert.

Insofern gilt es, die Chancen zu sichern und nun auch wirklich an die Startlinie zu bringen. Die Strukturstärkung ist ein Marathon. Mit Blick auf die gesamte Streckenlänge haben wir eigentlich gerade erst die Startblöcke verlassen, auch wenn wir oft meinen, schon mitten im Rennen zu sein. Dennoch fordern gerade die Lausitzer Akteure nach wie vor mehr Geschwindigkeit – und das ist richtig so. Denn die Ausgangsposition auf den ersten Metern kann auch das Ergebnis eines Marathons prägen. Umso besser, dass sich nun die Region auf den Weg macht. Dieser Reviertransfer zeigt, warum das wichtig ist – und gibt anschließend Anregungen, wie man sich für die Region unter die Läufer mischen kann.

*Die Berufung der Lausitzkommission war ein weiterer Schritt der Region zur Selbstermächtigung. Foto: Steffen Rasche*

*Foto: Andreas Franke*



## Neue Transparenz

Für das Verständnis der Chancen und mehr Vertrauen in den Wandel fehlt es aktuell vor allem an Transparenz. Das betrifft sowohl die Strukturhilfen seitens des Bundes und der Länder, als auch europäische Mittel wie den Just Transition Fund (JTF), der ebenso über Bund und Länder in die Strukturwandelregionen fließen soll. Zu all diesen Geldflüssen wollen wir diesmal etwas Licht ins Dunkel bringen. Den Beginn machen die nationalen Strukturhilfen.

Im vergangenen Jahr hatte man den Eindruck, dass beständig neue Maßnahmen die Lausitz stärken sollen. In den Nachrichten zu Neuansiedlungen von Wissenschaftseinrichtungen, Bundesbehörden und anderen Vorhaben konnte einem schwindlig werden. Es wurden Erwartungen geschürt,

einige dieser Erfolge immer wieder verkauft – und irgendwie wurde der Anschein erweckt, es würde genauso weitergehen. Dabei wird beständig auf die Strukturstärkungsmittel in Höhe von 17,2 Mrd. Euro allein für die Lausitz verwiesen. Inzwischen sind die anteiligen 11,18 Mrd. Euro über den Bund verantworteter Strukturhilfen komplett verplant, bei den 6,02 Mrd. Euro durch die Länder Brandenburg und Sachsen verantworteter Mittel mindern sich die Budgets nun auch. Eine Transparenz zu den Vorhaben und ihren Kostenfaktoren sucht man vergebens. Dabei würde es helfen, Unsicherheiten und falsche Erwartungen in Zuversicht und Mitgestaltung zu wandeln. Wir haben uns mit einem Blick auf interne Listen, die bei vielen Entscheidern

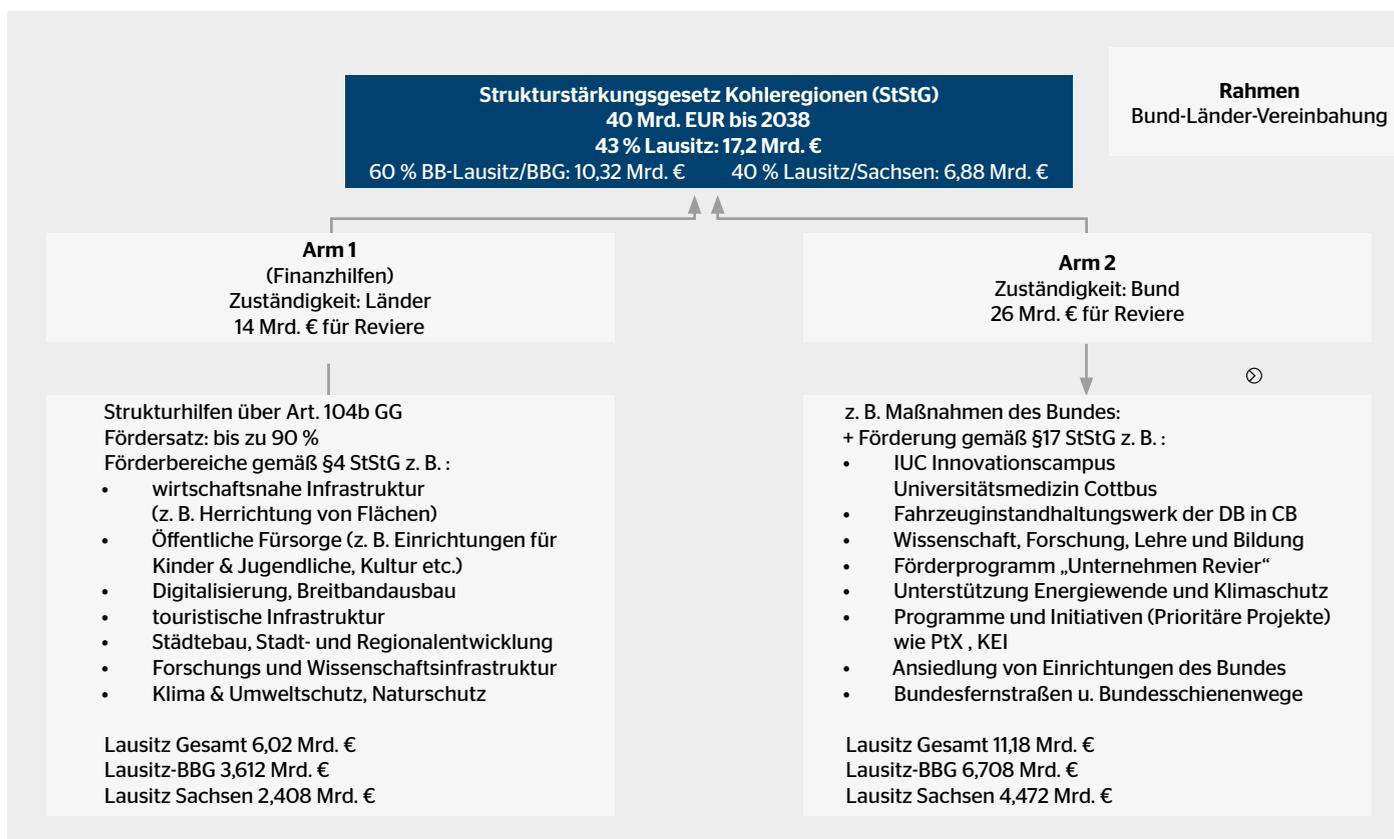
in unterschiedlicher Form kursieren, um einen guten Überblick bemüht. Die Maßnahmen über den Bundesarm führen wir nach Bereichen gegliedert samt geplanten Budgets für die komplette Lausitz auf. Hier sind auch noch prioritär geplante Maßnahmen der Länder wie die Universitätsmedizin oder das Bahnwerk ausgewiesen. Lausitzer Akteure auf der regionalen Basis können daraus viel für ihre Beteiligung ableiten, wie einige nüchterne Betrachtungen zeigen. Für Vorhaben aus dem jeweiligen Landesarm gibt es schon mehr Transparenz und per einfacher Onlinerecherche auffindbare Maßnahmenlisten und Erklärungen zu Projekten, allerdings auch hier keine Übersichten zu schon verplanten Budgets und noch nutzbaren Strukturhilfen.

## Der Bundesarm

Sicher können sich Zahlen und Planungen der nachfolgenden Tabelle zu den nationalen Strukturhilfen inzwischen anders gestalten und auch noch verändern. Wer allerdings in die Grundlagen schaut – vor allem in §17 und §18 des Strukturstärkungsgesetzes – den können die Maßnahmen kaum überraschen. Dieses Gesetz wurde bereits im Sommer 2020 verabschiedet und ist öffentlich einsehbar – insofern waren die fortlaufenden Erfolgsmeldungen damals schon

absehbar. Mit Blick auf die Budgetierung wird auch klar, warum viele Maßnahmen im Bereich Straße und Schiene sowie weitere Maßnahmen, die im Bericht der Kohlekommission und auch im Strukturstärkungsgesetz noch enthalten waren, nicht mehr finanzierbar sind. Etwas mehr Transparenz kann hier aber hoffentlich helfen, insbesondere aus der Region heraus eine konstruktive Beteiligung zu ermöglichen. Insbesondere wird ersichtlich, dass die Bundesmittel auf

dem aktuellen Planungsstand, berücksichtigt man die bereits definierten prioritären Projekte der Länder, bereits komplett ausgeschöpft sind. Begehrlichkeiten für weitere Multi-Millionen-Investitionen, wie sie mit der Förderung weiterer Großindustrien immer mal wieder durch die Medien rauschen, sind über Strukturhilfen des Bundes nicht mehr umsetzbar. Zudem werden anhand der Zahlen Aspekte deutlich, um die sich jetzt an der Basis gekümmert werden könnte. ☉



In der Übersicht unten ausgewiesene prioritäre Projekte und das Restbudget für die Brandenburger Lausitz verdeutlichen, wie eng der Spielraum für Bahnwerk, Universitätsmedizin und Science Campus ist – allesamt Hoffnungsträger und bereits als Maßnahmen ins Schaufenster gestellt, die maßgeblich zum Erfolg des Wandels beitragen können. Insbesondere beim aktualisierten Investitionsbedarf der Universitätsmedizin, die seit der positiven Empfehlung der Expertenkommission im Sommer 2021 mit nunmehr 1,9 Milliarden Euro angegeben wird, scheint in diesem Umfang kaum darstellbar. Ebenso eng scheint der Spielraum fürs Bahnwerk zu werden – hier muss die Region wachsam sein und ihren Einfluss stark machen, damit diese Vorhaben, die tatsächlich nachhaltige Wertschöpfung und Arbeitsplätze in die Region bringen und mit deutlichen Effekten auf ein wirtschaftliches Umfeld verbunden sind, auch in der gewünschten Kraft und Größe realisiert werden. Aus diesem Grund erfolgen zu diesen Großprojekten noch gesonderte Anmerkungen.

Ebenso deutlich wird, wo die Region auf Bund und Länder sowie das Bund-Länder-Koordinierungsgremium, das letztendlich die Planung der Strukturhilfen des Bundes koordiniert, Druck machen könnte. Für die Brandenburger Seite dürfte anhand der Übersicht umso deutlicher werden, dass die 310 Mio. Euro für das RKI-Vorhaben an der Berliner Landesgrenze anderswo schmerzlich fehlen werden. Auch wenn aus Potsdam zu hören ist, daran

lässt sich nichts mehr ändern und jetzt solle die Lausitz doch das Beste daraus machen, muss man aus der Lausitzer Perspektive hier eine Zweckentfremdung der Strukturhilfen konstatieren. Selbst mit viel Fantasie lässt sich ein Nutzen dieser Maßnahme für die vom Wandel betroffene Lausitz nicht erkennen. Solche Mitnahmeeffekte des Bundes für Sowieso-Maßnahmen stärken auch das Vertrauen in die Politik und den diesmal ernst gemeinten Strukturstärkungsprozess nicht. Es scheint am Ende auch nicht plausibel, dass sich daran nichts mehr ändern ließe – entweder der Standort, oder eben die Investition.

Hier führt das RKI-Vorhaben auch gleich zur zweiten Stellschraube, bei der aus der Region heraus eine Nachsteuerung veranlasst werden könnte. So wurde die tatsächliche Investition des RKI in Infrastruktur mit etwas 70 Mio. Euro beziffert, den Rest zu den 310 Mio. Euro machen wohl vorwiegend Personalkosten aus. Bei weiteren Ansiedlungen von Bundesinstitutionen wie Forschungsinstituten und Kompetenzzentren treibt eine Durchfinanzierung des Personals teils bis 2038 die Kosten in die Höhe. Die Forderung nach Aufschlüsselung der Budgets in tatsächliche Investitionskosten und in Personalkosten würde eine Stellschraube liefern, die im deutlich oberen, dreistelligen Millionenbereich oder sogar darüber liegen könnte. Hier ist aus der Lausitzer Perspektive überhaupt nicht einzusehen, warum Bundespersonal, dass an einem

anderen Ort sowieso finanziert werden müsste, aus strukturellen Hilfen für die Region zu bezahlen ist. Es gehört einfach zur Wahrheit, dass all diese Einrichtungen, die in der Lausitz angesiedelt werden, nicht ein Geschenk des Bundes an die Wandelregion sind. Sie alle haben wichtige Aufgaben und wären sowieso installiert worden, mithin hätte der Bund auch die Kosten für das Personal sowieso aufbringen müssen. Diese über Strukturhilfen zu finanzieren, ist als weiterer Mitnahmeeffekt des Bundes zu werten.

Die Region sollte zudem mehr Transparenz zum Planungsstand und Fortschritt der einzelnen Maßnahmen einfordern und dies auch den Akteuren vor Ort und den Menschen in der Lausitz zugänglich machen. Bei vielen der Infrastrukturmaßnahmen gibt es offensichtlich noch keinen Planungsstand. Da Schiene und Straße in Deutschland mindestens 10 bis 15 Jahre in der Umsetzung brauchen und eine Planungsbeschleunigung trotz aller warmen Worte im Wahlkampf mehr als fraglich scheint, sollte auch hier aus der Region mehr Beteiligung eingefordert werden. Es geht letztendlich um keinen Geheimplan für Hinterzimmer – und es geht darum zu zeigen, dass der Wandel diesmal gelingt und die Region mitnimmt. Da die Maßnahmen ohnehin feststehen, könnte man den Lichtschalter auch dauerhaft anschalten und ihren Fortschritt auf einer allen zugänglichen Plattform darstellen – vielleicht eine relevante Aufgabe für die Lausitzkommission.

## Der Landesarm

Im Landesarm gehen Brandenburg und Sachsen recht unterschiedliche Wege, die einen einheitlichen Überblick erschweren. Die Brandenburger gehen auf der Webseite der Wirtschaftsregion Lausitz bei der Transparenz mit gutem Beispiel voran. Wer auf der Homepage auf die kleine Landkarte in der Ecke rechts unten klickt, kommt schnell zu einer Plattform, die alle Projekte nach den fünf Werkstattthemen strukturiert aufführt. Allerdings werden hier Investitionskosten und Budgets ebenso nicht beleuchtet. Der Fortschritt der Projekte wird nirgend nachvollziehbar gemacht. Auch hierdurch werden auf beiden Seiten in der Öffentlichkeit unnötige Missverständnisse erzeugt. So werden inzwischen etwa quartalsweise bei Sitzungen von Interministeriellen Arbeitsgruppen (IMAG) der Länder – in Sachsen darf ein Regionales Empfehlungsgremium noch zustimmen, hat aber kaum Entscheidungsspielraum – Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung empfohlen. Berichte in den Medien erwecken oft den Eindruck, dass bei diesen Maßnahmen sofort losgelegt werden kann. Die Realität

sieht anders aus. Oft liegen nur erste Projekt- und Planungsskizzen vor, die dann fundiert und antragsreif gemacht werden müssen. Die Entscheidung der IMAG ist lediglich eine Bestätigung der Förderwürdigkeit, sagt aber nichts über den Stand des Projekts bzw. der Planung aus. Oft werden erst nach dieser Bestätigung umfangreiche Planungsprozesse in Gang gesetzt. Auch das Antragsprozedere, das letztendlich über die Landesinvestitionsbanken erfolgt, kann viele Monate beanspruchen. Hier könnte aus der Region ein gläserner Prozess eingefordert werden, der auch deutlich macht, welche Projekte wann überhaupt in die reale Umsetzung gehen.

Für die Brandenburger Seite gab es in diesem Jahr im März und Juni bereits zwei Entscheidungsrunden, die insgesamt 26 Projekte bestätigt haben, die nachfolgende nach Werkstätten gegliedert aufgeführt sind. Das Gesamtvolumen dieser Projekte dürfte etwa 500 Mio. Euro betragen. Die nächsten Projekte werden in einer Sitzung parallel zum Erscheinen dieses Magazins bestätigt:

### Werkstatt 1

#### „Unternehmen,

#### Wirtschaftsentwicklung, Fachkräfte“

- Weiterentwicklung Logistik- und Industriezentrum Forst (15 Mio. €)
- Informationszentrum der Stadt Cottbus DB Schaufenster (1,0 Mio. €)
- Bebauungsplan Ausbau Bahnwerk Technologiezentrum (0,25 Mio. €)
- Rahmenplan Sondergebiet Forschung und Entwicklung Teilbereich 2 (0,12 Mio. €)
- Gewerbegebiet Guben Süd (18,4 Mio. €)
- Industrie- und Gewerbegebiet in Schipkau-Schwarzheide (3,6 Mio. €)
- Süderweiterung Industriepark Schwarze Pumpe (5,42 Mio. €)
- Leistungszentrum Westlausitz (70 Mio. €)
- Bebauungsplan Technologie- und Innovationspark (TIP) (0,18 Mio. €)

### Werkstatt 2

#### „Innovation und Digitalisierung“

- Nachhaltiger ÖPNV (Wasserstoffbusse) (5,5 Mio. €)
- EIZ (Energieinnovationszentrum) (1. Teil)

Maßnahmen aus Strukturhilfen des Bundes für das Lausitzer Revier	Gesetz**	Anteil BB-Laus.	Anteil SN-Laus.	Gesamtsumme/ Budget alle Reviere	Anteil BB-Lausitz	Anteil SN-Lausitz
<b>Forschung &amp; Entwicklung</b>						
DLR Institut zur Erforschung emissionsärmerer Flugtriebwerke	§17	100%	0%	366.226.609 €	366.226.609 €	0 €
Aufbau und Betrieb eines Forschungs- und Entwicklungszentrums	§17	100%	0%	32.157.450 €	32.157.450 €	0 €
Technologieinitiative Hybrid Elektrisches Fliegen - Aufstockung	§17	100%	0%	46.700.000 €	46.700.000 €	0 €
Weiterer Aufbau und Verstetigung des Betriebs des Kompetenzzentrums Klimaschutz in energieintensiven Industrien (KEI)	§17	100%	0%	120.000.000 €	120.000.000 €	0 €
Power-to-X-Kompetenzzentrum inklusive Demonstrationsanlage	§17	100%	0%	573.619.900 €	573.619.900 €	0 €
Kompetenzzentrum Elektromagnetische Felder	§18	100%	0%	170.662.300 €	170.662.300 €	0 €
Realisierung eines Forschungs- und Demonstrationsfeldes für innovative Wasser- und Abwassertechnik	§17	100%	0%	80.097.500 €	80.097.500 €	0 €
Einrichtung eines Kompetenzzentrums Regionalentwicklung	§17	100%	0%	121.211.607 €	121.211.607 €	0 €
Dauerhafte Einrichtung eines „Zentrums für Künstliche Intelligenz in der Public-Health-Forschung“ des RKI	§18	100%	0%	310.849.000 €	310.849.000 €	0 €
Innovationscampus Elektronik und Mikrosensorik Cottbus (iCampus)	§17	100%	0%	20.000.000 €	20.000.000 €	0 €
Fraunhofer-Einrichtung für Energieinfrastruktur und Geothermie (IEG)	§17	40%	10%	27.657.500 €	11.063.000 €	2.765.750 €
Aufbau von regionalen Kompetenzzentren der Arbeitsforschung im Rahmen der Programmlinie „Zukunft der Arbeit“ des Programms „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“	§17	0%	25%	75.000.000 €	0 €	18.750.000 €
CASUS - Center for Advanced Systems Understanding	§17	0%	100%	261.424.900 €	0 €	261.424.900 €
Gründung eines neuen institutionell geförderten Großforschungszentrums	§17	0%	50%	2.531.150.000 €	0 €	1.265.575.000 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>4.736.756.766 €</b>	<b>1.852.587.366 €</b>	<b>1.548.515.650 €</b>
<b>Straße</b>						
Straßen-Verkehrsvorhaben B 97, Ortsumgehung Cottbus, 2. BA	VP	100%	0%	49.049.000 €	49.049.000 €	0 €
Straßen-Verkehrsvorhaben B 178, Zittau - Niederoderwitz	VP	0%	100%	42.021.000 €	0 €	42.021.000 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>91.070.000 €</b>	<b>49.049.000 €</b>	<b>42.021.000 €</b>
<b>Schiene</b>						
Schiene-Verkehrsvorhaben Bahnhof Lübbenau	VP	100%	0%	11.426.000 €	11.426.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Lübbenau - Cottbus	VP	100%	0%	231.185.000 €	231.185.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Knoten Ruhland	VP	100%	0%	41.000.000 €	41.000.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Bahnhof Königs Wusterhausen	VP	100%	0%	15.318.000 €	15.318.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Knoten Falkenberg	VP	100%	0%	100.000.000 €	100.000.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Strecke Berlin-Grünau - Königs Wusterhausen	VP	100%	0%	96.484.000 €	96.484.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Strecke Cottbus - Forst	VP	100%	0%	77.595.000 €	77.595.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Strecke Leipzig - Falkenberg - Cottbus	VP	100%	0%	20.000.000 €	20.000.000 €	0 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Graustein - Spreewitz	VP	25%	75%	50.100.000 €	12.525.000 €	37.575.000 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Berlin - Cottbus - Weißwasser - Görlitz	VP	30%	70%	1.454.700.000 €	436.410.000 €	1.018.290.000 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Arnsdorf - Kamenz - Hosena (- Hoyerswerda-Spremberg)	VP	0%	100%	146.600.000 €	0 €	146.600.000 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>2.244.408.000 €</b>	<b>1.041.943.000 €</b>	<b>1.202.465.000 €</b>
<b>Bundesbehörden</b>						
Errichtung der BAFA-Außenstelle in Weißwasser	§18	0%	100%	193.464.000 €	0 €	193.464.000 €
Erweiterung der BNetzA-Außenstelle in Cottbus	§18	100%	0%	207.702.000 €	207.702.000 €	0 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>401.166.000 €</b>	<b>207.702.000 €</b>	<b>193.464.000 €</b>
<b>Allgemeine Maßnahmen</b>						
Sofortprogramm		27%	10%	165.975.000 €	44.796.653 €	16.929.450 €
Bundesprogramm „STARK“	§17	23%	15%	2.038.000.000 €	469.560.000 €	313.040.000 €
Proaktive Unternehmensberatung in den Kohleregionen	§17	26%	17%	16.000.000 €	4.128.000 €	2.752.000 €
Reallabore Energiewende	§17	26%	17%	149.060.000 €	38.457.480 €	25.638.320 €
Förderung der strukturschwachen Regionen bzw. der vom Kohleausstieg betroffenen Regionen	§17	26%	17%	4.000.000 €	1.032.000 €	688.000 €
Förderung von branchenspezifischen Ausbildungsclustern 4.0	§17	26%	17%	19.620.000 €	5.061.960 €	3.374.640 €
Programmmodul „Digitalisierung und datenbasierte Innovationen für Mobilität 4.0 und Daseinsvorsorge in den Braunkohlerevieren	§17	26%	17%	35.000.000 €	9.030.000 €	6.020.000 €
Programmmodul „Digitalisierung und datenbasierte Innovationen ...“ (siehe oben)	§17	26%	17%	75.000.000 €	19.350.000 €	12.900.000 €
BMU-Förderprogramm „Kommunale Modellvorhaben zur Umsetzung der ökologischen Nachhaltigkeitsziele in Strukturwandelregionen“	§17	26%	17%	100.000.000 €	25.800.000 €	17.200.000 €
Verstärkung der (bestehenden) Sportförderung	§17	10%	0%	4.077.237 €	399.738 €	0 €
Maßnahmen zur Förderung der Sorben / Lausitzer Revier in der Sächsischen Lausitz	§17	0%	100%	42.500.000 €	0 €	42.500.000 €
Maßnahmen zur Förderung der Sorben / Lausitzer Revier in der Brandenburgischen Lausitz	§17	100%	0%	19.000.000 €	19.000.000 €	0 €
Kompetenzzentrum „Bildung im Strukturwandel“	§17	26%	17%	8.000.000 €	2.064.000 €	1.376.000 €
Verstärkung der Kulturförderung	§17	22%	15%	187.486.470 €	41.258.586 €	27.505.724 €
Auflage eines Förderprogramms Industriekultur	§17	18%	12%	227.889.000 €	41.589.600 €	27.726.400 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>3.091.607.707 €</b>	<b>721.528.017 €</b>	<b>497.650.534 €</b>
<b>Verwaltungskosten</b>						
Evaluation des StStG und Expertenpool		26%	17%	22.800.000 €	5.882.400 €	3.921.600 €
Geschäftsstelle des Bund-Länder-Koordinierungsgremiums (BLKG)		26%	17%	24.423.669 €	6.301.307 €	4.200.871 €
Ansiedlung von Verwaltungsstrukturen im BMVI	§18	26%	17%	103.333.954 €	26.660.170 €	17.773.447 €
BMVI Personalkosten für StStG Umsetzung		28%	32%	52.526.843 €	14.537.354 €	16.582.645 €
EBA Personalkosten für StStG Umsetzung		30%	35%	124.004.030 €	37.155.853 €	42.880.093 €
FBA Personalkosten für StStG Umsetzung		11%	9%	20.365.452 €	2.149.917 €	1.841.865 €
<b>Gesamtkosten Position</b>				<b>347.453.948 €</b>	<b>92.687.001 €</b>	<b>87.200.521 €</b>
<b>JTF</b>	<b>§17</b>		<b>26%</b>	<b>1.438.173.099 €</b>	<b>0 €</b>	<b>374.185.241 €</b>
<b>Gesamtbudget geplant</b>					<b>3.965.496.384 €</b>	<b>3.945.501.946 €</b>
<b>Prioritäre Projekte Brandenburg*</b>						
Fahrzeuginstandhaltungswerk der DB AG in Cottbus	§17	100%	0%	1.000.000.000 €	1.000.000.000 €	0 €
Innovationscampus Universitätsmedizin Cottbus (IUC)	§17	100%	0%	1.000.000.000 €	1.000.000.000 €	0 €
Lausitz Science Park (LSP)		100%	0%	280.000.000 €	280.000.000 €	0 €
Technologieinitiative Hybrid Elektrisches Fliegen		100%	0%	101.300.000 €	101.300.000 €	0 €
<b>Gesamtkosten Position</b>					<b>2.381.300.000 €</b>	
<b>Prioritäre Projekte Sachsen*</b>						
B 178, Nostitz - A 4 (BA 1.1)				110.280.000 €	0 €	110.280.000 €
Innerlausitzer Bundesfernstraßen, Teilprojekt Ortsumgehung Kodersdorf				25.000.000 €	0 €	25.000.000 €
Stationierung einer Bundeswehrereinheit im Lausitzer Revier (Entscheidung erst 2023)				287.500.000 €	0 €	287.500.000 €
Schiene-Verkehrsvorhaben Dresden - Bautzen - Görlitz (- Grenze D/PL)				keine Kosten ausgewiesen		
<b>Gesamtkosten Position</b>						<b>422.780.000 €</b>
<b>Budget laut StStG / Bundesarm</b>					<b>6.708.000.000 €</b>	<b>4.472.000.000 €</b>
<b>Restbudget bei inkl. Prioritärer Projekte</b>					<b>361.203.616 €</b>	<b>103.718.054 €</b>

\*noch zur Verfügung stehende Mittel sollen prioritär für diese Projekte eingesetzt werden, \*\*gestztl. Grundlagen der Maßnahmen: §17/§18 = Strukturstärkungsgesetz (StStG), VP = Verkehrswegeplan  
Quelle: Eigenrecherche

- Telemedizin im Rettungsdienst Landkreis Spree-Neiße\* (0,16 Mio. €)
- Center for Hybrid Electric Systems Cottbus (CHESCO) (238,0 Mio. €)

#### Werkstatt 3

##### „Infrastruktur und Mobilität“

- Ladegleis Königs Wusterhausen (6,5 Mio. €)
- Aufwertung Verkehrslandesplatz Neuhausen (6,0 Mio. €)

#### Werkstatt 4

##### „Daseinsvorsorge, ländliche Entwicklung, Smart Regions“

- Future Branitz Plant
- Kultur- und Sportzentrum Burg (Spreewald) (15,46 Mio. €)
- Projektstudie BMX-Zentrum / Sport- und Freizeitpark
- Trampolinhalle
- Zentrum für Medizintechnologien am Carl-Thiem-Klinikum (14,953 Mio. €)
- Gesundheitslandhaus Schwarze Pumpe (2,227 Mio. €)

#### Werkstatt 5

##### „Kunst, Kultur, Tourismus, Marketing“

- Rundweg um den Cottbuser Ostsee
- Besucherinformationszentrum Wasserreich Spree (23,03 Mio. €)
- Wassertouristische Basisinfrastruktur in der Sedlitzer Bucht (2,57 Mio. €)
- Dauerausstellung im Textilmuseum Forst (3,042 Mio. €)
- Wilde Zukunft (Wilde Möhre GmbH)\* (19,1 Mio. €)

Auf der sächsischen Seite wurden die ersten insgesamt 54 Projekte im August 2021 bestätigt, davon betreffen 38 Projekte das Lausitzer Revier. Aussagen zum finanziellen Volumen sind öffentlich noch nicht zu finden:

- Bernsdorf, Museumskomplex Zeisholz“
- Bischofswerda, Kulturhaus
- Boxberg/O.L. – Einrichtung innerörtliches Wegeleitsystem
- Elsterheide – Sicherung Abwasserbeseitigung
- Gablenz, Sanierung und Verbesserung der Infrastruktur des Technischen Kulturdenkmals „Waldeisenbahn Muskau“
- Görlitz, Ausbau und Digitalisierung der Tourismusinformatio
- Görlitz, Ausbau und Umbau der Infrastruktur des Tierparks
- Görlitz, Errichtung einer Experimentierwerkstatt zur Energieeffizienz
- Großschönau, Textile Kreativwerkstatt
- Hähnichen, Sanierung und Umbau Schloss Niederspree
- Haselbachtal, Energieautarkes Gemeindeamt 2.0
- Herrnhut, Erweiterung der Kita „Krümelkiste“
- Hochkirch, Ausbau Kultur- und Begegnungszentrum Rodewitz
- Hochkirch, Barrierefreier Ausbau im öffentlichen Nahverkehr
- Hoyerswerda, Energetische Sanierung und Modernisierung der Lausitzhalle
- Hoyerswerda, Erweiterung Aufbereitungskapazität Wasserwerk Zeißig
- Hoyerswerda, Förderzentrum Hoyerswerda, Dachsanierung Schwimmbad
- Hoyerswerda, Kommunale Energieleitzentren Lausitz
- Hoyerswerda, Qualifizierung Lausitzbad
- Kodersdorf, Umbau und Sanierung des ehemaligen Gutshauses
- Neschwitz, Fischereihof Kleinholscha
- Ottendorf-Okrilla, Touristische Erschließung Teichwiesenbad
- Radeberg, ROTeCH Erweiterung
- Ralbitz-Rosenthal, Neubau Kita
- Rietschen, Verbesserung der Attraktivität des touristischen Radwegenetzes

- Schönbach, Neubau touristischer Radweg
- Steina, Ersatzneubau einer Inklusionskita
- Versorgungsgebiet – Leitungsbau Kamenz
- Wachau, Erlebnisschloss Seifersdorf
- Waldhufen, Erweiterung und Erschließung des Gewerbegebiets Schulstraße/ Jänkendorf
- Waldhufen, Kita „Kinderschloss“
- Weißig, Kindertagesstätte mit Waldangebot und Dorfgemeinschaftshaus
- Weißwasser, Innovationswerkstatt & FAB Labor
- Weißwasser, Sanierung Bahnhof
- Weißwasser, Sanierung Kinderhaus „Sonnenschein“
- Weißwasser, Trinkwasserverbundsystem Lausitzer Revier, Abschnitt Weißwasser
- Zittau, Digitale Transformation, Rathaus Zittau
- Zittau, Neugestaltung und Digitalisierung des Tourismus- und Regionalentwicklungszentrums

Ein Blick in die Projektlisten zeigt, dass es sich besonders in Sachsen eher um aufgestaute Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene und scheinbar ums Gießkannenprinzip handelt. Zusammenhänge zu den für die Strukturhilfen definierten, höchsten Prioritätsstufen nachhaltige Wertschöpfung und unmittelbare Relevanz für Arbeitsplätze sind nur mit Fantasie zu entdecken. Eine Konzentration auf die tatsächliche Betroffenheit im Lausitzer Kernrevier scheint ebenso abhandgekommen. Auf beiden Seiten muss sicher mit dem Konstruktionsfehler des Strukturstärkungsgesetzes umgegangen werden, das die Wirtschaft außen vorlässt und vorwiegend eine Förderung kommunaler Vorhaben adressiert, aber die Auswahl der Projekte auf Brandenburger Seite zeigt schon deutlich mehr Bezug zu den eigentlichen Prioritäten und einer Bewertung nach Effekten statt regionaler Streuung. Kein Wunder, dass es aus der Region heraus im sächsischen Prozess gerade deutlicher knirscht. Vielleicht gibt das beiden Ländern den Hinweis, sich doch noch einmal gegenseitig in die Prozesse zu schauen, die Region zu beteiligen und etwas neu zu justieren.

In Brandenburg sollten sowohl Kommunen als auch Wirtschaft mit Blick auf die Mittel aus dem Just Transition Fund (JTF) auf die evtl. knapper werdenden Budgets über den Landesarm achten. Wie im Folgepunkt zum JTF ausgeführt wird, kürzt das Land Brandenburg die 85% vom Bund angerechneten JTF-Mittel aus dem Landesarm. Somit müssen die 3,6 Milliarden Euro Strukturhilfen des Landes bis 2038 um rund 670 Mio. Euro gemindert werden. ☹

*Der Strukturstärkungsprozess in der sächsischen Lausitz startete zuerst, die Brandenburger brachten ihre ersten Projekte dennoch schneller auf den Weg. Foto: SMR*



# Mit Qualifizierung die Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Arbeitsagentur berät zu Weiterbildung und Fördermöglichkeiten

Jetzt in die Zukunft investieren!

## Weiterbildung lohnt sich!

- Zuschüsse bis zu 100%
- Noch mehr Know-how

Infos bei Ihrem Arbeitgeber-Service!

Tel.: 0800 4 5555 20  
(gebührenfrei)



Die demografische Entwicklung, Automatisierung und Digitalisierung sowie der Kohleausstieg führen zu einem Strukturwandel in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt. Das Lernen hört heute nicht mehr mit dem Abschluss der Ausbildung auf. Betriebe sollten für ihre Zukunftsfähigkeit jetzt die richtigen Weichen stellen und das Potenzial ihrer Beschäftigten in Richtung der Anforderungen von morgen entwickeln. Kluge Köpfe sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Fachkräfte werden immer knapper und sind am Arbeitsmarkt gut nachgefragt. Beschäftigte zu qualifizieren, ist daher auch ein Baustein, um den steigenden Bedarf der Unternehmen an gut ausgebildeten Fachkräften zu sichern. Die Vermittlerinnen und Vermittler im Arbeitgeber-Service der Agentur für Arbeit beraten rund um die betriebliche Weiterbildung und informieren, unter welchen Voraussetzungen eine finanzielle Förderung möglich ist.

Mit dem Qualifizierungschancengesetz und dem Arbeit-von-morgen-Gesetz wurden die bestehenden Möglichkeiten zur Förderung von Weiterbildungen Beschäftigter weiter verbessert. Die Arbeitsagentur kann Arbeitgeber mit einer vollen oder teilweisen Übernahme der Lehrgangskosten sowie einem anteiligen Zuschuss zum Arbeitsentgelt unterstützen. Die Förderhöhe ist abhängig von der Betriebsgröße. Je kleiner das Unternehmen, desto höher ist der Zuschuss. Arbeitnehmer können sich für aktuelle und zukünftige Tätigkeitsinhalte fit machen und geringqualifizierte Beschäftigte einen Berufsabschluss erreichen. Auch die Zeit der Kurzarbeit kann gut genutzt werden, um die Beschäftigten fit für die Arbeit von morgen zu machen. Dabei werden unter bestimmten Voraussetzungen die Sozialversicherungsbeiträge erstattet.

**An wen können sich Beschäftigte wenden, wenn sie Fragen zu Weiterbildungen haben?**

Seit Jahresbeginn bietet die Arbeitsagentur die Berufsberatung im Erwerbsleben an. Beschäftigten und Wiedereinsteigern stehen dafür spezielle Ansprechpartner zur Seite, z.B. wenn ein fehlender Berufsabschluss nachgeholt werden soll oder es Fragen zur beruflichen Entwicklung gibt. Die Berufsberater geben Orientierung, strukturieren die Vielzahl von Informationen und unterstützen bei der Erstellung der individuellen Karrierepläne.

**Hotline des Arbeitgeber-Service:  
0800 4 5555 20**

**Berufsberatung im Erwerbsleben  
Hotline für Arbeitnehmer:  
03591 66 22 33**

[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)



**Berufsberatung im Erwerbsleben  
Team Lausitz**



## Just Transition Fund (JTF) - ein Scheinriese für die Wirtschaft?

Neben fehlender Transparenz zu den nationalen Strukturhilfen gab es zuletzt auch viele Missverständnisse zu den europäischen Fördermitteln für Strukturwandelregionen. In Berichten zum JTF entstand durchaus der Eindruck, dass den KMU in den Kohleregionen hier etliche Millionenbeträge in einer neuen, wirtschaftsnahen Förderkulisse durch den Bund vorenthalten würden. Eine vom Bund angekündigte Verrechnung der insbesondere für KMU relevanten Mittel wurde oft als Kürzung dieser europäischen Mittel dargestellt. Wir erklären deshalb einmal ausführlich, was es mit dem JTF auf sich hat – und was er insbesondere für die KMU und auch für größere Unternehmen in der Lausitz leisten könnte. Vorab möchten wir uns vor allem beim Büro des EU-Abgeordneten Dr. Christian Ehler und bei Michael Schulz von der Wirtschaftsinitiative Lausitz sowie Ralf Henkler vom Mittelstandsverband BVMW für ihre Zeit und Unterstützung bedanken.

### Der Just Transition Mechanism (JTM)

Der JTF ist nur eine von drei Säulen des sogenannten JTM, der als Mechanismus für den gerechten Übergang bezeichnet wird. Er ist im Juli 2021 von der EU als Teil der europäischen Kohäsionspolitik für die Jahre 2021 bis 2027 in Kraft getreten. Er soll die ambitionierteren Klimaziele der EU und den „Europäischen Grünen Deal“ sowie den Weg zur Klimaneutralität bis 2050 insbesondere in sozioökonomisch schwächeren Strukturwandelregionen beim Übergang unterstützen und sicherstellen, dass dieser Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft fair verläuft und niemand zurückgelassen wird. Der Mechanismus besteht aus 3 Säulen:

- Säule 1: Der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fund – JTF)
- Säule 2: Spezielle Regelungen im Rahmen von InvestEU (Just Transition Scheme – JTS)
- Säule 3: Darlehensfazilität der Europäischen Investitionsbank



Für die Lausitz spielt vor allem der JTF als erste Säule eine Rolle. Für weitere Informationen zum Gesamtmechanismus führt nebenstehender QR-Code zur offiziellen Seite der EU-Kommission zum JTM.

### Der Just Transition Fund (JTF)

Der JTF – zu Deutsch: Fonds für einen gerechten Übergang – soll Menschen, Wirtschaft und Umwelt in den Gebieten unterstützen, die aufgrund des Übergangs der EU zu einer klimaneutralen Wirtschaft schwerwiegende, sozioökonomische Herausforderungen bewältigen müssen. In Deutschland sind dies nach Einschätzung der Europäischen Kommission die Braunkohlereviere in den Ländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Der JTF wird über zwei Quellen finanziert: den aktuellen EU-Haushalt (2021-2027) und das europäische Wiederaufbauprogramm „Next-GenerationEU“ (2021-2023). Er umfasst insgesamt 17,5 Mrd. Euro.

Als Zielgebiete hat die EU die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte oder Teile davon festgelegt. Für Deutschland sind 15 Landkreise und Städte in den Braunkohleregionen im Osten sowie 3 Landkreise im rheinischen Revier für die Förderung ausgewiesen, das betrifft auch die Lausitzer Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Cottbus, Bautzen und Görlitz.

Deutschland erhält vom Gesamtvolumen des JTF mit insgesamt rund 2,477 Milliarden Euro den zweithöchsten Anteil. Bund und Länder einigten sich auf einen Verteilerschlüssel, Brandenburg wurde dabei mit einem deutlich höheren Anteil als bei den nationalen Strukturhilfen (Brandenburg 25,8%, Sachsen 25,2%) berücksichtigt. So stehen nun für Brandenburg 786 Mio. Euro (32%) und für Sachsen 645 Mio. Euro (26%) aus dem JTF zur Verfügung.

Beide Länder haben die von der EU empfohlenen Zielgebiete erweitert, Sachsen hat neben den Regionen im Lausitzer und Mitteldeutschen Revier auch die Stadt Chemnitz als Standort eines mit heimischer Braunkohle betriebenen Kraftwerks für eine Förderung vorgesehen, Brandenburg hat die Stadt Schwedt aufgrund der strukturellen Veränderung der dort ansässigen Raffinerie berücksichtigt.

### Welche Fördermöglichkeiten bietet der JTF?

Mit dem JTF steht für die Kohleregionen grundsätzlich ein breites Förderspektrum zur Verfügung. Übergeordnetes Ziel ist die Unterstützung der Diversifizierung der Wirtschaft in den vom Strukturwandel betroffenen Gebieten. Einen Schwerpunkt soll daher die Förderung von Unternehmen, beispielsweise durch produktive Investitionen in KMU und die Förderung von Startups bilden. Grundsätzlich ist im Rahmen des JTF auch die Förderung von Großunternehmen möglich, wobei die EU-Kommission hier hohe Anforderungen stellt. Darüber hinaus stehen die JTF-Gelder für Investitionen in Forschungs- und Innovationstätigkeiten, Energieeffizienzmaßnahmen sowie in die Kreislaufwirtschaft zur Verfügung. Auch Infrastrukturmaßnahmen im Bereich der Digitalisierung, der nachhaltigen lokalen Mobilität sowie die Sanierung von Brachflächen sind grundsätzlich förderfähig. Neben diesen investiven Fördergegenständen kann der JTF auch zur Finanzierung von Weiterbildungs- bzw. Umschulungsmaßnahmen und die Wiedereingliederung von Arbeitnehmern eingesetzt werden.

### Wie wird der JTF in der Lausitz umgesetzt?

Die sächsischen Förderschwerpunkte werden derzeit innerhalb der sächsischen Staatsregierung abgestimmt. Die Planung erfolgt federführend durch das Wirtschafts- und Arbeitsministerium (SMWA), das sich dabei eng mit dem für die Strukturentwicklung in den Kohleregionen zuständigen Regionalentwicklungsministerium (SMR) abstimmt. Grundsätzlich soll der JTF in Sachsen einen investiven Charakter erhalten. Er wird daher als eigene Prioritätsachse innerhalb des neuen EFRE-Programms (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) für den Förderzeitraum 2021 bis 2027 umgesetzt. Übergeordnetes Ziel ist zugleich, dass sich JTF und die bereits bestehenden nationalen Förderinstrumente für die Braunkohlereviere in bestmöglicher Weise ergänzen.

In Brandenburg wird der JTF federführend im Wirtschaftsministerium umgesetzt, hier hat man ebenso das EFRE-Programm als Rahmen gewählt. Auch hier soll das Programm einen investiven Charakter erhalten, aber noch deutlicher auf KMU ausgerichtet werden. ☺

Der JTF soll den von Ursula von der Leyen verkündeten europäischen Green Deal stärken. Foto: EU



## BTU-Präsenzstelle Spremberg berät regelmäßig Unternehmen im Dock<sup>3</sup>

Nach über einem Jahr seit Eröffnung hat das Dock<sup>3</sup> volle Fahrt aufgenommen. So haben sich Startups angesiedelt, deren unternehmerische Aktivitäten in Zukunftsmärkte investieren – Fertigung innovativer Materialien, Testanlagen für die E-Mobilität, Software/IT-Dienstleistungen. Durch Netzwerkarbeit wurden Projekte und Initiativen in die Region gebracht – so unter anderem futureSax – Innovationsplattform des Freistaates Sachsen, ZukunftAlter – Zukunftstechnologien für ein gelingendes Altern im ländlichen Raum, KIPS – KI Plattform Sachsen, Talenttransfer aus Sachsen – ausländische Absolventen/Studenten in die Lausitz, dresden|exists – Startup-Service der Dresdner Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Außerdem leistet Dock<sup>3</sup> Lausitz einen aktiven Beitrag bei der Vernetzung der Lausitzer Gründerszene und arbeitet im Netzwerk Startup Lausitz – Gründerökosystem der Lausitz mit. Frank Müller, Dock<sup>3</sup>-Netzwerk-Mitarbeiter, berät mittlerweile auch Unternehmen, Verbände oder Kommunen, die sich für das Konzept interessieren. Außerdem wird im Expertengremium des sächsischen Gründerförderprogramms InnoStartBonus (SMWA, futureSax) des Freistaates Sachsen mitgearbeitet.

Immer mittwochs stehen die Mitarbeiter der Präsenzstelle Spremberg in Trägerschaft der BTU Cottbus-Senftenberg im Dock<sup>3</sup> Lausitz als Ansprechpartner zur Verfügung. Das Team unterstützt bei der

Suche nach akademischen Fachkräften oder bei der Anbahnung von Forschungs-k Kooperationen mit der BTU.

### Immer montags beraten im Dock<sup>3</sup> abwechselnd:

- das IMI – Innovationszentrum Moderne Industrie
- die Transferinitiative Innovation Hub 13
- das Kompetenzzentrum Mittelstand 4.0 Cottbus
- der iCampus – Innovationscampus Elektrotechnik und Mikrosensorik Cottbus

Ziel der Beratungen ist es, anwendungsbereite Forschungsergebnisse in Lausitzer Unternehmen zu bringen. Basis dafür sind Transferprojekte der BTU und der beteiligten Institute zu Themen wie z.B. Digitalisierung, Sensorik, Life Sciences oder Smart Health. ☒

*Dock<sup>3</sup> besteht aus einem Gebäude mit Büro- und Gemeinschaftsräumen, einem Coworking-Bereich und außerdem einer Werkhalle. Großes Plus: Die unmittelbare Nähe zum Industriepark Schwarze Pumpe, der sich über die Landesgrenze Brandenburg-Sachsen erstreckt. Foto: Tobias Ritz*



[www.praesenzstelle-spremberg.de/unternehmen](http://www.praesenzstelle-spremberg.de/unternehmen)



Foto: Javier Trueba

## Initiative Wir bringen ausländische Studenten und Absolventen in die Lausitz

„Wir freuen uns sehr, dass wir mit unserer Initiative Wir bringen ausländische Studenten und Absolventen in die Lausitz auf so viel Interesse gestoßen sind. Wir haben Lausitzer Unternehmen begeistern können und bereits eine Auswahl getroffen“, so Frank Müller, Projektleiter Dock<sup>3</sup> Lausitz. Mittlerweile gab es einen Workshop zum Thema Arbeitgeber-Marke sowie ein Matching mit ausländischen Studenten/Absolventen und jungen Fachkräften.

Ziel war und ist es, Unternehmen mit potenziellen Fachkräften zusammenzubringen. Den Nachwuchskräften sollen die Chancen und Vorteile des Lebens und Arbeitens in der Lausitz nahegebracht und

gezeigt werden, dass es auch in ländlichen Regionen die Möglichkeit gibt, Teil von innovativen und spannenden Unternehmen zu sein. Die Planung und Durchführung der Veranstaltungen liegt bei TalentTransfer, einem Projekt zur Fachkräftesicherung des Freistaates Sachsen mit Unterstützung durch das Dock<sup>3</sup>. Ziel von TalentTransfer ist es, Studierenden und jungen Akademikern in Sachsen ihre Chancen auf dem sächsischen Arbeitsmarkt aufzuzeigen und mit spannenden lokalen Unternehmen zu vernetzen. Weitere Veranstaltungen in Kooperation mit TalentTransfer sind geplant.

[www.talenttransfer.de/dresden/](http://www.talenttransfer.de/dresden/)



In beiden Ländern wird es verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten geben, das in den Strukturfonds etablierte Partnerschaftsprinzip findet auch beim JTF Anwendung. Während die Kammern in Brandenburg ihre Beteiligung allerdings mit Nachdruck einforderten und inzwischen „vorsichtig optimistisch“ mitwirken, wird der Prozess in Sachsen offener gestaltet. Eine besondere Rolle kommt dabei den Wirtschafts- und Sozialpartnern sowie lokalen Akteuren zu. Beim neuen Fonds werden die regionalen Vertreter aus den Fördergebieten jedoch in besonderer Weise einbezogen. Zu diesem Zweck führen das sächsische Wirtschafts- und Arbeitsministerium gemeinsam mit dem Regionalentwicklungsministerium derzeit ein Partnerbeteiligungsverfahren für den JTF durch. Ziel ist es, die Partner sowie Vertreter der förderfähigen Landkreise und kreisfreien Städte zeitnah in den Planungsprozess einzubinden und dadurch die Förderung lokal und bürgernah zu gestalten.

#### *Der Territoriale Übergangsplan als Leitbild für den JTF*

Grundlage für eine Förderung durch den JTF ist der sogenannte Territoriale Plan für einen gerechten Übergang (Territorial Just Transition Plan, kurz JTP). Jede Region, die für eine Förderung aus dem JTF infrage kommt, erarbeitet einen solchen Plan. Zur möglichen Förderung größerer Unternehmen muss der Plan eine indikative Liste von Investitionsvorhaben in Nicht-KMU mit mehr als 250 Beschäftigten beinhalten und deren Förderwürdigkeit begründen. Diese Liste wird gemeinsam mit dem Plan von der EU-Kommission genehmigt und ist dann abschließend, d. h., im Rahmen

der Umsetzung können dann keine weiteren Investitionsvorhaben von Nicht-KMU gefördert werden. Da sich Bund und Länder auf eine Umsetzung des JTF durch die Länder geeinigt haben, erstellen sowohl Brandenburg als auch Sachsen einen eigenen Plan, der den Transformationsprozess in den Braunkohleregionen darstellt und aufzeigt, mit welchen Maßnahmen der JTF eine wirkungsvolle Begleitung des Strukturwandels infolge des Ausstiegs aus der fossilen Energieerzeugung unterstützen kann und soll. Beide Länder wollen sich dabei eng abstimmen. Für die Förderung der Braunkohleregionen im Rahmen der Strukturhilfen des Bundes über das Investitionsgesetz Kohleregionen haben beide Länder bereits Leitbilder für ihren Teil des Lausitzer Reviers erarbeitet. Im Sinne einer bestmöglichen Verzahnung von JTF und nationalen Förderinstrumenten sollte der JTP die dort dargestellten Entwicklungsstrategien aufgreifen und zu deren

Verwirklichung beitragen. Insofern können alle Beteiligten bei der Erstellung des JTP auf bestehenden Vorarbeiten aufbauen. In Sachsen wird nicht zuletzt aus diesem Grund das für die JTP-Erstellung federführende Regionalentwicklungsministerium die lokalen Akteure aus den Braunkohleregionen in die Erarbeitung einbeziehen.

Beide Länder zeigen sich optimistisch, dass die Europäische Kommission die Programmplanungen bis Mitte nächsten Jahres genehmigt und die Förderanträge aus dem JTF für die Lausitz im zweiten Halbjahr 2022 gestellt werden können.

#### *Von Zusätzlichkeit und Verrechnung*

Viele Diskussionen und Missverständnisse gab es um die Zusätzlichkeit und Verrechnung des JTF. Die Bundesregierung beschloss bereits im Spätsommer 2020 zeitnah nach Bekanntwerden des JTF, diese Mittel mit nationalen Strukturhilfen zu verrechnen. ☉

#### **Daten und Fakten - der JTF im Überblick**

Für den JTF stehen EU-weit rund 19,3 Milliarden Euro (17,5 Mrd. Euro in 2018er Preisen) zur Verfügung. Davon stammen 8,4 Milliarden Euro aus dem regulären Haushalt der EU mit Laufzeit von 2021 bis 2027 (Mehrjähriger Finanzrahmen). 10,8 Milliarden Euro stammen aus dem Corona-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“. Diese Mittel haben lediglich eine Laufzeit von 2021 bis 2023, d.h., sie müssen bis Ende 2023 gebunden sein und können dann bis Ende 2026 umgesetzt werden.

Für Deutschland stehen rund 2,477 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon fließen rund 786 Mio. Euro nach Brandenburg und 645 Millionen Euro nach Sachsen. In Brandenburg muss der Anteil von 446 Mio. Euro aus dem Corona-Aufbauinstrument bis Ende 2023 gebunden sein, in Sachsen betrifft das anteilig 351 Mio. Euro.

Als Fonds der EU-Kohäsionspolitik erstreckt sich das JTF-Fördergebiet in der Lausitz auf Teile der Übergangsregion mit einem EU-Kofinanzierungssatz von 70 Prozent.

Entdecken Sie die **Innovationsplattform** des Freistaates Sachsen mit unserem **vielfältigen Netzwerk** aus über **8.500 Macherinnen** und **Machern**.

Kommen Sie vorbei!  
Unsere **Netzwerk-Events** vor Ort und sachsenweit:  
[www.futureSAX.de/events](http://www.futureSAX.de/events)

**#InnovationmadeinSaxony**

Folgen Sie uns @futureSAX



MIT EINZIGARTIGEN  
**ERFOLGSGESCHICHTEN**

AUS DER LAUSITZ WIRD DIE

**INNOVATIONSKRAFT**  
**SACHSENS** SICHTBAR!



# Großeinsatz am Sedlitzer See

Der Bergbausanierer LMBV bearbeitet gleich mehrere Projekte rund um das Herzstück des Seenlandes



Foto: Christian Horn



Foto: Steffen Rasche



Foto: Steffen Rasche



Foto: Steffen Rasche

*Noch eine Großbaustelle der Bergbausanierer: die Ufer des künftigen Sedlitzer Sees.*

Als eine herausfordernde Landschaftsbaustelle lässt sich der derzeit noch in der Sanierung befindliche Sedlitzer See nahe Senftenberg bezeichnen. In Verantwortung der Projektträgerin der Bergbausanierer, der Lausitzer und Mitteldeutschen Bergbau-Verwaltungsgesellschaft LMBV, entstehen hier seit mehreren Jahren aus dem ehemaligen Tagebaurestloch Sedlitz ein attraktiver Badesee, ein Gewerbegebiet für maritim affine Firmen und zugleich ein Umschlagplatz für die Schifffahrt im Lausitzer Seenland.

Mit rund 1.400 Hektar Wasserfläche ist der Sedlitzer See das größte Gewässer des Lausitzer Seenlandes und Brandenburgs. Der Wasserstand im Bergbaufolgesee konnte durch gezieltes Fluten seit Jahresbeginn um zwei Meter angehoben

werden. Er bewegt sich aktuell bei fast 97 Metern über Normalhöhennull und erlaubt nächste notwendige Sanierungsschritte. Als unterer Endwasserstand werden mittelfristig 100 Meter NHN angestrebt.

Gemeinsam mit dem Großräschener See, dem Geierswalder See und dem Partwitzer See bildet der Sedlitzer See künftig das Herzstück der sogenannten Restlochekette, die den bedeutendsten Teil des Lausitzer Seenlandes ausmacht. Alle vier Seen sollen einmal einen gemeinsamen Wasserstand in der Schwankungsbreite zwischen 100 und 101 Metern über Normalnull aufweisen und sind mit schiffbaren Kanälen verbunden.

Am Sedlitzer See hat die LMBV noch bis zur Mitte dieses Jahrzehnts zu tun. Mehrere Bau- und Sanierungsprojekte sind derzeit in Arbeit, darunter der

Bau eines Ableiters hin zur Schwarzen Elster sowie das Sichern der Brückenfeldkippe Sedlitz mit einer schonenden Verdichtungstechnologie.

Das Errichten eines Sanierungsstützpunktes für das Gewässerbehandlungsschiff der LMBV und der öffentlichen Booteinlassstelle am Nordufer konnten bereits im Sommer erfolgreich abgeschlossen werden. Vorbereitungen für den Ausbau der Sedlitzer Bucht seitens der Stadt Senftenberg im Westen sowie das Gestalten des Seestrandes bei Lieske durch den Zweckverband Lausitzer Seenland Brandenburg am Nordostufer ergänzen diese Investitionen.

Die Argumentation der Bundesregierung belief sich – auch mit Blick auf die Folgen der Pandemie und wirtschaftliche Herausforderungen bspw. in der Auto- und Grundstoffindustrie – auf ein Gebot der umsichtigen Haushaltsführung und die bereits beschlossene Ausfinanzierung der Kohäsionspolitik in den zum JTF identischen Zielgebieten entsprechend dem Konsens der Kohlekommission durch das Strukturstärkungsgesetz. Zwar gab es seitens EU und Bundesrat klare Gegenpositionen, leider ist die „Zusätzlichkeit“ der JTF-Mittel zu nationalen Maßnahmen in der entsprechenden EU-Verordnung im Konjunktiv formuliert, genau lautet sie: „Die Mittel aus dem JTF sollten die im Rahmen der Kohäsionspolitik verfügbaren Mittel ergänzen.“ Wäre das „sollten“ ein „müssen“ gewesen, hätten die Länder gegenüber dem Bund einen wirksamen Hebel gehabt. Inzwischen sind die Würfel gefallen, die Länder haben im Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG), das die Umsetzung des Kohleausstiegs und die Strukturstärkung zwischen Bund und Ländern koordiniert, immerhin einen Kompromiss erzielen können. Ursprünglich wollte der Bund die JTF-Mittel komplett mit den nationalen Strukturhilfen aus dem Strukturstärkungsgesetz verrechnen. Im BLKG einigte man sich dann aber auf folgende Lösung:

- 85% der JTF Mittel werden mit den Strukturhilfen des Bundes verrechnet, d.h., der Bund reduziert seine Hilfen um diesen Anteil, dabei können die Länder ihnen zustehende Hilfen entweder aus dem Bundesarm oder dem Landesarm reduzieren.
- 15% der JTF-Mittel stehen den betroffenen Regionen zusätzlich zur Verfügung

Entgegen vieler Berichte stehen die JTF-Mittel den Regionen also nach wie vor in vollem Umfang zur Verfügung. Die Verrechnung der 85% erfolgt in Sachsen aus dem Bundesarm, hier stehen im Mitteldeutschen und Lausitzer Revier nun also 548,25 Mio. Euro weniger zur Verfügung, Brandenburg verrechnet seinen entsprechenden Anteil in Höhe von 668,1 Mio. Euro mit Mitteln aus dem Landesarm. Ein Blick in die Übersicht der Strukturhilfen des Bundes (siehe S. 43) macht deutlich, dass Brandenburg die Strukturhilfen des Bundes in vollem Umfang für die noch ausstehenden Vorhaben Bahnwerk und Universitätsmedizin benötigt. Somit werden die 3,6 Milliarden Euro Strukturhilfen aus dem Landesarm Brandenburgs um 668,1 Mio. Euro zur JTF-Verrechnung reduziert.

Die Reduktion der Strukturhilfen des Bundes darf mit Blick auf den notwendigen massiven Umbau in den Übergangsregionen und ihre Bedeutung für die Erreichung der nationalen und europäischen Klimaziele kritisiert werden. Hier reduziert der Bund sein Engagement über alle deutschen Kohleregionen hinweg letztendlich um 1,92 Mrd. Euro und macht sich das zusätzliche Engagement der EU zu Nutze. Die mögliche, gezielte Förderung für KMU durch den JTF wird dadurch aber nicht beeinträchtigt.

#### *Der JTF – nur ein Scheinriese?*

Über den JTF-Mitteln liegt der übliche Beihilferahmen der EU – und genau hier könnte der JTF zum Scheinriesen werden. Die kleinteilige Lausitzer Wirtschaft kann schon jetzt die bestehenden Förderprogramme kaum ausschöpfen, die ohnehin weiter zur Verfügung

stehen. Bei den üblichen Kofinanzierungsquoten und Rahmenbedingungen erschließt sich kaum, wie diese zusätzlichen Mittel gerade den Lausitzer KMU besser helfen können. Viele KMU haben auch infolge der Pandemie Fördermöglichkeiten mit attraktiven Kofinanzierungen im Rahmen der De-minimis-Regelung bereits ausgeschöpft. Der JTF könnte den KMU vor allem dann Möglichkeiten erschließen, wenn er einfacher und schneller sowie mit attraktiveren Förderquoten im Vergleich zu herkömmlichen Programmen umsetzbar ist. Da es sich um ein völlig neues Engagement der EU handelt, könnten hier auch Impulse aus der Region neue Wege zu innovativen Förderkulissen ausloten. Das Manko fehlenden Wagnis- bzw. Risikokapitals in der Lausitz für Vorhaben, die auch ein mögliches Scheitern implizieren und Lösungen für solche Strukturen, denen Kapazitäten für den Weg durch die Bürokratie fehlen, könnten Ansätze sein. Hier kann sich die lokale Wirtschaft insbesondere über die Wirtschaftsverbände und Kammern noch aktiv in den Prozess einbringen. Solange die Pläne und Förderrichtlinien noch im Fluss sind, sollten die Bedürfnisse der regionalen Unternehmen adressiert und Rahmenbedingungen aufgezeigt werden, mit denen JTF-Mittel insbesondere durch die lokalen KMU besser umgesetzt werden können. Die Wirtschaftspartner sollten die KMU und größeren Unternehmen in der Lausitz also jetzt sensibilisieren, ihre Bedürfnisse zu bündeln, zu artikulieren und sich mit möglichen Projektskizzen auseinanderzusetzen, um dann auch etwas in der Schublade zu haben, wenn der JTF Mitte 2022 mit hoffentlich innovativen Programmen an den Start geht. ☒

## „Wir sind vorsichtig optimistisch“

### Interview mit Marcus Tolle, Hauptgeschäftsführer der IHK Cottbus

#### **Welche Vorteile gegenüber anderen Förderkulissen erwarten Sie durch Mittel aus dem JTF für die Lausitzer Unternehmen?**

Da die JTF-Mittel in einer sehr kurzen Frist für Projekte und Investitionsvorhaben von Unternehmen gebunden sein müssen, dürfen die Zugangsbedingungen nur absolut niedrigschwellig sein. Das muss so kommen und wäre ein entscheidender Vorteil. Die Konditionen müssen sich allein an den Zielen des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft und den regionalen Bedürfnissen orientieren. Unternehmen sollten daher bereits jetzt beginnen, entsprechende Projekte für den eigenen Betrieb vorzubereiten.

**Bieten diese Mittel passgenaue Lösungen speziell für die Lausitzer KMU im Prozess der Strukturentwicklung?** Die Lösungen müssen in den Unternehmen zugunsten moderner digitaler Prozesse, energiesparender Produktion sowie neuer

Produkte und Märkte entwickelt werden. Dafür ist der JTF inhaltlich ausgelegt, das soll finanziell unterstützt werden.

#### **Wie stark werden die Wirtschaft und ihre Interessenvertreter in die Ausgestaltung des JTF einbezogen?**

Bei den Brandenburger Wirtschaftsförderprogrammen haben die Kammern immer ihre Expertise einbringen können, wenngleich nicht alle Vorschläge berücksichtigt wurden. Inzwischen sind IHK und Handwerkskammer Cottbus auch vom Wirtschaftsministerium beim JTF gefragt, Fördertatbestände und -bedingungen aus Sicht der Unternehmen als Fördermittelempfänger zu formulieren. Wir sind vorsichtig optimistisch.

**Können Sie sich auch neue Wege vorstellen – und wer müsste dazu mehr Mut aufbringen?** Wir schlagen einen einfachen Weg vor: beim JTF alle Ausschlüsse der

GRW-Förderung streichen, alle Branchen zulassen und die JTF-Mittel zusätzlich zur GRW-Förderung ermöglichen, um die Mittel in den engen Fristen und mit höheren Fördersätzen in die Lausitz zu bekommen. Denn es kommt auf Geschwindigkeit an. Daher sind die Förderbedingungen beim JTF durch die Ziele des Fonds und damit des Strukturwandels bereits abgesteckt. ☒



**Marcus Tolle**

Hauptgeschäftsführer IHK Cottbus

## Chancen für den Mittelstand

Da die Frage der Beteiligung der KMU an Investitionen bzw. Fördermitteln zur Strukturstärkung der Lausitz ein Dauerbrenner ist, listen wir hier abschließend die vier Möglichkeiten auf, die sich nunmehr unter Berücksichtigung des JTF insgesamt ergeben könnten:

**JTF:** Die europäischen Mittel sollten ab Mitte 2022 abgerufen werden können. Hier könnten für den Mittelstand auch experimentelle, neue Wege möglich werden. Einfache und schnelle Beantragungen, höhere Förderquoten, Wagniskapital – all das ist derzeit grundsätzlich noch denkbar. Der JTF könnte neue Wege ermöglichen, wenn die Wirtschaftsvertreter der Region sich in die Beteiligung einbringen und die Länder offen für Innovationen in der Förderkulisse der Strukturwandelregionen zeigen und in Brüssel diese Möglichkeiten ausloten.

**Unternehmen Revier:** Das bei der Wirtschaftsregion Lausitz von Norman Müller und seinem Team betreute Bundesmodellvorhaben „Unternehmen Revier“ ist auf Unternehmen in den Kohleregionen ausgerichtet und für die Lausitz mit einem Volumen von 3,2 Mio. Euro pro Jahr versehen. Zielgruppen sind regionale Akteure (Einzel-Unternehmen oder mehrere Unternehmen im Verbundvorhaben, Öffentliche Gebietskörperschaften). Gefördert werden Aktivitäten zur zukunftsorientierten, regionalwirtschaftlichen Entwicklung mit den Zielen:

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsstandortes
- F&E, Cluster- und Innovationsmanagement
- Qualifizierung und Fachkräftesicherung
- Kompetenz- und Kapazitätsaufbau

**Strukturstärkung / Landesarm:** Zumindest für das Land Brandenburg wurden vier Möglichkeiten aufgezeigt, wie Privatunternehmen an den Strukturhilfen mit attraktiven Fofinanzierungssätzen bis 90% teilhaben können: Sonstige öffentliche und private Träger (juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts) können nur dann antragsberechtigt sein, wenn das zu fördernde Vorhaben der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe dient und

unter die Fördergegenstände der Förderrichtlinie (siehe [www.wirtschaftsregion-lausitz.de](http://www.wirtschaftsregion-lausitz.de)) fällt. Entsprechend der Ausführungen zur Begründung des Strukturstärkungsgesetzes ist das Kriterium der öffentlichen Aufgabe entscheidend. Ist zur Erledigung der öffentlichen Aufgabe ausschließlich das Land zuständig, ist eine Förderung über die aktuelle Förderrichtlinie nicht möglich, da der Bund keine öffentlichen Aufgaben des Landes finanziert. Wenn das nicht der Fall ist, ist eine Förderung über die o.a. Förderrichtlinie grundsätzlich möglich. Juristische Personen des privaten Rechts sind antrags- und zuwendungsberechtigt, wenn Sie insbesondere eine der in der Anlage zur Förderrichtlinie aufgeführten Pflichtaufgaben oder freiwilligen Aufgaben einer Gebietskörperschaft (Kommune) erfüllen. Diese ihr obliegenden Aufgaben müssen von der Kommune vorab an einen privaten Dritten im Sinne eines „öffentlichen Auftrags“ übertragen werden. Bei Pflichtaufgaben bedarf es zum Nachweis der Übertragung der Aufgabe eines normierten Vertrages (z.B. städtebaulicher Vertrag, Konzession o.ä.). Dieser Nachweis ist durch die Kommune zu erbringen. Bei freiwilligen Aufgaben bedarf es in einem ersten Schritt eines Beschlusses der Kommune, dass eine freiwillige Aufgabe überhaupt übernommen werden soll (Kommune bestimmt über das „ob“). In einem zweiten Schritt ist auch hier der Nachweis der Übertragung der Erfüllung dieser freiwilligen Aufgabe durch entsprechende vertragliche oder sonstige verbindliche Regelungen zu erbringen. Dabei ist bei der Übertragung der Aufgabe an einen privaten Dritten durch die Kommune der Nachweis einer diskriminierungsfreien Auswahl zu führen (z.B. über ein Interessenbekundungsverfahren mit konkreter Leistungsbeschreibung).

Alternativ ist bei der Auswahl des privaten Dritten/sonstigen Trägers durch die Kommune mittels Erklärung nachzuweisen, dass die vergabe- und beihilferechtlichen Vorschriften eingehalten wurden. In beiden Fällen steht der Gebietskörperschaft das Leistungsbestimmungsrecht zu.

Ebenfalls antrags- und zuwendungsberechtigt sind juristische Personen des privaten Rechts, wenn die Gesellschafter mehrheitlich Gebietskörperschaften sind, auf deren Gebiet die Investition umgesetzt werden

soll. Entscheidend für die Übertragung des öffentlichen Auftrags ist dann der Gesellschaftszweck im Gesellschaftsvertrag.

Eine weitere Möglichkeit stellen Antragstellungen im Verbund dar; mögliche Antragskonstellationen sind dabei:

- Gebietskörperschaft  
+ sonstiger privater Träger
- Gebietskörperschaft  
+ sonstiger öffentlicher Träger
- sonstiger öffentlicher Träger  
+ sonstiger privater Träger

Beispiel eines Verbundprojektes: Eine Gebietskörperschaft und ein privater Träger können je einen Antrag zu einem übergreifenden Ziel stellen. In jedem Antrag muss sich auf das gemeinsame Ziel bezogen werden und das einzelne Projekt ist nur dann erfolgreich, wenn beide Projekte abgeschlossen werden. Konkrete Beispiele sind der Antrag von Cottbusverkehr und LEAG zur Wasserstoff-Mobilität (Errichtung einer Wasserstofftankstelle) sowie die Wilde Möhre GmbH, die im Projekt „Wilde Zukunft“ per Stadtverordnetenbeschluss von der Stadt Drebkau mit der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben im Bereich Tourismus-/Kulturentwicklung beauftragt wurde.

Achtung: Das Beihilferecht zu beachten!!

**Proaktive Unternehmensberatung:** Aus diesem Programm sind für die Brandenburgische Lausitz immerhin 4,1 und für die sächsische Lausitz rund 2,8 Mio. Euro in den Strukturhilfen des Bundes geplant. Es soll um eine alternative und proaktive Unternehmensberatung in den Kohleregionen gehen. Eine Studie des Instituts für Mittelstands- und Regionalentwicklung GmbH unter Beteiligung der Mittelstandsverbände hat dem federführenden Bundeswirtschaftsministerium dazu Vorschläge an die Hand gegeben. Aktuell wird man dort wohl die Regierungsbildung abwarten und dann hoffentlich zum kommenden Jahresbeginn mit dem Programm starten. Da die Mittel bis Ende 2024 befristet sind, sollten insbesondere die Wirtschaftsverbände das Erscheinen einer Richtlinie im Auge behalten und rechtzeitig die Vorteile für Unternehmen herausarbeiten und dieses Instrument genau an jene Unternehmen proaktiv vermitteln, die noch nicht aktiv am Fördergeschehen teilnehmen. ☺

Unternehmensnahe Förderung ist über die Aufrufe im Rahmen des Regionalen Investitionskonzepts (RIK) zum Bundesprogramm „Unternehmen Revier“ möglich. Hier die Zeitschiene zum laufenden Prozess, der nächste Aufruf soll zum Frühjahr 2022 erfolgen.



## Chancen zur Selbstermächtigung

Bis hierhin handelt der Reviertransfer dieser Ausgabe aus aktuellem Anlass eher von Zahlen und Richtlinien. Zum Abschluss sei fast traditionell ein Blick auf mögliche Entwicklungslinien gewagt. Im Sinne einer Selbstermächtigung der Region stellen wir hier passende Visionen für eine selbstbewusste Lausitz ins Schaufenster:

### Selbstverteidigung

Die Transparenz zu den Strukturhilfen des Bundes zeigt, wo sich die Region zuallererst für erreicht Geglauhtes stark machen sollte. Neben Investitionen in Infrastruktur dürften keine weiteren Projekte so starke Impulse für die Lausitz generieren wie der Ausbau des Bahnwerks und der Aufbau einer Universitätsmedizin in Cottbus. Bei beiden Projekten muss die Region achtsam sein und sollte sie gleichzeitig vehement vorantreiben. Denn bei beiden ist trotz wiederholter politischer Positivmeldungen noch vieles im Unklaren. Bei der Universitätsmedizin hat dem Cottbuser Vorhaben im ersten Schritt zwar eine namhaft besetzte Expertenkommission ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal im Bereich der Digitalisierung und Gesundheitssystemforschung positiv bescheinigt, aber noch müssen alle anderen Bundesländer diesem Brandenburger Vorhaben zustimmen. Die 310 Mio. Euro fürs RKI aus den Bundes-Strukturhilfen für die brandenburgische Lausitz wertet mancher schon als Stimmenkauf von Kommissionsmitglied und RKI-Chef Lothar Wieler für das Brandenburger Vorhaben. Da bleibt zu hoffen, dass die übrigen Bundesländer der Lausitz diesen Entwicklungsimpuls nun ohne derartige Zugeständnisse gönnen. Ein zweiter Aspekt betrifft die finanzielle Dimension. Mit dem positiven Votum der Kommission ist nun von 1,9 Milliarden Euro Investitionsvolumen für die Cottbuser Universitätsmedizin die Rede – ein Blick auf die ausgeschöpften Strukturhilfen im Bundesarm zeigt, dass damit eine Lücke von fast einer Milliarde zu bewältigen ist. Genau hier sollte die Lausitz auch sehr achtsam mit Entscheidungen rund ums Bahnwerk umgehen. Vor den Wahlen wurde es als Erfolgsmeldung gewertet, dass der Umbau beim Bahnwerk nun früher beginnt und die eigentlich vorgesehene große Werkhalle in eine kleinere Vorab-Version (etwa ein Drittel des ursprünglichen Vorhabens) und eine größere folgende Version gesplittet werden soll. Die kleinere Halle soll bereits bis 2024 stehen, dann soll auch schon die ICE-Instandhaltung in Cottbus beginnen. Auch hier zeigt ein Blick in den Bundesarm, wie knapp die Mittel fürs Bahnwerk werden. Auch wenn die Bahn den früheren Start mit dringend benötigten Instandhaltungskapazitäten begründet, fragt sich manch Kenner, ob nach der kleineren Halle die größere Version dann überhaupt noch kommt. Es scheint weder effektiv noch logisch, an unterschiedlichen

Stellen zwei Werkhallen zu errichten, statt ein großes Vorhaben umzusetzen oder dieses in Bauabschnitten an einem Ort zu realisieren. Hier sollte die Region verbindliche Zusagen von Deutscher Bahn und Bundesregierung für den Aufwuchs des Bahnwerks samt Technologiezentrum einfordern.

### Risikokapital für Mutige

Das Resümee zur ausführlichen Darstellung des JTF ist klar: die Wirtschaft der Region kann sich hier gemeinsam mit Kammern und Wirtschaftsverbänden auf den Weg machen und an der Ausgestaltung des JTF beteiligen. Vielleicht wird ein innovativer Fördertopf für besondere unternehmerische Vorhaben im Zusammenhang mit dem Wandel umsetzbar, der die Lücke fehlenden Risikokapitals in der Region schließt, der auch mal ein Scheitern zulässt. Hier könnte das von der EU bevorzugte Bottom-Up-Prinzip auch den Ländern bei der Ausgestaltung und den Gesprächen mit der EU helfen. Denn wenn aus der Wandelregion selbst der Anstoß und gut formulierte Ideen kommen, hat das bei der sehr stark auf die regionale Ebene fokussierten Denke der EU ganz sicher mehr Gewicht. Dieser Gedanke wird schon darin deutlich, dass der JTF auf Landkreise als Zielgebiete ausgerichtet ist – vielleicht können die Unternehmen und ihre Interessenvertreter für die Lausitzer Landkreise mit ihrer besonderen Betroffenheit, die seitens der EU bereits bestätigt wurde, hier ein Novum in der Förderlandschaft auf den Weg bringen.

### Die Innovationsachse Berlin-Lausitz-Breslau

Die Synergien aus gleich drei aktuellen Entwicklungen könnten der Lausitz einen breiten Innovationskorridor erschließen. Übereinandergelegt, lassen sich aus folgenden Vorhaben viele Synergien generieren, wenn die Lausitz sich rechtzeitig aus der Region heraus einbringt und die Ausgestaltung proaktiv mit in die Hände nimmt:

- Innovationsachse Berlin-Lausitz
- Neue Regionalentwicklungsstrategie des Landes Brandenburg
- ICE-Schnellzug Berlin-Cottbus-Weißwasser-Görlitz-Breslau

Die Innovationsachse Berlin-Lausitz wird derzeit durch die Stiftung Zukunft Berlin und hier vor allem von Lausitz-Fan Dr. Hermann Borghorst vorangetrieben. Im Sommer gab es eine Auftaktveranstaltung u.a. mit hochrangigen Vertretern der Länder Berlin und Brandenburg sowie dem Lausitzbeauftragten Dr. Klaus Freytag. Die Idee ist, die mit dem Kohleausstieg und Wandel des Lausitzer Reviers verbundenen Investitionen in den Umbau des Reviers als gemeinsame Entwicklungschance der



### Eckpunktepapier zur neuen Entwicklungsstrategie Brandenburgs

Länder Berlin und Brandenburg zu verstehen. Die zunehmende Verflechtung in Wissenschaft und Wirtschaft sowie eine abgestimmte Siedlungsentwicklung samt Mobilität, Wohnen und Arbeiten könnten zu den Lausitzer Strukturhilfen weitere Investitionen erschließen und die Berliner zur Mitgestaltung ermutigen. Sie sieht es auch Hermann Borghorst: Die Lausitz war über Jahrzehnte Energie- und Wachstumslieferant für Berlin. Jetzt platzt Berlin in vielen Entwicklungen aus den Nähten, während die Lausitz sich völlig neu aufstellt. Da liegen Synergien auf der Hand. Die Lausitz sollte diesen Gesprächsprozess nicht den Ländern allein überlassen, sondern aus der Region heraus Themen der möglichen Zusammenarbeit definieren. Das kann von Leitthemen in der Wissenschaft bis zu einem klaren Verständnis reichen, dass die Lausitz keine Schlafstadt der Hauptstadt wird. Ganz im Gegenteil kann sie sich insbesondere als Lieferant überschüssiger erneuerbarer Energien für Berliner Unternehmen interessant machen, die zunehmend klimaneutral werden müssen. Sie kann mit ihren in vielerlei Hinsicht freien Räumen Attraktivität für die Boombranche Kreativwirtschaft entwickeln. Nicht zuletzt könnte ein Alleinstellungsmerkmal mit einem innovativen Thema die Kraft Berlins und der Strukturstärkung für eine internationale Exzellenz koppeln.

Die neue Regionalentwicklungsstrategie des Landes Brandenburg korrespondiert aus der Lausitz heraus mit dieser Idee. Bislang konzentrierte sich die Regionalentwicklung nach dem Motto „Stärken stärken“ auf 15 Wachstumskerne, nun sollen nach dem Motto „Stärken verbinden“ diese Wachstumskerne verbunden werden. Auch hier ist von Achsen und Entwicklungskorridoren die Rede. In einem Prozess und mit Regionalgesprächen sowie Workshops in allen Regionen soll die Strategie bis Ende des ersten Halbjahres 2022 erarbeitet werden. Hierzu wird es mit der sogenannten REGIONALE ein neues Format geben. Eine der angedachten zentralen Achsen reicht aus der Lausitz Richtung Berlin. Hier sollte sich insbesondere die Wirtschaft in den Dialogprozess einbringen und diese Achse stärken.

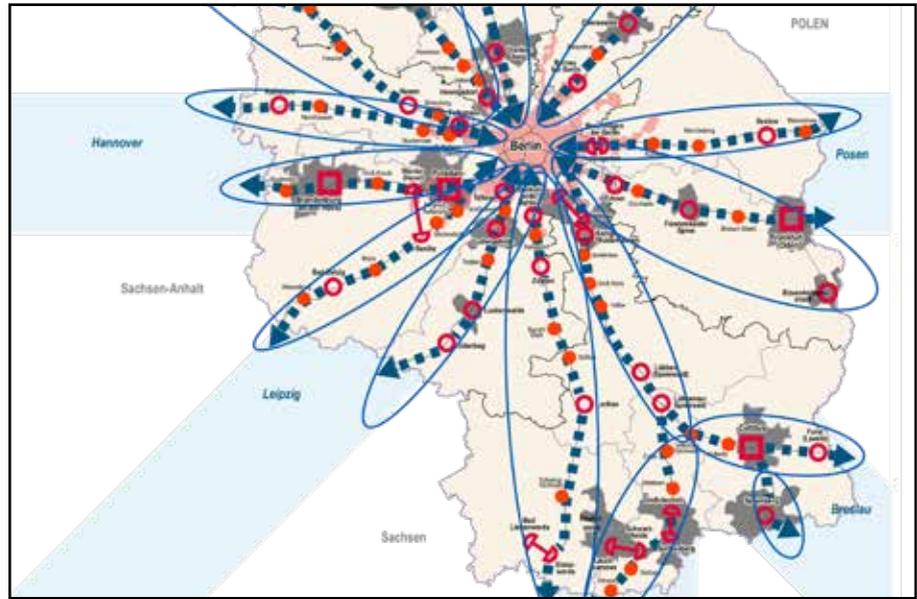
Als dritte und langfristig entscheidende Achse lässt sich sowohl über die Innovationsachse Berlin-Lausitz als auch die Lausitzer Achse im Rahmen der Brandenburger Regionalentwicklungsstrategie die Trasse des vorgesehenen ICE-Schnellzugs von Berlin über Cottbus und Görlitz nach Breslau

legen. Das eröffnet eine europäische Dimension, die auch in den weiteren Achsen schon jetzt mitgedacht werden sollte. Breslau ist mit seinen rund 650.000 Einwohnern das Innovationszentrum Polens und strahlt in diesem Bereich mit seiner Futurlia-Messe – einer Konferenz für internationale Wirtschaftsentwicklung – europaweit aus. Mit seiner Lage als Oberzentrum im Dreiländereck Deutschland, Polen, Tschechien korrespondiert es wiederum bestens mit der Lausitz, die als europäische Region in ebendiesem Verflechtungsraum gedacht werden sollte. Die Lausitz als Bindeglied zwischen Berlin und Breslau könnte auf dieser Achse einen europaweit einzigartigen Innovationskorridor schaffen und in Kooperation mit Polen, das in vielen Förderkategorien wie dem JTF deutlich mehr Potenzial als die Lausitz zu bieten hat, Synergien für gemeinsame Entwicklungen heben. Eine so gedachte Achse stärkt auch die länderübergreifende Marke Lausitz, da hier sowohl die brandenburgische als auch die sächsische Lausitz inkludiert sind.

Die Region könnte sich mit einer klaren Strategie, die auf diesen europäischen Innovationskorridor abzielt, in die aktuellen Prozesse Brandenburgs und der Stiftung Zukunft Berlin einbringen. Gemeinsam mit Berlin und Breslau könnte schon jetzt ein Zukunftsthema gesucht und dann auch strategisch entwickelt werden, dass dieser Achse ein europaweites Alleinstellungsmerkmal gibt. Eine Idee aus der Lausitz dazu gibt es bereits, wir werden sie im kommenden Magazin vorstellen.

### Die Boomregion

In einem weiteren Bereich hat die Selbstermächtigung in der Lausitz bereits stattgefunden. Derzeit wird in der Lausitz intensiv zu den Themen Marke sowie Image- und Fachkräftekampagne diskutiert. Und bereits jetzt knirscht es in der Strukturstärkung, weil der Lausitz Köpfe fehlen. Mit ersten Neuansiedlungen leiden vor allem KMU, die bspw. nicht mit den Rahmenbedingungen neu geschaffener Arbeitsplätze in Bundesbehörden oder Wissenschaftsinstitutionen mithalten können. Die Strukturstärkung darf nicht zum Aderlass für den Mittelstand werden, der im Wandel ohnehin unter Druck steht. Noch gravierender dürfte der Fachkräfteengpass spürbar werden, wenn große Vorhaben wie Institute im Umfeld der BTU, das Bahnwerk samt Technologiezentrum oder das CTK mit seiner Universitätsmedizin aufwachsen wollen. Schon jetzt gibt es die Befürchtung, dass im Kampf um Köpfe gerade zwischen solchen Einrichtungen ein Überbietungswettbewerb um die immer selben Köpfe einsetzt. Die Lösung sind neue Köpfe in der Region – und genau hier hat sich aus dem Verband



*Mit der Achse Berlin-Lausitz, der veränderten Regionalentwicklung Brandenburgs und dem ICE Berlin-Lausitz-Breslau sprechen drei Vorhaben für einen europäischen Innovationskorridor.*

der Lausitzer Kreativwirtschaft heraus das Markenbüro Lausitz auf den Weg gemacht. Lausitzer Unternehmen haben einfach gesagt: wir machen das. Nun müssen nur noch die Akteure in den Verwaltungen verstehen, dass man die Region auch nutzt und nicht wieder den vermeintlichen Heilsbringer von sonstwo einfliegt. Die Lausitzer kennen die Stärken der Region am besten, sie kennen ebenso die Bedürfnisse der Unternehmen – und die Kompetenz für Marken und Kampagnen ist in der Region vorhanden. Inzwischen spricht das Markenbüro Lausitz über die Beteiligung mit einer deutschlandweit tätigen Agentur. Die Einladung in die Boomregion Lausitz – sie sollte auch von Lausitzern ausgesprochen werden. Infos dazu gibt es unter [www.lausitz-marke.de](http://www.lausitz-marke.de).

### Green Deal Lausitz

Abschließend stellen wir einmal mehr eine Idee ins Schaufenster, zu der wir seit gut zwei Jahren immer wieder ermutigen. Wie bereits nach der letzten Bundestagswahl, so werden auch in den diesjährigen Koalitionsverhandlungen Themen rund um Klima und Energie einen Knackpunkt der Gespräche ausmachen. Natürlich ist es im Sinne der Lausitz, wenn in einem Bereich der Politik auf dem Kohleausstieg im Jahr 2038 infolge des Berichts der Kohlekommission und der verabschiedeten Gesetze beharrt wird. Aktuell sehen wir aber, dass die Strukturstärkung noch keine Fahrt aufnimmt, die Probleme in der deutschen Wirtschaft infolge Pandemie und notwendigem Umbau der Automobil- und Grundstoffindustrie zunehmen und Lösungen für eine klimafreundliche Zukunft im Konsens aller

konstruktiven demokratischen Parteien Vorfahrt genießen. Warum also sollte die Lausitz aus der Region heraus – und auch hier dem Bottom-Up-Prinzip der EU folgend – der kommenden Bundesregierung nicht einen Green Deal Lausitz anbieten? Wie wäre es, die Lausitzer Kraftwerkstandorte schneller auf bspw. Wasserstoff-Ersatzkraftwerke, Gaskraftwerke oder andere innovative Zukunftstechnologien umzurüsten, das Kraftwerk Jänschwalde ans Gasnetz anzuschließen und für die Zukunft als Lieferant klimafreundlicher Energie für grünen Stahl in Eisenhüttenstadt, ein Lausitzer Glaswerk und ein riesiges Rechenzentrum als Impuls für die Digitalisierung des künftigen Innovationskorridors Berlin-Lausitz-Breslau neu zu konzipieren. Mit solchen Maßnahmen könnte man einen neuen Plan für die Lausitz aufschreiben, der Bundesregierung anbieten, hier schneller Lösungen in Sachen Klima und Energie voranzubringen, dafür klare Rahmenbedingungen und einen verbindlichen Zeitplan für den Umbau der Region einfordern – und aus der Region heraus ein früheres Ausstiegsdatum aus der Kohle anbieten. Die Lausitz wäre endlich einmal in der Offensive und würde den Entwicklungen nicht hinterherlaufen. Der mögliche Lohn könnte eine Beschleunigung vieler Maßnahmen sein. Frei nach dem Motto: Wer nichts wagt kann nichts gewinnen. Politisch mag das beim Slalom um allerlei Befindlichkeiten schwierig bis unmöglich sein – aber in einer Selbstermächtigung aus der Region heraus könnte ein solcher Green Deal Lausitz als konstruktive Überraschung am Tisch der Berliner Koalitionsverhandlungen platziert werden. ☒



*Bereits stärker sichtbar ist Ihre Arbeit in der Kreativen Lausitz, was steckt hinter dem aktuell gegründeten Markenbüro?*

Das hat viele Parallelen zur Lausitzkommission. Auch in diesem Bereich wird auf höheren politischen und Verwaltungsebenen viel über Markenprozesse, Fachkräfte- und Imagekampagnen gesprochen. All das funktioniert aber nur mit der Region und hier haben wir die Kompetenzen und Netzwerke vor Ort. Leider werden solche Vorhaben durch die Länder meist über Ausschreibungen nach außen gegeben, viel Geld fließt und fließt an vermeintlich kompetentere Agenturen in fernen Ballungsräumen. Ein großer auswärtiger Player muss sich aber immer wieder einen Überblick verschaffen, der dann auch nie so weit reicht wie die Kenntnis unserer regionalen Netzwerke. Wir können hingegen sofort starten. Deshalb haben wir das Markenthema in die Hand genommen, auch das ist eine Selbstermächtigung der Region. Insgesamt stellen wir mit acht Unternehmen und einem riesigen Netzwerk – im Verband Kreative Lausitz sind inzwischen knapp 70 Kreativunternehmen von Zittau bis zum Spreewald organisiert – ein Leistungspotenzial dar, das sich auf Augenhöhe mit großen, bundesweit tätigen Agenturen befindet und als klaren Vorteil die Regionalkompetenz inkludiert. Und können wir selbst etwas nicht, beteiligen wir genau die äußere Kompetenz, die hier nicht vorhanden ist. Wir machen das also einfach selbst und müssen da auch niemanden um Erlaubnis bitten. Wir sollten insgesamt aber unbedingt lernen, das Geld für die Strukturstärkung in der Region zu halten. Auch Ausschreibungen können gestaltet werden, hier sollten die Länder ruhig ein bisschen mehr Schwaben für die Lausitz denken.

*Braucht eine Marke nicht einen Beteiligungsprozess?*

Natürlich, langfristig sollte ein Markenprozess alle Akteure der Region mitnehmen. Ein solcher Prozess braucht aber zwei, drei Jahre – und diese Zeit hat die Lausitz jetzt nicht. Sichtbarkeit, Fachkräfte, Image – diese Themen müssen schneller auf die Straße. Wir haben die Grundlagen und Instrumente dafür und reden bereits mit großen Agenturen, die bei uns nicht vorhandene Kompetenzen wie nationale Ausstrahlung und einen direkten Draht zu Leitmedien abdecken. Wir können schnell Sichtbarkeit erzeugen, es geht also eher um Kampagnen und eine Vermarktung der Lausitz. Jetzt wäre es gut, wenn die Länder uns in der Region mehr vertrauen und unterstützen. Ein Markenprozess muss parallel zu dieser Sichtbarmachung angestoßen werden, auch hier sehen wir uns als Kompetenzträger in der länderübergreifenden Lausitz und als relevanten Stakeholder für eine Führung des Prozesses aus der Region heraus.

*Worin liegt der innovative Ansatz des Markenbüros?*

Zum einen in der Selbstermächtigung, zum anderen im Selbstverständnis, das auf einer guten Kenntnis der Region fußt. So wollen wir für einen innovativen Prozess begeistern, anders als bei „herkömmlichen“ Dachmarken bzw. Regionsmarken. Es darf nicht darum gehen, der Lausitz etwas überzustülpen, wir müssen vielmehr die Stärke ihrer Vielfalt nutzen. Regionalmarken wie Spreewald, Seenland, Oberlausitz oder die kulturelle Identität der Niedersorben und Obersorben, das Zittauer Gebirge und das urbane Cottbus, bis hin zur Trinationalität der Lausitz mit Blick auf Polen und Tschechien – all das spiegelt Vielfalt und dennoch viel Verbindendes wider. Deshalb sind wir der Meinung, das innovative Modell einer Plattform für all diese Identitäten trägt und taugt in der Lausitz viel mehr als herkömmliche Dachmarkenprozesse. Auch diese Erkenntnis hat damit zu tun, dass wir die Lausitz einfach besser kennen – und auch hier sollte man die Region mit Vertrauen und Unterstützung befähigen.

*Wer genau müsste da mitspielen?*

Es geht im Kern um die höheren Ebenen der Politik und Verwaltung. Einen komplementären Player von außen mit den Kompetenzen im Agenturgeschäft, die uns fehlen, finden wir. Die Lausitz ist für große Kreativunternehmen viel attraktiver, als wir meinen. Die von Milliarden begleiteten Veränderungsprozesse generieren schon jetzt in der bundesweiten Agenturlandschaft viel Aufmerksamkeit. Es ist wichtig, nicht irgendeinen Akteur in die Lausitz zu holen, sondern einen, der über die Wertschöpfung hinaus auch mit dem Herzen und einer Prise intrinsisch motivierten Veränderungswillen dabei ist. Hier sind wir sicher der passende Magnet, einen solchen Partner anzuziehen. Vielleicht wirkt ein solcher Brückenschlag dann auch auf Politik und Verwaltung hierzulande.

*Was sind Ihre nächsten Schritte, um die Lausitz nach innen und außen besser sichtbar zu machen?*

Wir haben aus den Akteuren im Markenbüro Kompetenzcluster für die Brandenburgische und für die Sächsische Lausitz generiert. Mit der Brandenburgischen Entwicklungsgesellschaft laufen bereits Gespräche. Hier hoffen wir auf die Weitsicht und den Mut, die Region bei einer derzeit beabsichtigten Fachkräftekampagne ins Boot zu nehmen. Auf der sächsischen Seite ist ein Termin in Vorbereitung. Bereits zu den Bundestagswahlen haben wir als Markenbüro – quasi im Ehrenamt – für eine demokratiefördernde Kampagne unter dem Slogan „Vielfalt? Kann ich mal Kreuzweise“ gesorgt. Es war die einzige Kampagne dieser Form aus der Lausitz heraus. Das zeigt im Kleinen,

was wir auch in größeren Zusammenhängen wie einer Fachkräftekampagne leisten können, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

*Was wünschen Sie sich auf diesem Weg von den Akteuren in der Region und auf Landesebene?*

Dass Strukturstärkung auch als Investition in ein wachsendes Selbstverständnis der Lausitz verstanden wird! Wir sind heute in der Region viel weiter als in der Nachwendzeit und auf einem guten Weg. Es gibt gesunde, junge Unternehmen und den Willen, hierzubleiben und den Wandel selbst zu gestalten. Dieses Selbstvertrauen der Lausitz sollte weiter wachsen. Es muss stark genug werden, um sich auch künftig aus eigener Kraft als Region zu behaupten und Widerstände auszuräumen. Der Strukturwandel sollte deshalb aus der Lausitz heraus gelingen, die Menschen müssen merken, dass sie selbst Treiber und Macher der Veränderungen sind. Wir wissen das ebenso wie die Akteure auf den unteren Ebenen und die EU – nun sollten auch die Länder den nachhaltigen Wert unserer regionalen Strukturen erkennen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft sollte selbstverständlich als Motor für Veränderungen akzeptiert und finanziert werden. Am stärksten wünsche ich mir, dass unser Miteinander deutlicher nach außen getragen und nach oben verstärkt wird. Wir können in der Lausitz konstruktiv streiten und trotzdem Dinge vorantreiben. Es gehört Mut dazu, diesem Diskurs in einem Bottom-Up-Prozess auf Augenhöhe zu begegnen – aber ich bin sicher, dass dadurch viel mehr Kraft als durch bloße finanzielle Strukturhilfen generiert werden kann. Diese menschliche Komponente des Wandels ist der Treibstoff, für den ich die Lausitzer, unsere Netzwerke und alle Akteure des Wandels begeistern möchte.

*Wir danken für das Gespräch.*

**Weitere Informationen:**  
[www.marke-lausitz.de](http://www.marke-lausitz.de)  
[www.kreative-lausitz.de](http://www.kreative-lausitz.de)  
[www.ifab-lausitz.de](http://www.ifab-lausitz.de)



**Manuela Kohlbacher**



Foto: Andreas Franke

## Reviertransfer Lausitz „Idealerweise“

Zur 20. Ausgabe unseres Lausitz Magazins und damit auch der fortlaufenden Rubrik „Reviertransfer“ haben wir uns für eine einleitende Geschichte entschieden. Die vorangestellte „Geschichte vom gerechten Übergang“ macht deutlich, dass die Lausitz sehr wohl große Chancen auf einen besonderen, modellhaften Wandel hat. Trotz aller Widrigkeiten ringsum bis hin zum wiederholten Wortbruch der Bundespolitik beim Zeitraum, der unserer Region für die Veränderungen gegeben wird, sieht man heute konkrete Entwicklungspfade.

Seit Jahren reift dabei die Erkenntnis, dass sich die Lausitz selbst auf den Weg machen muss. Wenn neuerdings davon geschrieben wird, dass Brandenburg und Sachsen in Sachen Lausitz aufgrund der neuen Farbkonstellation im Bund getrennte Wege gehen – offensichtlich wurde der Dissens zwischen Woidke und Kretschmer zum vorgezogenen Kohleausstieg auf der virtuellen Konferenz des DGB zum Dezemberbeginn – schreibt das im Grunde ein Spannungsverhältnis fort, das seit Jahren die Veränderungsprozesse beeinträchtigt. Noch zwei Tage vor jener Konferenz hatten Kathrin Schneider, Chefin der Brandenburger Staatskanzlei und Thomas Schmidt, Sachsens Staatsminister für Regionalentwicklung, eine Kooperationsvereinbarung zu einer vertieften Zusammenarbeit Sachsens und Brandenburgs zur Strukturentwicklung Lausitz unterzeichnet. In der Realität hat man strukturell nie zu einem gemeinsamen Prozess gefunden – das verdeutlichen die ausführlichen Darstellungen zur Verwendung der Strukturhilfen aus dem jeweiligen Landesarm als zentraler Benefit des Reviertransfers dieser Ausgabe.

Die Kraft für den Wandel muss also aus der Region kommen – und hier leistet insbesondere die Wirtschaftsregion Lausitz einen guten Job. Es knirscht zwar immer wieder im Prozess und Kritiker gibt es viele, aber Fokus und Geschwindigkeit im Vergleich zu den sächsischen Nachbarn zeigen die Brandenburgische Lausitz bislang auf einem besseren Weg zu struktureller Stärkung. Die Akteure scheinen inzwischen eingespielt – auch wenn seitens der regionalen Akteure noch immer eine Bündelung fehlt, die der künftig landeseigenen Wirtschaftsregion auf Augenhöhe zur Seite stehen kann. Stattdessen meldeten sich zu den Koalitionsverhandlungen und zum resultierenden Vertrag der neuen Bundesregierung mit den Kammern, der Wirtschaftsinitiative Lausitz, der Lausitzrunde und Pro Lausitz die bewährten Akteure zu Wort. Vielleicht ist es auch besser so, wenn sie mit ihrer Vielstimmigkeit verschiedene Lausitzer Positionen vertreten, als gemeinsam Kompromisse zu suchen. Dennoch wäre es wichtig, dass sich die Region selbst ein länderübergreifendes Monitoring des Gesamtprozesses organisiert – auch das verdeutlicht diese Ausgabe des Reviertransfers. Derzeit ist es schwierig, sich einen genauen Überblick zum Stand aller Maßnahmen und zu ihrer Wirkung auf beiden Seiten der Lausitz zu verschaffen.

Für eben diese Funktion hat das Land Brandenburg – wie im Lausitzprogramm 2038 festgeschrieben – zum 1. November 2021 eine Begleitforschung beauftragt. Die Federführung haben drei Fachgebiete der BTU Cottbus-Senftenberg unter Leitung des Ökonomen Prof. Jan Schnellenbach, als Partner ist das Leibniz-Institut

für Wirtschaftsforschung Halle beteiligt. Die Kernaufgabe dieser wissenschaftlichen Begleitforschung besteht darin, den Fortgang der regionalen Entwicklung zu beobachten und die Effektivität der vereinbarten Maßnahmen und Projekte zu beurteilen. Dabei soll anhand ökonomischer Faktoren geprüft werden können, ob die Landesmaßnahmen im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes unter Berücksichtigung der bestehenden weiteren Förderlandschaft greifen. Erstmals werden auch kleinräumige Daten erhoben, um eine bessere Informationsgrundlage zur Regionalentwicklung in der Lausitz auch auf lokaler Ebene zu erhalten. Das Kontrollsystem soll zeitnahe Nachjustierungen und eine bessere Fokussierung auf besonders wirksame Maßnahmen ermöglichen. Von der Begleitforschung wird der Auf- und Ausbau eines länderübergreifenden, interdisziplinären Netzwerkes erwartet – vorerst wurde allerdings nur eine Aufbauphase mit einjähriger Projektlaufzeit vereinbart, mit optionaler jährlicher Vertragsverlängerung für maximal drei weitere Jahre. Es wird sich zeigen, wie unabhängig und kritisch dieses Kontrollsystem arbeiten kann, in dem das Land Brandenburg quasi die eigene Strukturpolitik mit Federführung bei eigenen abhängig beschäftigten Wissenschaftlern organisiert. Für die regionalen Akteure, die sich bislang in keiner öffentlich wirkungsvollen und pragmatisch vernetzten Struktur zusammengefunden haben, könnte sich hier allerdings die Chance zur Mitgestaltung eines regional verankerten und wissenschaftlich begleiteten Monitorings anbieten.

## Strukturhilfen über den Landesarm

Nach der ausführlichen Darstellung zu den Lausitzer Strukturhilfen über den Bundesarm in der vergangenen Ausgabe des Lausitz Magazins erreichten uns mehrfach Anfragen zu einer ebenso transparenten Darstellung des aktuellen Planungsstands der Strukturhilfen über den jeweiligen Landesarm. Soweit es die zugänglichen Informationen zulassen, haben wir diese übersichtlich nach dem jeweiligen Bundesland in Tabellen aufgeführt. Für eine Bewertung der dort aufgeführten Projekte empfiehlt sich vorab ein Blick auf die Rahmenbedingungen:

Über den Landesarm Brandenburgs und Sachsens stehen der Lausitz bis 2038 insgesamt 6,02 Mrd. € zur Verfügung. Sie teilen sich auf drei Förderperioden auf. Aktuell orientiert sich der gesamte Zeitplan am Kohleausstieg im Jahr 2038, der nicht nur im Bericht der Kohlekommission, sondern auch im Strukturstärkungs- und Kohleausstiegsgesetz verankert wurde. Beide Länder haben passend zu dieser Zeitlinie eigene Pläne entwickelt, in Brandenburg beispielsweise das „Lausitzprogramm 2038“. An dieser Stelle wird deutlich, wie sehr der vorgezogene Kohleausstieg im



*Erhielt 2021 den ersten Zuwendungsbescheid für Strukturhilfen aus dem Landesarm: die Neue Bühne Senftenberg.*

Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung den gesamten Prozess der Strukturstärkung konterkariert. Die genaue Aufteilung der Mittel über den jeweiligen Landesarm gestaltet sich wie folgt:

→ Lausitz Gesamt: 6,02 Mrd. €

→ Lausitz-Brandenburg (60%): 3,612 Mrd. €

→ Lausitz Sachsen (40%): 2,408 Mrd. € ☒

## „Die Politik will eine solide Entscheidungsgrundlage“

### Interview mit Prof. Jan Schnellenbach zur Begleitforschung des Lausitzer Wandels

Prof. Jan Schnellenbach ist Inhaber des Lehrstuhls VWL, insbesondere Mikroökonomik an der BTU Cottbus-Senftenberg. Er leitet seit 1. November die Begleitforschung samt Monitoring für die Wirksamkeit der Strukturhilfen des Landes Brandenburg für die Lausitz. Wir sprachen kurz nach Projektstart mit ihm:

**Das Land Brandenburg organisiert sich das Monitoring für seine Strukturmaßnahmen in der Lausitz mit Verankerung bei der BTU Cottbus-Senftenberg durch eine landeseigene Einrichtung, wie kritisch und unabhängig können Sie kontrollieren?**

Wir sind in unserer inhaltlichen Arbeit völlig unabhängig. Mit unserem Angebot hatten wir damals der Staatskanzlei einen Arbeitsplan vorgelegt, der eine empirisch-evidenzbasierte Evaluation vorsieht. Dass wir den Zuschlag bekommen haben, dürfte auch damit zu tun haben, dass das Land genau diese Perspektive wünscht. Die Politik will von uns keine Zertifizierung, alles richtig gemacht zu haben, sondern sie will eine solide Entscheidungsgrundlage für die erfolgreiche Gestaltung des regionalen Strukturwandels in den nächsten Jahren.

**Welche regionalen Partner wollen Sie mit welcher Struktur und Relevanz einbinden?**

Wir arbeiten mit den etablierten Gremien zusammen, also beispielsweise der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) und dem Begleitausschuss des Landes. Außerdem kooperieren wir mit der Wirtschaftsregion Lausitz und deren Werkstätten. So können wir nicht nur schon etablierte Projekte evaluieren, sondern sind auch in der Vorschlags- und Planungsphase

bereits mit eingebunden. Wir nehmen an den Treffen dieser Gremien teil, sind also früh über diskutierte Projekte informiert und können auch unsere Einschätzungen dazu abgeben. Außerdem stehen wir der Staatskanzlei für Ad hoc-Analysen zur Verfügung: Wenn es für den Strukturwandel einen dringenden Bedarf an ökonomischer Expertise zu einzelnen Fragen gibt, liefern wir eine vor allem auf dem empirischen Stand der Forschung basierende Analyse.

**Spielt der länderübergreifende Ansatz in Ihrer Begleitforschung auch eine Rolle, ist auf der sächsischen Seite ein ähnliches Vorhaben in Sicht?**

Soweit mir bekannt, bereitet Sachsen eine ähnliche Ausschreibung vor. Wenn es soweit ist, würden wir sehr gerne mit der sächsischen Seite und den dort beauftragten Kollegen kooperieren. Aber wir haben natürlich auch jetzt schon die Gesamtregion im Blick, denn der Erfolg der Maßnahmen in Brandenburg wird auch von dem beeinflusst, was südlich der Landesgrenze passiert.

**Die Projektlaufzeit ist erst einmal auf eine einjährige Aufbauphase beschränkt, wie frei können Sie sich da von Schönfärberei machen, um die angestrebte Verlängerung um drei weitere Jahre zu erhalten?**

Wie gesagt, der Staatskanzlei geht es selbst darum, gute empirische Entscheidungshilfen von uns zu bekommen. Die Politik ist sich der Tatsache bewusst, dass der Strukturwandel gelingen muss. Gefälligkeitsgutachten würden dabei nicht helfen. Hinzu kommt, dass das erste Jahr ein Anlaufjahr ist, in dem es vor allem darum geht, eine Datengrundlage zu schaffen und konkrete

Evaluationskonzepte aufzustellen. Umfassende inhaltliche Beurteilungen erfolgen überwiegend erst in der zweiten Projektphase, sofern es zur Verlängerung kommt.

**Wann ist mit ersten Ergebnissen zu rechnen – und wie wollen Sie für Transparenz sorgen?**

Einschätzungen zu laufenden Entscheidungen werden wir schon jetzt auf Nachfrage den Akteuren in Politik und Verwaltung bereitstellen. Die größere Herausforderung ist die Evaluation schon etablierter Projekte. Diese wird erst in der zweiten Projektphase möglich werden, schon aus Gründen der Datenverfügbarkeit. Ergebnisse unserer Arbeit werden dann auch veröffentlicht. Die Adressaten unserer Arbeit sind nicht nur Politik und Verwaltung, sondern auch die interessierte Öffentlichkeit, der eine faktenbasierte Einschätzung der Politik für die Region ermöglicht werden soll. ☒



**Prof. Jan Schnellenbach**  
Leiter der Begleitforschung zum  
Strukturwandel in der Lausitz

Die festgeschriebenen Förderperioden, die auch mit den jeweiligen Checkpoints zur Überprüfung ihrer Wirksamkeit korrespondieren, gestalten sich auf die Lausitz heruntergebrochen in Zeit und Beträgen wie folgt:

→ **Förderperiode 1 von 2020 bis 2026**

Gesamte Lausitz bis zu 2,4 Mrd. €  
Brandenburg, Lausitz bis zu 1,44 Mrd. €  
Sächsische Lausitz bis zu 0,96 Mrd. €

→ **Förderperiode 2 von 2027 bis 2032**

Gesamte Lausitz bis zu 1,9 Mrd. €  
Brandenburg, Lausitz bis zu 1,14 Mrd. €  
Sächsische Lausitz bis zu 0,76 Mrd. €

→ **Förderperiode 3 von 2033 bis 2038**

Gesamte Lausitz bis zu 1,7 Mrd. €  
Brandenburg, Lausitz bis zu 1,02 Mrd. €  
Sächsische Lausitz bis zu 0,68 Mrd. €

Für den Landesarm Brandenburgs hat sich eine erste beträchtliche Veränderung bereits durch die Verrechnung der EU-Strukturhilfen aus dem sogenannten JTF (Just Transition Fund) durch den Bund ergeben. Wir haben in der vergangenen Ausgabe dargestellt, dass die Strukturhilfen des Bundes für die Lausitz faktisch komplett verplant sind. Während Sachsen die JTF-Mittel in den Strukturhilfen des Bundes verrechnet hat, muss Brandenburg diese Minderung aus den Strukturhilfen im Landesarm vollziehen, da die Mittel im Bundesarm für sämtliche geplante Vorhaben ohnehin nicht ausreichen. Insofern reduzieren sich die Mittel über den Landesarm Brandenburgs wie folgt:

→ Lausitz-BBG gesamt: 3,612 Mrd. €

→ abzüglich JTF-Mittel-Verrechnung mit dem Bund (85% von 786 Mio. €) macht minus 668,1 Mio. €

→ Lausitz-BBG übrig gesamt: 2,944 Mrd. €  
Wir betrachten die JTF-Mittel aufgrund ihrer Relevanz für KMU im Rahmen dieses Reviertransfers und auch künftig separat.

## Kritik zur Mittelverwendung

Die bisherige Verwendung der Strukturhilfen über den Landesarm kennt Kritiker auf beiden Seiten der Lausitz. Setzt man als Maßstab einerseits die Kernbetroffenheit, die der Logik folgt, dass Stärkung vor allem da greifen sollte, wo der Kohleausstieg die deutlichsten Einschnitte in Wertschöpfung und Wirtschaft verursacht – und andererseits die im Bericht der Kohlekommission herausgestellten Prioritäten in nachhaltiger Verbesserung von Wertschöpfung, Wirtschaftsinfrastruktur, Wissenschaft und Fachkräftepotenzialen, erhält man eine regionalisierte und eine inhaltliche Dimension. In beiden zeigt der Brandenburger Prozess aktuell deutlich mehr Relevanz. So liegen in Brandenburg 34 von 40 im Landesarm befürworteten Projekten (85%) im kernbetroffenen Bereich, unterstellt man als Abgrenzung für Kernbetroffenheit die auf der Webseite des kommunalen Bündnisses Lausitzrunde getroffene Festlegung. In Sachsen sind es hingegen nur 16 von 51 Projekten (31%), schaut man in Sachsen auf

Bisher bezüglich der Förderwürdigkeit bestätigte Projekte für Strukturhilfen des Bundes über den Landesarm für die Brandenburgische Lausitz (Wirtschaftsregion Lausitz)		Plankosten in €
<b>1. IMAG Sitzung März 2021: 16 Projekte</b>		<b>210,0 Mio.</b>
1	Weiterentwicklung Logistik- und Industriezentrum Forst	15,0 Mio.
2	Informationszentrum zur Strukturentwicklung Lausitz (Schaufenster am Hauptbahnhof Cottbus):	1,0 Mio.
3	Bebauungsplan Ausbau Bahnwerk Cottbus: „Verwaltungs- und Technologiezentrum“	0,25 Mio.
4	Rahmenplan Sondergebiet Forschung und Entwicklung Cottbus Förderung erfolgt mit einer Quote von 50% aus Landesmitteln	0,12 Mio.
5	Gewerbegebiet Guben Süd: Erweiterung und Modernisierung von Gewerbe- und Industrieflächen	18,4 Mio.
6	Entwicklung und Baureifmachung des Sonderlandeplatzes Schwarzeide-Schippkau zu einem Industrie- und Gewerbegebiet	3,6 Mio.
7	Süderweiterung Industriepark Schwarze Pumpe	5,42 Mio.
8	Leistungszentrum Westlausitz in Schwarzeide: Errichtung und Ausstattung eines Ausbildungszentrums für die überbetriebliche praktische Berufsausbildung sowie Fortbildungen	70,0 Mio.
9	Bebauungsplan Technologie- und Innovationspark (TIP) Cottbus Förderung erfolgt mit einer Quote von 50% aus Landesmitteln	0,18 Mio.
10	Nachhaltiger ÖPNV Cottbus: Errichtung einer Wasserstofftankstelle, einer Elektrolyseanlage und Anschaffung wasserstoffbetriebener Busse	12,83 Mio.
11	Laborinfrastruktur und -ausstattung EIZ (Energieinnovationszentrum)	33,5 Mio.
12	Ladegleis Königs Wusterhausen: Bau eines weiteren Betriebsgleises für Containerumschlag	6,5 Mio.
13	Kultur- und Sportzentrum Burg (Spreewald)	16,46 Mio.
14	Projektstudie BMX-Zentrum / Sport- und Freizeitpark Cottbus	0,25 Mio.
15	Neubau Trampolinhalle im Sportzentrum Cottbus zur weiteren Etablierung des Olympiastützpunkts Brandenburg	6,5 Mio.
16	Rundweg um den Cottbuser Ostsee	13,53 Mio.
<b>2. IMAG Sitzung Juni 2021: 9 Projekte</b>		<b>309,0 Euro</b>
17	Telemedizin im Rettungsdienst Landkreis Spree-Neiße: Einsatz von Mixed-Reality-Brillen für den Noteinsatz	0,16 Mio.
18	Center for Hybrid Electric Systems Cottbus (CHESCO): Wissenschaftseinrichtung für hybrid-elektrische und elektrische Antriebe zur Forschung, Entwicklung, prototypischen Fertigung und Testung für den Luftverkehrs	238,0 Mio.
19	Aufwertung Verkehrslandesplatz Neuhausen u.a. als Gewerbestandort	6,0 Mio.
20	Zentrum für Medizintechnologien am Carl-Thiem-Klinikum mit Schwerpunkt Start-ups, Spin-offs, branchenrelevante KMU	14,35 Mio.
21	Gesundheitslandhaus Schwarze Pumpe	2,227 Mio.
22	Besucherinformationszentrum Wasserreich Spree Phase 1 Konzept Phase 2 Investition	0,25 Mio. 22,78 Mio.
23	Wassertouristische Basisinfrastruktur in der Sedlitzer Bucht	2,57 Mio.
24	Dauerausstellung im Textilmuseum Forst mit zentralen Themen der Region sowie Einbindung „Archiv verschwundener Orte“	3,042 Mio.
25	Wilde Zukunft (Wilde Möhre GmbH): Aufbau touristischer und Veranstaltungsinfrastruktur	19,1 Mio.
<b>3. IMAG Sitzung September 2021: insgesamt 16 Projekte</b>		<b>435,0 Mio.</b>
27	Gewerbegebiet Deulowitz: Erweiterungsflächen zur Ansiedlung großflächiger Industrien und Gewerbe	4,22 Mio.
28	Industrie- und Gewerbegebiet „Am Spreewaldreieck“ Lübbenau: Neustrukturierung von ca. 50 Hektar	28,15 Mio.
29	Innovatives Lernzentrum Lausitz (ILL): Das ILL soll das „Schaufenster“ beruflicher Möglichkeiten und Perspektiven und der ansässigen Unternehmen in der Lausitz werden. Zielgruppen sind Schülerinnen und Schüler, Lehrer im Bereich Berufsorientierung, Azubis und Erwachsene mit Interesse an Neuorientierung	0,8 Mio.
30	Ausbildungspensionat Schwarzeide für Berufsschüler des Leistungszentrums (siehe Ziffer 8)	10,21 Mio.
31	Coworking Arbeitsplätze Lübben/Innovationskorridor Adlershof-Lausitz: Errichtung eines Bürogebäudes mit 3.024 Quadratmetern Nutzfläche samt IT-Anbindung mit 5G	21,0 Mio.
32	DLR Flächenerschließung für Bauvorhaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt und der Fraunhofer-Gesellschaft	27,0 Mio.
33	Neubau DLR Bürogebäude und Forschungsanlagen CO2-arme Industrieprozesse auf dem Campus der BTU Cottbus-SFB	45,0 Mio.
34	Neubau Bürogebäude und Forschungsanlagen, DLR-Institut für elektrifizierte Luftfahrtantriebe	90,0 Mio.
34	Seewasserwärmepumpe Cottbuser Ostsee: Errichtung von Erzeugungsanlagen zur Nutzung vom See-Wärme als Fernwärme	40,0 Mio.
35	Unsichtbares 5G für den Stadtraum Luckau	22,1 Mio.
36	Bau eines Radweges zwischen Heinersbrück und Peitz	4,51 Mio.
37	Ausbau Straßenbahninfrastruktur Cottbus zur besseren Erreichbarkeit der Strukturwandelstandorte	108,6 Mio.
38	Umbau und Modernisierung eines historischen Bestandsgebäudes zur Errichtung der Pflegeschule Forst	0,427 Mio.
39	Barrierefreier Ausbau des Sportzentrums in Cottbus sowie Errichtung eines Paracyclingcenters	10,13 Mio.
40	Sanierung Zechenhaus Senftenberg Brieske zur öffentlichen und kulturellen Nutzung	20,2 Mio.
<b>4. IMAG Sitzung Dezember 2021: 7 Projekte*, die in die Befassung gingen</b>		
41	Erweiterung Gewerbe- und Industriepark Massen	
42	Bahnanbindung Industrie- und Gewerbepark Jämschwalde	
43	Umgestaltung und Ergänzung bestehender Strukturen zu einem Bildungs-, Museum- und Kulturzentrum (Lauchhammer)	
44	Schaffung eines Tourismus- und Kulturzentrums in der Alten Ziegelei Klein Kötzig	
45	Errichtung eines Wohnheims für Azubis im Bausektor zur Nachwuchsgewinnung insbesondere für die brandenburgische Lausitz	
46	Oberstufenzentrum Elbe-Elster: Bauliche und technische Umgestaltung zum Bildungszentrum (Elsterwerda)	
47	Schaffung eines Wasserwirtschaftlichen Bildungszentrum Lausitz (Cottbus)	
<b>Gesamtkosten*</b>		<b>954,9 Mio.*</b>

Bisher bezüglich der Förderwürdigkeit bestätigte Projekte über den Landesarm für die Sächsische Lausitz (Sächsische Agentur für Strukturentwicklung / SAS und Sächsisches Staatsministerium für Regionalentwicklung / SMR)		Plankosten in €
<b>1. Sitzung RBA vom Ende Juni: 38 Projekte</b>		<b>219,87 Mio.</b>
1	Bernsdorf: Qualifizierung Museumskomplex Zeisholz zur fahrradtouristischen und soziokulturellen Nutzung	0,33 Mio.
2	Bischofswerda: Entwicklung des ehemaligen Kulturhauses zum zukunftsorientierten, multifunktionalen Kommunal- und Kulturzentrum	16,272 Mio.
3	Boxberg/O.L.: Einrichtung innerörtliches Wegeleitsystem	0,1 Mio.
4	Elsterheide/Lauta: Sicherung Abwasserbeseitigung	9,3 Mio.
5	Gablenz: Sanierung und Verbesserung der Infrastruktur des Technischen Kulturdenkmals „Waldeisenbahn Muskau“	7,6 Mio.
6	Görlitz: Ausbau und Digitalisierung der Tourismusinformation	0,085 Mio.
7	Görlitz: Ausbau und Umbau der Infrastruktur des Tierparks	5,188 Mio.
8	Görlitz: Errichtung einer Experimentierwerkstatt zur Energieeffizienz des CaTeeDrale e.V.	0,077 Mio.
9	Großschönau, Sanierung Textile Kreativwerkstatt in der Oberlausitzer Webschule	0,807.
10	Hähnichen: Sanierung und Umbau Schloss Niederspree	2,415 Mio.
11	Haselbachtal: Neubau eines weitestgehend energieautarken Gemeindeamtes mit Gemeindesaal und öffentlicher Bibliothek	4,259 Mio.
12	Herrnhut: Erweiterung der Kita „Krümelkiste“	2,464 Mio.
13	Hochkirch, Ausbau Kultur- und Begegnungszentrum Rodewitz,	2,4 Mio.
14	Hochkirch, Barrierefreier Ausbau im öffentlichen Nahverkehr	0,714 Mio.
15	Hoyerswerda: Energetische Sanierung und Modernisierung der Lausitzhalle	6,0 Mio.
16	Hoyerswerda: Erweiterung Aufbereitungskapazität Wasserwerk Zeißig	5,75 Mio.
17	Hoyerswerda, Förderzentrum Hoyerswerda, Dachsanierung Schwimmbad	0,175 Mio.
18	Hoyerswerda: Kommunale Energieleitzentren Lausitz, Umsetzung eines kommunalen, skalierfähigen Datenhubs	9,52 Mio.
19	Hoyerswerda: Erweiterung Beckenkapazität, Saunabereich, Außenanlagen und Eingangsbereich Lausitzbad	20,18 Mio.
20	Kodersdorf: Umbau und Sanierung des ehemaligen Gutshauses zum Dienstleistungs- und Versorgungszentrum	2,726 Mio.
21	Neschwitz: Fischereihof Kleinholtscha, Rückbau und Neubau für Umweltbildung	2,5 Mio.
22	Ottendorf-Okrilla: Touristische Erschließung Teichwiesenbad	1,27 Mio.
23	Radeberg, Erweiterung der Gewerbeflächen der RÖTECH - Rossendorfer Technologiezentrum GmbH um Labor-, Werkstatt-, Büro- und Lagerflächen auf einer Größe von 1.700 m <sup>2</sup>	7,177 Mio.
24	Ralbitz-Rosenthal: Neubau Kita	7,102 Mio.
25	Rietschen: Verbesserung der Attraktivität des touristischen Radwegenetzes	0,228 Mio.
26	Schönbach: Neubau touristischer Radweg	1,77 Mio.
27	Steina: Ersatzneubau einer Inklusionskita	5,317 Mio.
28	Versorgungsgebiet – Leitungsbau Kamenz,	4,0 Mio.
29	Wachau: Erlebnisschloss Seifersdorf: Sanierung mit Besucherzentrum, Ausstellung, Veranstaltungsräumen	4,0 Mio.
30	Waldhufen: Erweiterung und Erschließung des Gewerbegebiets Schulstraße/Jänkendorf	1,091 Mio.
31	Waldhufen: Kita „Kinderschloss“, Rückbau, Entseigelung und Freimachung von Altlasten, Neugestaltung Außenbereich	0,258 Mio.
32	Weißig: Ausbau Kindertagesstätte mit Waldangebot und Dorfgemeinschaftshaus	0,74 Mio.
33	Weißwasser: Innovationswerkstatt & FAB Labor	0,256 Mio.
34	Weißwasser: Sanierung Bahnhof	4,5 Mio.
35	Weißwasser: Sanierung Kinderhaus „Sonnenschein“	1,2 Mio.
36	Weißwasser: Trinkwasserverbundsystem Lausitzer Revier, Abschnitt Weißwasser	8,07 Mio.
37	Zittau: Digitale Transformation Rathaus Zittau	0,525 Mio.
38	Zittau: Neugestaltung und Digitalisierung des Tourismus- und Regionalentwicklungszentrums	0,243 Mio.
<b>2. Sitzung RBA November 2021: 13 Projekte</b>		<b>210 Mio</b>
39	Cunewalde: Schaffung einer kombinierten Kinderkrippe und Altentagespflege	3,534 Mio.
40	Demitz-Thumitz: Ausbau der Kita „Brückenmännchen“	3,17 Mio.
41	Rammenau: Energetische Sanierung und Umnutzung alten Fichteschule	1,98 Mio.
42	Sohland a.d. Spree: Umgestaltung des Areals um Sporthalle und Schanzenbaude Tännicht zum Ski- und Wanderzentrum	2,4 Mio.
43	Görlitz: Schaffung eines infrastrukturellen Umfeldes mit Reallaborcharakter zur Entwicklung und Erprobung innovativer, ökologischer, leistungsstarker und skalierbarer Lösungen im ÖPNV	67,68 Mio.
44	Herrnhut: Erweiterung Kindertagesstätte Storchennest OT Ruppertsdorf	1,391 Mio.
45	Hohendubrau: Erweiterung eines Gebäudes für Arztpraxis und Physiotherapie	0,5 Mio.
46	Krauschwitz: Neubaus mit digitaler Arztpraxis, Büros und Co-Working Spaces	6,0 Mio.
47	Oybin: Errichtung Personenbeförderungsanlage zur touristischen/barrierefreien Erschließung der Burganlage, Rekonstruktion Berggasthof mit weiteren Nutzungsoptionen	11,8 Mio.
48	Weißwasser: Aus- und Umbau Volkshochschule Weißwasser inkl. Infrastruktur für digitale Bildungsangebote und Erstausrüstung	0,38 Mio.
49	Landkreis Görlitz: Pilot-Umbau einer historischen Dampflok auf nachhaltige Antriebsmittel	1,3 Mio.
50	Görlitz: Einführung robotergestützter Medizintechnik inkl. Infrastruktur	1,93 Mio.
51	Kamenz: Lessingbad Kamenz, Neubau eines Freizeitbades	31,599 Mio.
<b>Gesamt</b>		<b>429,87 Mio.</b>

die Investitionsvolumen der Projekte, sind es mit 79,3 Mio. € von 429,87 Mio. € sogar nur 18,4% der bislang vergebenen Strukturmittel über den Landesarm, die in den kernbetroffenen Teil der sächsischen Lausitz fließen. Während in Brandenburg die Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) in Potsdam Projekte für Strukturhilfen des Landes befürwortet, geschieht dies in Sachsen über den Regionalen Begleitausschuss (RBA). Insbesondere mit Blick auf die zweite Entscheidungsrunde der Sachsen (siehe Tabelle) ist verständlich, dass einige Bürgermeister aus der kernbetroffenen Region auf die Barrikaden gingen.

Auch bei Investitionsinhalten weisen die Brandenburger derzeit deutlich mehr Relevanz für einen Strukturstärkungsprozess auf. In der Auffassung, dass bei den Prioritäten Wertschöpfung, Wirtschaft, Wissenschaft und Fachkräfte zum letzten Punkt auch nachhaltige Investitionen in wirtschaftsnahe Aus- und Weiterbildung zählen, widmet sich die Hälfte der bislang befürworteten Projekte in der Brandenburgischen Lausitz diesen Prioritäten. Ein bedeutender Teil der Mittel fließt in die Aufwertung von Industrie- und Gewerbebetrieben sowie wirtschaftsnaher Infrastruktur. In Sachsen lassen sich gerade einmal 4 der 51 Projekte hauptsächlich diesen Prioritäten zuordnen, in der Regel wird in Daseinsfürsorge wie Kitas und Schwimmbad oder in touristische Maßnahmen investiert.

## Die zeitliche Dimension

Ein Blick auf Budgets und Zeitachse offenbart ebenso mehr Geschwindigkeit in Brandenburg. Die 4. Entscheidungsrunde der IMAG am 9. Dezember 2021 parallel zur Drucklegung dieser Ausgabe ist dabei noch nicht einmal einberechnet. Dennoch waren in Brandenburg zum Redaktionsschluss bereits Projekte im Gesamtumfang von 954,9 Mio. € befürwortet, das entspricht 32,4% der insgesamt bis 2038 zur Verfügung stehenden Mittel über den Landesarm Brandenburgs, von den Gesamtmitteln der ersten Förderperiode bis 2026 sind es bereits zwei Drittel. Bei Sachsen liegt der Anteil währenddessen bei 17,9% der Gesamtmittel bzw. 44,8% der Mittel aus der ersten Förderperiode.

Was den Stand einzelner Projekte anbelangt, wäre auf beiden Seiten mehr Transparenz wünschenswert. Die Wirtschaftsregion Lausitz stellt hierfür auf ihrer Webseite eine intuitiv nutzbare Karte zur Verfügung, die sämtliche befürworteten Projekte darstellt und die man nach verschiedenen Kriterien filtern kann. Die Projekte werden verortet und übersichtlich beschrieben, es fehlt aber die Kostendimension und der Projektstand. Auf der sächsischen Seite muss man sich im Bereich Strukturentwicklung auf der Webseite des Regionalministeriums etwas aufwändiger zu Projektlisten durchklicken. ☺

**Tabelle 1 Quelle:** Veröffentlichungen der Wirtschaftsregion Lausitz / Presseinformationen des Lands Brandenburg. Die grau hinterlegten Flächen kennzeichnen Projekte, die außerhalb der Kernbetroffenheit umgesetzt werden sollen. \*Die ausgewiesenen Kosten enthalten nicht die Projekte, die in der IMAG-Sitzung im Dezember 2021 zur Entscheidung stehen  
**Tabelle 2 Quelle:** Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung. Die grau hinterlegten Flächen kennzeichnen Projekte, die außerhalb der Kernbetroffenheit umgesetzt werden sollen.

## Absehbare Prioritäten

Mit der vierten IMAG-Entscheidungsrunde der Brandenburger vom 9.12.2021 dürften Projekte im Volumen von nahezu 40% der gesamten bis 2038 verfügbaren Strukturhilfen über den Landesarm befürwortet sein. Mit Blick auf den vorgezogenen Kohleausstieg kann der Lausitz dieses Tempo beim nun verkürzten Zeitraum für den strukturellen Umbau helfen, wenn die Maßnahmen auch schnell umgesetzt werden. Genau hier hapert es an Kapazitäten bei vielen Projektträgern und nicht selten an den notwendigen Eigenmitteln. Aktuell sind 18 der befürworteten Projekte im Beantragungsprozess, zehn Projekte haben bereits einen Zuwendungsbescheid erhalten oder sind auf der Ziellinie, Umsetzungen können erst nach Zuwendung beginnen. Viele der Projekte werden in der Realisierung einige Jahre brauchen, sie können auch am Antragsprozess oder in der späteren Umsetzung scheitern – der Strukturstärkungsprozess bleibt

ein Marathon. Besonders auf Brandenburger Seite wird es wichtiger, baldmöglichst das Windhundredrennen zu beenden und für die verbleibende gute Hälfte der Strukturhilfen über den Landesarm Prioritäten zu schärfen. Aktuell wird hinter den Kulissen ein Antrag zur Vernetzung der Lausitzer Kraftwerkstandorte und der Standorte energieintensiver Industrien über ein Gasnetz vorbereitet. Hier soll es sich um ein Volumen von 300 bis 400 Mio. € handeln. Einhergehend mit einem Konzept zum Umbau der Kohlekraftwerke zuerst in Ersatzgaskraft- und später in Wasserstoffkraftwerke auf dem Niveau der installierten Leistung vor Beginn der Sicherheitsbereitschaft von insgesamt 9,5 GW könnte in der kernbetroffenen Lausitz so der Blutkreislauf einer neuen, erneuerbaren Energie- und Industrieregion entstehen. Die Option auf eine künftige klimaneutrale Versorgung durch diesen Lausitzer Nukleus wäre ein Argument für Investitionen und

Ansiedlungen in bestehenden und neuen Industriegebieten. Mit Anwendungsfällen wachsen auch Nachfrage und Druck auf ein Angebot, hierdurch könnte sich die LEAG schneller zum grünen Energieunternehmen wandeln. Die aktuelle Investition der BASF in eine klimafreundliche Energieversorgung zeigt, welche Relevanz der Dekarbonisierung von Energie- und Industrieprozessen in großen Unternehmen schon heute zukommt. Unterm Strich bedeutet das aber, sich auf Brandenburger Seite jetzt für die zweite Hälfte der Strukturmittel aus dem Landesarm auf Leuchtturmprojekte zu einigen, die bis 2030 realisiert werden können und schnell Relevanz entfalten. In der sächsischen Lausitz scheint der gesamte Prozess auf den Prüfstand zu gehören. Vielleicht lernt man auch einmal von den Brandenburgern. Noch ist in Sachsen ein deutlich kleinerer Anteil der Strukturhilfen vergeben und ein effektvolles Umsteuern möglich.

## „Der Faktor Zeit spielt eine wichtige Rolle.“

Interview zum JTF mit Michael Schulz, Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative Lausitz

Michael Schulz ist in die Erarbeitung der JTF-Richtlinien in Brandenburg und Sachsen einbezogen – hier sogar als Sprecher der Redaktionsgruppe länderübergreifender Partner. Wir sprachen mit ihm über das „Hoffnungsprogramm“ für Lausitzer KMU:

**Sie sind für die Lausitzer Wirtschaft in die JTF-Prozesse beider Länder eingebunden, wie abgestimmt laufen die Planungen?**

Ich begrüße es sehr, dass die Länder Sachsen und Brandenburg die Akteure aus Wirtschaft, Kommunen und Zivilgesellschaft in die JTF-Prozesse einbinden. Sie haben dabei unterschiedliche Ansätze gewählt. Mit dem Wirtschaftsministerium Brandenburg finden regelmäßige Arbeitstreffen statt, in denen wir gemeinsam mit den Kammern und Verbänden die Förder- und Unterstützungsbedarfe sowie Förderschwerpunkte erarbeiten. In Sachsen hat das Land eine „Redaktionsgruppe“ zur Ausgestaltung des JTF gegründet. Die WiL ist dort als Sprecher der länderübergreifenden Partner vertreten. Wir setzen uns im Besonderen dafür ein, dass sich die Länder bei der Ausgestaltung des JTF abstimmen. Sachsen und Brandenburg haben schriftlich vereinbart, bei der Umsetzung des JTF „vertrauensvoll zusammenzuarbeiten“. Gemeinsam mit unseren Netzwerkpartnern drängen wir darauf, dass es hier nicht nur bei Absichtserklärungen bleibt.

**Welche Forderungen im Sinne der lokalen KMU scheinen durchsetzbar? Wir fordern,**

dass die finanziellen Mittel des JTF den KMU in der Lausitz zur Verfügung gestellt werden. Unterstützt werden sollen z.B.:

- vorbereitende Maßnahmen (z.B. Machbarkeitsstudien) für Investitionen von Unternehmen,
- Vorhaben zu Neuentwicklung, Umbau und Modernisierung bisheriger Geschäftsfelder und Erweiterungsinvestitionen.
- Maßnahmen zur Prozessoptimierung, Digitalisierungsprojekte und der Einsatz Künstlicher Intelligenz
- Vorhaben zur Digitalisierung und Fachkräftesicherung.

Gemeinsam mit unseren Partnern drängen wir darauf, ein schlankes und schnelles Antrags-, Bewilligungs- und Abrechnungsverfahren für die JTF-Mittel zu etablieren.

**Ein Großteil der Mittel muss bereits bis Ende 2023 beantragt und gebunden sein, wie real ist das Schreckgespenst ungenutzter Millionenbeträge? Der Faktor Zeit spielt eine wichtige Rolle. Zwei Drittel der Mittel müssen bis Ende 2023 gebunden sein, der Rest steht bis Ende 2027 zur Verfügung. Umso wichtiger ist es, dass die bürokratischen Hürden zur Beantragung der Gelder so klein wie möglich gehalten werden. Die Unternehmen brauchen so schnell wie möglich alle relevanten Informationen zu den Antragsregularien, zu Förderkategorien und den Ansprechpartnern, die sie bei der Beantragung unterstützen. Hier**

sehen wir zum einen die Länder in der Pflicht, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Zum anderen werden unsere Netzwerkpartner und wir zeitnah auf die Unternehmen zugehen und sie über die Möglichkeiten des JTF informieren.

**Bis wann rechnen Sie mit dem Start der Programme und wie sollten sich Unternehmen darauf vorbereiten? Da die Länder sich bei der Ausgestaltung mit der EU abstimmen müssen, lassen sich bestimmte Prozesse kaum beschleunigen. Die Länder haben zugesagt, die Gelder des JTF so schnell wie möglich zur Verfügung zu stellen. Wir fordern, dass das Geld ab dem Spätsommer 2022 abgerufen werden kann.**



**Michael Schulz**  
Geschäftsführer WiL e.V.

## JTF Aktuell

Die JTF-Mittel werden in beiden Ländern durch separate Pläne und Richtlinien umgesetzt und sollen als wirtschaftsnaher Baustein in der Strukturstärkung insbesondere KMU unterstützen. Die bereits in der vergangenen Ausgabe erfolgte, ausführliche Darstellung zum JTF binden wir hier über einen QR-Code (siehe Infokasten) ein, über den Sie ein Dokument mit allen grundlegenden Informationen erreichen.

Wie bereits im Herbst angekündigt, arbeiten sowohl Brandenburg als auch Sachsen mit Hochdruck an der Umsetzung des notwendigen Plans sowie einer Förderrichtlinie. Auf Brandenburger Seite wurde inzwischen ein Bündnis der relevanten Wirtschaftsvertreter in den Prozess einbezogen. Da sich mit den 786 Mio. € aus dem JTF die Hoffnung auf eine Teilhabe aller Wirtschaftsbranchen verbindet, hat dieses Bündnis aus Kammern, BVMW, BWA, UVBB und Wirtschaftsinitiative Lausitz klare Forderungen an die Ausgestaltung des neuen Förderprogramms gestellt, damit es den Lausitzer Unternehmen wirklich helfen kann. Als Kernforderungen wurden eine Offenheit für alle Branchen, schnelle und einfache Antragsverfahren, höhere Fördersätze im Vergleich zu bestehenden Programmen und keine Anwendung der de minimis-Regel aufgeführt.

Gleichzeitig ging von allen Wirtschaftsverbänden und den Kammern ein Signal an die KMU, bereits vorsorglich Projekte zu qualifizieren. Bereits bis Ende 2023 müssen in der sächsischen Lausitz 351 Mio. € und in der brandenburgischen Lausitz 446 Mio. € gebunden sein. Diese Mittel können dann zwar noch bis Ende 2026 ausgegeben werden – aber ausgehend davon, dass Anträge erst etwa zum Halbjahr 2022 gestellt werden können, ist der Zeitraum für Qualifizierung und Antragsverfahren ein echter Sprint. Die KMU bekommen jetzt ihre

Chance, sie sollten sich gut vorbereiten. Insbesondere in der Wirtschaftsinitiative Lausitz und im Südbrandenburger BVMW-Team von Ralf Henkler wurde hier bereits Know-how aufgebaut. Der Weg zu einem relevanten Wirtschaftsverband kann sich jetzt umso mehr lohnen! Die Wirtschaftsinitiative Lausitz sitzt über ihren Geschäftsführer Michael Schulz sogar auf beiden Seiten an den Tischen zur Erarbeitung der JTF-Richtlinie. Das ermöglicht einen Abgleich im Sinne der Lausitzer Wirtschaft, lesen Sie dazu unser Interview. ☉



**Daten und Fakten - der JTF im Überblick:** Für den JTF stehen EU-weit rund 19,3 Milliarden Euro (17,5 Mrd. Euro in 2018er Preisen) zur Verfügung. Davon stammen 8,4 Milliarden Euro aus dem regulären Haushalt der EU mit Laufzeit von 2021 bis 2027 (Mehrjähriger Finanzrahmen). 10,8 Milliarden Euro stammen aus dem Corona-Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“. Diese Mittel haben lediglich eine Laufzeit von 2021 bis 2023, d.h., sie müssen bis Ende 2023 gebunden sein und können dann bis Ende 2026 umgesetzt werden. Für Deutschland stehen rund 2,477 Milliarden Euro zur Verfügung. Davon fließen rund 786 Mio. Euro nach Brandenburg und 645 Millionen Euro nach Sachsen. In Brandenburg muss der Anteil von 446 Mio. Euro aus dem Corona-Aufbauinstrument bis Ende 2023 gebunden sein, in Sachsen betrifft das anteilig 351 Mio. Euro. Als Fonds der EU-Kohäsionspolitik erstreckt sich das JTF-Fördergebiet in der Lausitz auf Teile der Übergangsregion mit einem EU-Kofinanzierungssatz von 70 %.

 Teezeit

*Dein Moment.*

*Dein Tee.*

LIEBLINGSTEEES BEQUEM ONLINE SHOPPEN AUF [WWW.TEEZEIT.DE](http://WWW.TEEZEIT.DE)

## Kohleausstieg „idealerweise“ 2030

Wie in der vergangenen Ausgabe unseres Reviertransfer prognostiziert und für vernunftbegabte Beobachter absehbar, hat sich die neue Bundesregierung auf einen vorgezogenen Kohleausstieg geeinigt. Das „idealerweise“ vor der 2030 hat keine Bedeutung, das fixierte neue Datum 2030 für einen Kohleausstieg, das nach dem Attribut steht, hingegen schon. Es stellt tatsächlich Gesetze und Versprechen auf den Kopf. Olaf Scholz gab sein Wort zu bestehenden Gesetzen und Rahmenbedingungen noch wenige Wochen vor der Wahl in der Cottbuser Stadthalle – sein im Wahlkampf betonter Respekt gilt wohl nur seinem eigenen politischen Vorwärtskommen, nicht jedoch den Menschen in der Lausitz. Was hier verwurzelte, demokratische Akteure wirklich fassungslos machen kann, ist die Wiederholung von Erfahrungen und Enttäuschungen mit Bundespolitik in den Strukturwandelregionen Ostdeutschlands. Seit der deutschen Wiedervereinigung erleben nun schon zwei Generationen einen bundespolitischen Wortbruch, der Spuren hinterlässt und Populismus in die Hände spielt. Die Reaktionen aus der Lausitz kommen nun vielfältig über die bekannten Akteure. Die Lausitzrunde hat für die Lausitzer Kommunen in Absprache mit Bürgermeister\*innen aus dem Mitteldeutschen Revier den fehlenden Realismus der neuen Bundesregierung sowohl für den verkürzten Zeitraum der Strukturstärkung als auch die Sicherheit der Energiepolitik aufgezeigt – und mit Blick auf nur neun verbleibende Jahre folgende Forderungen an die neue Bundesregierung adressiert:

- Schnelle Umsetzung von Bundesinfrastrukturmaßnahmen
- Förderfähigkeit von Planungsleistung (B-Pläne)
- Verwendung der Gelder für die Kernreviere (Kernbetroffenheit)
- deutlich flexiblere Einsetzbarkeit von Strukturmitteln
- Investitionspauschale für die direkt vom Kohleausstieg betroffenen Kommunen für die Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit
- Planungsbeschleunigung bei Strukturprojekten bzw. Energiewirtschaftsprojekten durch Planungsbeschleunigungsgesetz
- Ausbau neuer Wertschöpfungsketten unter Beteiligung der Region (regionale Planungsgemeinschaften)
- Etablierung einer Sonderenergiewirtschaftszone
- keine Finanzierung von „Sowieso-Aufgaben“ durch Strukturmittel
- Einführung eines „Wirksamkeits-Controllings“ auf Bundesebene
- Etablierung einer eigenen, investiven Bundesförderrichtlinie für den Strukturwandel

- Einzelunternehmerische Förderung (analog Investitionszulage in der Nachwendezeit)
- Wahlperiodenübergreifende Planungssicherheit durch Staatsvertrag und Bund- Länder Vereinbarung
- Auflage eines langfristigen Investitionsfonds (aus Strukturstärkungsmitteln) zur langfristigen Entwicklung der Tagebaukanten
- Personelle und finanzielle Unterstützung der Kommunen im Strukturwandelprozess
- Stärkere kommunale Einbeziehung bei der Braunkohleplanung
- Dringende Aufstockung des Gesamtfördervolumens von Bund und Land für die Kohlereviere
- Monitoring des Prozesses unter Einbeziehung der Kommunen
- schnellere Planung und Umsetzung der Vorhaben im Bau von Schiene und Straße
- priorisierte Realisierung der ICE-Schnellzugverbindung Berlin-Cottbus-Weißwasser-Görlitz-Breslau
- vollumfängliche Realisierung des Bahnwerks in Cottbus mit Neubau eines Technologiezentrums
- Realisierung des Innovationszentrums Universitätsmedizin (IUC) am Standort Cottbus
- zügiger Vollaufbau sämtlicher in den Bundesstrukturhilfen aufgeführten Wissenschaftsinstitute inkl. des Großforschungszentrums in der sächsischen Lausitz

Leider hat die Lausitz es einmal mehr verpasst, rechtzeitig in die Offensive zu gehen und reagiert nun einmal mehr aus der Defensive. Wir haben im Reviertransfer seit rund eineinhalb Jahren mehrfach dazu angeregt, der Bundesregierung einen „Green Deal Lausitz“ anzubieten. In den Sondierungen des vergangenen Herbstes wäre „idealerweise“ der richtige Moment für diese Offensive gewesen. Der Impuls hat aber nun Früchte getragen und wurde von der Wirtschaftsinitiative Lausitz aufgegriffen. Über die Forderungen der Lausitzrunde hinaus wird hier insbesondere eine relevante Forderung ergänzt, hinter die sich die Region stellen sollte: Die Verbindung sämtlicher Lausitzer Kraftwerksstandorte und der Standorte mit energieintensiver Industrie wie Glasindustrie, bestehende Industriekerne oder das benachbarte Stahlwerk in Eisenhüttenstadt über ein Gasnetz. Darüber hinaus adressiert der Wirtschaftsverband folgende Forderungen:

Die Begleitforschung zur Lausitzer Strukturstärkung findet in den Forderungen von Lausitzrunde und Wirtschaftsinitiative erste Leitplanken für einen verkürzten Strukturstärkungsprozess. Parallel dazu wäre es wünschenswert, wenn in der Lausitz Wissenschaft und demokratische Akteure der Region – gern im Bündnis mit dem Mitteldeutschen Revier – auch den nachhaltigen Schaden des wiederholten politischen Wortbruchs in die Strukturstärkung einpreisen. Die Bundespolitik beweist einmal mehr ihre Abgewandtheit und ihr fehlendes Bewusstsein für Regionen im Osten, in denen Menschen immer mehr mit staatlichen Entscheidungen und staatlicher Bevormundung fremdeln. Es ist eine zusätzliche Erschwernis für die Strukturwandelregionen, die resultierenden Spannungen vor Ort auszugleichen. Insofern ist unser abschließender Exkurs an die neue Bundesregierung adressiert, in der Hoffnung, der ein oder andere Leser bzw. Multiplikator transportiert die Erklärungen für den immer stärker um sich greifenden Ost Frust an die passenden Stellen in Berlin und andere politische Schnittstellen.

*Olaf Scholz im Sommer 2021 in Cottbus zum Kohleausstieg 2038: „... diese Vereinbarungen gelten.“*



## Ost Frust - idealerweise politikgetrieben

Was ein „idealerweise“ 2030 nachhaltig in den strukturschwachen Strukturwandelregionen anrichtet, ist Scholz, Habeck, Baerbock und Lindner nicht bewusst. Sie alle kommen nicht aus dem Osten – wie übrigens das gesamte Kabinett nur zwei Personen mit Ost-Wurzeln aufweist, wovon eine allerdings seit 27 Jahren auch schon im urbanen Berlin lebt und die weitere aus Potsdam stammt, der reichsten Stadt im Osten, die sich inzwischen auch weit von den Lebensrealitäten in ländlichen Regionen entfernt hat. Auch im aktuellen Kabinett kann sich niemand mit der Situation im ländlichen Osten identifizieren. Das ist in fast allen Führungsbereichen unseres Landes so, wie dieses Plädoyer zeigt:

Gab es in den vergangenen Jahren eine große Wahl, gehörte für viele der großen Medien ein „Zoobesuch“ im Osten zum Programm. Die Suche nach Erklärungen für populistisch dominierte Wahlergebnisse und das Systemfremdeln der „Spezies Ossi“ verlief meist in Klischees und Porträts, die nur an der Oberfläche kratzen. Bis heute fehlt es am Willen, die inzwischen zementierten Unterschiede wirklich verstehen zu wollen. Der Dissens zwischen Ost und West wird so eher größer – im Landkreis Elbe-Elster hatte diesmal auch bei den U18-Wahlen die AfD die Nase deutlich vorn. Enttäuschungen und gemachte Erfahrungen wurden längst an Folgegenerationen vererbt, für die eine Trennung in Osten und Westen biografisch eigentlich keine Projektionsfläche mehr bietet.

Zum Abschluss dieses Plädoyers empfehlen wir gern das Video eines Influencers aus dem Osten, das diesen Beitrag zum Ost Frust inspiriert hat. Sie können es über den nachstehenden QR-Code erreichen und gern allen weiterleiten, die glauben, die Probleme des Ostens zu verstehen – oder auch jenen, die hiesige Probleme für hausgemacht halten. Vor allem sollte die neue Bundesregierung aber am Erkenntnisgewinn teilhaben und für ihre Strukturpolitik in den Kohleregionen des Ostens, die gleichzeitig zu den letzten verbliebenen Industrieregionen im ländlichen Raum zählen, Verantwortung übernehmen. In den Quellen zum besagten Video finden Sie übrigens ausführlich und seriös belegt, was wir hier nur kurz anreißen.

Auch 30 Jahre nach der Wende fehlt in unserer Gesellschaft ein offener Diskurs über die Kolonialisierung des Ostens durch den Westen der Republik. „Kolonialisierung“ klingt hart, der Begriff wurde aber nicht durch uns geprägt, sondern durch Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung. Die Fakten lassen kaum einen anderen Schluss zu:

Mit der Wende verloren im Osten Millionen nicht nur ihren Job, sondern auch

ihren Rang, ihr Ansehen und ihr soziales Umfeld. Vor der Wende gab es im Osten keine Arbeitslosigkeit, danach musste der Osten im Zeitraffer einen Strukturwandel bewältigen. Die Wucht ist heute unvorstellbar: ganze Industrien und Berufszweige verschwanden, arbeiteten 1989 rund 50% der Ostdeutschen in der Industrie, waren es zwei Jahre später nur noch Halbsoviele. Ostdeutsche erlebten quasi den Zusammenbruch von System und Biografien. In Westdeutschland stieg die Anzahl Erwerbstätiger von 2005 bis 2018 um 5 Mio., im Osten lediglich um 300.000 – verglichen mit 1991 gibt es im Osten heute rund 800.000 Stellen weniger.

Das erste Problem: den Ostdeutschen gehörte quasi nichts mehr, da Vermögen in der DDR in Betrieben verstaatlicht und dieses „Volkvermögen“ mit der Wende dann in die Treuhand überführt wurde. Nur 5% der in der Treuhand zusammengefassten Produktionsmittel gingen an Ostdeutsche, der Rest an westdeutsche und ausländische Investoren. Mehr als die Hälfte der Fläche Ostdeutschlands wurde nach der Wiedervereinigung neu verteilt. Die neuen Besitzer der Häuser und Ländereien kamen (fast) ausschließlich aus dem Westen. Fast zwei Drittel der Immobilien ostdeutscher Großstädte gehören heute Westdeutschen. Steigende Mieten erzeugen noch immer einen Geldstrom von Ost nach West. Kurzum: Die großen Firmen gehören dem Westen, die Häuser ebenso – das sind die Grundlagen einer Kolonialisierung. Das wird so bleiben – oder wie es die FAZ schreibt: „In den kommenden Generationen wird ein Großteil des Ostens im Westen vererbt.“

Das zweite Problem verursachen Einkommens- und Fachkräfte: Enorme Einkommensunterschiede nach der Wende führten zur Massenabwanderung jener Generation aus dem Osten, die heute als massive Fachkräftelücke nachwirkt und den Osten wiederum in der wirtschaftlichen Entwicklung hemmt. Seit 26 Jahren ist die Annäherung zwischen Ost und West nicht vorangekommen, keines der Ost-Bundesländer erreicht bis heute das Produktionsniveau des schlechtesten Bundeslands im Westen. Die Pro-Kopf-Produktivität steigt nicht mehr. Noch heute liegen Einkommensunterschiede bei bis zu 73% in der Bekleidungsindustrie oder 1.664 Euro mtl. im Durchschnitt für Beschäftigte in der Automobilindustrie. Der Osten profitiert mangels attraktiver Jobs nicht von qualifizierter Einwanderung. Ostdeutschland ist heute so dünn besiedelt wie 1905, während im Westen doppelt so viele Menschen wie damals leben. Ländliche Regionen verlieren ihre Funktion. Der einstige Zusammenhalt erodiert. Neurechte Siedlergruppen, meist aus dem Westen, nutzen die Abwesenheit von Strukturen und Politik in ländlichen Regionen, setzen sich für die Gemeinschaft ein und füllen die Fürsorgelücke. Strukturschwäche wird zur Eintrittskarte für Populismus. Das Gefühl, von der Politik, von „denen da oben“ verraten zu sein, verhärtet sich.

Das dritte Problem liegt in der Berichterstattung der Medien: Über den Osten wird überwiegend als Problemfall berichtet. Es gibt kaum Köpfe mit ostdeutscher Biografie in den großen Medien. Ein ganzer Landesteil versteht oft die Sprache des Mainstreams und der Medien nicht. ☹

*Die Koalitionäre der neuen Bundesregierung präsentieren ihren Vertrag für alle Deutschen – suchen Sie unter den Protagonisten auf dem Foto, das auf dem Weg zur Vorstellung des Koalitionsvertrags entstand, nach dem Ost-Vertreter! Foto: picture alliance/dpa | Kay Nietfeld*



Wenn Medien heute den Kampf für Gleichberechtigung thematisieren, ist das beim Gender Pay Gap im Osten von 7% im Vergleich zum Westen mit 21% kein Thema – im Osten waren und sind Frauen und Männer gleichberechtigt. So wie in diesem Fall berichten Mainstream-Medien in vielen Fällen an den Lebenswelten im Osten vorbei. Omnipräsente Klimaschutz-Themen, oft präsentiert mit Kindern des westlichen Wohlstandsbürgertums, erzeugen ob der Alltagsprobleme vieler Ostdeutscher keine Identifikation, sondern Befremden. Die Mainstream-Medien werden als weniger relevant und glaubwürdig erfahren, das verstärkt den Einfluss „alternativer“ Informationen etwa per Social Media.

Das spiegelt sich im vierten Problem fehlender Relevanz von Politik und Medien wider: Schon zu DDR-Zeiten hatten die Ostdeutschen ein ambivalentes Verhältnis zur Staatspolitik und den Staatsmedien. Man wusste, dass sich die politische Führung zu weit von der Basis entfernt hatte und dass Medien seinerzeit von der politischen Führung gesteuert wurden – schon damals glaubten viele Ostdeutsche politischen Botschaften und Nachrichten nicht und suchten alternative Informationsquellen. Die Distanz zu Staat und Medien war im industriellen Süden des Ostens immer stärker ausgeprägt, hier nahm auch die friedliche Revolution ihren Anfang und entwickelte ihre Kraft. Genau hier wurde nach der Wende von der Bundespolitik viel versprochen, genau hier fand der Niedergang ganzer Industrien, Biografien und Landstriche statt. Genau hier wird heute AfD gewählt und gegen die staatliche Politik und Berichterstattung etwa zur Coronavirus-Pandemie oder Flüchtlingskrise demonstriert. Debatten in Politik und Medien passen auch heute weitgehend nicht zu den Lebensthemen derer, die dort leben. Die erfahrene Enttäuschung in beiden Systemen hat eine Distanz zu Politik und Medien verstärkt, entsprechende Botschaften erzeugen immer öfter keine Ignoranz, sondern eine Gegenwehr.

*Mehr als 30 Jahre nach der Wende und trotzdem die einzige Ostdeutsche an der Spitze einer Universität: Prof. Dr. Gesine Grande, Präsidentin der BTU Cottbus-Senftenberg. © Kirsten Nijhof*



*Der Kampf für die Gleichberechtigung der Frau? In deutschen Medien ein Thema, aber an der Lebensrealität des Ostens vorbeiberichtet.*

Das fünfte Problem ist die anhaltende Abwertung des Ostens: Bis heute zeigt man Sachsen mit erkennbarer Zuordnung zum Osten als Problemfälle – ob in Pegida-Berichten oder jetzt in Beiträgen zu Corona-Protesten. Das Klischee vom faulen Ossi hält sich ebenso wie das Vorurteil, die Ostdeutschen tragen selbst Schuld an der einstigen Diktatur.

Ein sechstes Problem ist das Fehlen ostgeprägter, einflussreicher Führungskräfte und Netzwerke: Nur 2% der Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Politik, Verwaltung und beim Militär werden von Ostdeutschen besetzt. Es war zentraler Bestandteil der Presseinformation zur Berufung von Gesine Grande, dass sie als erste Ostdeutsche Präsidentin einer Universität in Deutschland wurde. Der Ossi als Exot dominierte die fachliche Exzellenz. Kein DAX-30 Unternehmen hat seinen Sitz im Osten. Es gibt hier keine einflussreichen Netzwerke, die alten Eliten samt Postenvergaben sind Angelegenheit des Westens. Die Zukunft macht der Westen nach wie vor unter sich aus. Ostdeutsche, die Firmen und Netzwerke aufbauen, leisten das ohne Kapital und Verbindungen. Das ist ungleich schwerer. Gute Köpfe gehen aus dem Osten noch immer in große Städte, wo die Netzwerke sind.

Übrigens: Fast sämtliche prominenten AfD-Politiker im Osten verfügen über keine Ost-Wurzeln. Sie sind quasi Importe aus dem Westen, die rhetorisch geschult die Unzufriedenheit und die Defizite in der Gesellschaft des ländlichen Ostens für die eigene politische Karriere nutzen. Die AfD instrumentalisiert diesen Frust geschickt. Das Fremdeln von Politik und Medien mit dem Osten wird dadurch weiter verstärkt.

Die gesellschaftliche Irrelevanz des Ostens in Medien sieht man selbst im jungen Bereich, der keinerlei Bezug zur Vorwendezeit und zu klassischen Medien hat. Selbst unter Deutschlands Top 50-Influencern findet sich kein einziger aus dem Osten. Und all das, obwohl heute 20% der Bevölkerung Deutschlands im Osten leben.

Die neue Bundesregierung sollte es sich auch zur Aufgabe machen, diese historische Benachteiligung zumindest nicht weiter zu verstärken. Genau das haben Scholz & Co. im ersten Anlauf aber getan. Menschen fühlen sich hier einmal mehr von der Politik verraten, von jenem Wohlstandsbürgertum aus dem fernen Westen.

Abschließend sei noch klargestellt, dass dieses Plädoyer in keiner Weise die Lust auf die vielen Chancen beim Wandel der Lausitz mindern kann. Inzwischen hat sich auch hier eine junge Generation auf den Weg gemacht, die sich zunehmend vernetzt, die Unternehmen aufbaut, Innovationen vorantreibt – all das braucht aber Zeit, Strukturen und Geld. Und wenn der Bund an einer Stelle nimmt, muss er an einer anderen Stelle geben. Daran werden zumindest wir Lausitzer die Versprechen von Respekt und neuem Politikstil messen und immer wieder ins Bewusstsein heben. ☒



**Ost Frust in 27 Minuten erklärt**

